Freitag, 13. Mai.

Der Westfälische Merkur erscheint täglich zweimal, an Sonn- und Feiertagen sowie Montags einmal.
Redaktion: Lütkegasse 1—3. Sprechstunden 10—11 Uhr vorm.
Telegramm-Adresse: Merkur, Münsterwestf.
Fernspr.: Red. 203, 151 u. 3217, Geschäftsstelle 3217 u. 3218.

Anzeigenpreis:
Der Raum für die Anzeigenspalte 36 mm breit, 1 mm hoch M 4.; für die Reklamespalte 90 mm breit M 1,50, zuzüglich 10 Prozent Teuerungszuschlag.
Anzeigen-Annahme: In Münster Königstraße 59 sowie sämtliche Annoncen-Bureaus des In- und Auslandes.

Westfälischer Merkur.

Gegründet 1822. Morgen-Ausgabe. 100. Jahrgang.

1921. — Nr. 220.

Bezugspreis:
Monatlicher Bezugspreis für Münster, 5,— M frei ins Haus gebracht; bei den deutschen Postanstalten ebenfalls 5,— M einschließlich Bestellgeld, bei zweimaliger Zustellung.
Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Einzelnummer: Zu haben in der Geschäftsstelle, den Zeitungskiosken, an den Bahnhöfen rc. das Stück 20 Pfennig.
Geschäftsstelle: Königstr. 59. Geöffnet vorm. v. 8—12½ Uhr, nachm. v. ½3—6 Uhr. Postscheckkonto: Amt Cöln 14 023.

□ Die ersten Maßnahmen der neuen Regierung.

Von unserem parlamentarischen Vertreter.

Noch in der Nacht vom Dienstag auf Mittwoch, unmittelbar nach der in der ersten Morgenstunde zu Ende gegangenen Sitzung des Reichstages, trat das neue Reichskabinett zusammen, um die an die Entente zu richtende Erklärung bezüglich der Annahme des Ultimatums zu formulieren. Die Mitteilung war sehr kurz und sprach sich dahin aus, daß die Reichsregierung die von den alliierten Regierungen in der Note vom 5. Mai 1921 geforderten Erklärungen abgibt. Damit war die außenpolitische Wirksamkeit des neuen Kabinetts durch einen unsagbar traurigen Schritt eingeleitet, der die Zukunft des deutschen Volkes nach innen und außen vollkommen dunkel läßt, und der innenpolitisch von einer heute noch nicht absehbaren Tragweite ist.

Die zweite Aufgabe, die nunmehr dem neuen Kabinett obliegt, ist die Schaffung der politischen und parlamentarischen Basis, welche ein ersprießliches Wirken dieser Regierung für die nächste Zeit gestattet. Alles und Jedes, was diese Regierung für die nächsten Wochen unternimmt, wird nun darauf abgestimmt sein müssen, die durch die Annahme des Ultimatums gegebenen Versprechungen einzulösen und alle Mittel und Wege zu nutzen, um die Voraussetzungen für die Erfüllung dieser Zusagen zu schaffen. Dazu gehört in erster Linie, die Ende des Monats fällige erste Milliarde Goldmark bereitzustellen. Das soll geschehen durch kurzfristige Wechsel, und es ist, wie wir von zuständiger Seite hören, nicht zu bezweifeln, daß die Beschaffung dieser Wechsel möglich ist. Sodann muß das neue Kabinett alle Maßnahmen und Anordnungen treffen, die geeignet sind, die Einlösung der demnächst fälligen Verpflichtungen zu verbürgen. Zu diesem Zweck werden umfassende staats- und wirtschaftspolitische Maßnahmen erwogen, die nur im Wege einer großzügigen Neuorganisation auf allen hier in Rede stehenden Gebieten herbeigeführt werden können.

Neben allen diesen brennenden Fragen treten diejenigen personaler Natur in den Hintergrund. Dazu gehört die Besetzung der noch offenen Ministerposten, namentlich des Außen- und des Finanzministeriums. Für das Außenministerium wollte man in der Person des Generaldirektors der Hamburg-Amerika-Linie, Cuno, der dem Zentrum nahesteht, sich eine Persönlichkeit sichern, die man schon früher herbeizuziehen versuchte und deren Kraft man im jetzigen Augenblick um so besser nutzen zu können glaubt, weil Cuno in besonderen Beziehungen zu den Wirtschaftskreisen in Amerika steht, und weil Amerika trotz allem einen gewichtigen Faktor in der kommenden Welt- und Weltwirtschaftspolitik abgeben wird. Eine Entscheidung Cunos ist aber bis jetzt nicht herbeizuführen gewesen, da er sich gerade auf einer Reise nach Amerika befindet. Als ein zweiter Anwärter für den Posten des Außenministers kommt der gegenwärtige deutsche Botschafter am Vatikan Herr von Bergen in Frage. Die Meinung im Parlament geht aber überwiegend dahin, gerade jetzt eine hervorragende Persönlichkeit aus dem Wirtschaftsleben und nicht eine diplomatische Persönlichkeit für das Außenministerium zu gewinnen, weil die brennenden Fragen der Zukunft gerade im Hinblick auf die jetzigen Entscheidungen des Reichstages vorwiegend, auch außenpolitisch gesehen, auf wirtschaftspolitischem Gebiete liegen. Cuno gehörte schon einmal der Reichsverwaltung in hervorragender Beamteneigenschaft in der Reichsfinanzverwaltung an.

Was nun die Besetzung des Finanzministeriums angeht, so läßt sich im gegenwärtigen Augenblick überhaupt noch nichts Genaues erkennen. Es wird ungemein schwer sein, aus den politischen und parlamentarischen Kreisen eine Persönlichkeit für diesen höchst undankbaren Posten zu finden. Das Zentrum hat es jedenfalls strikte abgelehnt, dieses Amt wieder zu besetzen. Es hat den Anschein, als wenn auch für dieses Amt eine fachmännische Persönlichkeit bestellt werden soll. Das um so mehr, als keine Partei nach allen Erfahrungen, welche die Vorgänger in diesem dornenvollen Amte machen mußten, einen der Ihren mit der Bürde dieses Amtes zu belasten geneigt ist, zumal diese Bürde auch unter den jetzigen Verhältnissen und besonders unter Berücksichtigung dessen, was finanzpolitisch und finanzwirtschaftlich in allernächster Zeit geschaffen werden muß, zugleich auch eine Belastung für die betreffende Partei selbst bedeutet. Aber eine längere Vakanz ist in den genannten beiden Ministerien unter den obwaltenden Verhältnissen nicht erträglich. Daß man gerade diese beiden wichtigen Aemter bis jetzt noch unbesetzt gelassen hat, erklärt sich aus der Erwägung, daß man sie für den nachträglichen Wiedereintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung zur Besetzung durch diese Partei offenhalten wollte. Freilich sind die Hoffnungen, die Deutsche Volkspartei im jetzigen Augenblick wieder zum Eintritt in die Regierungs-Koalition zu gewinnen, sehr gering, da die jetzige Regierung unter dem ausschließlichen Gesichtspunkt des „Ja" oder „Nein" gegenüber dem Entente-Ultimatum gebildet wurde, und da die Deutsche Volkspartei die Verantwortung für dieses Ja nicht übernehmen zu können glaubte, infolgedessen auch nicht geneigt sein wird zu einer verantwortlichen Mitarbeit an der Durchführung dieser von ihr als unerfüllbar erachteten Lasten. Ihre sachliche Mitarbeit bei den kommenden politischen und parlamentarischen Notwendigkeiten will aber die Deutsche Volkspartei nicht verweigern.

Es ist bedauerlich, daß durch das schroffe Auftreten der Sozialdemokraten auch jetzt wieder die Verbreiterung der Regierungsbasis durch Hereinnahme der Deutschen Volkspartei in Frage gestellt wird. Dennoch darf man nicht die Hoffnung aufgeben, daß die Tage der nationalen Not, die uns bevorstehen, auch hier Hemmnisse aus dem Wege räumen, die im Augenblick noch unüberwindbar erscheinen. Gerade die Rückentwicklung, die innerpolitisch unter dem Druck des Ultimatums durch die Schaffung der neuen Koalition wahrzunehmen ist, könnte nur durch eine engere Gemeinschaftsarbeit der bürgerlichen Elemente in Politik und Parlament pariert werden. Jetzt freilich müssen jegliche parteitaktischen und parteipolitischen Erwägungen in den Hintergrund treten, nichts anderes als das Wohl der Gesamtheit, als das Wohl und Wehe des Vaterlandes darf der Leitstern unseres Schaffens sein!

Deutscher Reichstag.

WTB. Berlin, 12. Mai. (Telegr.)

Auf der Tagesordnung steht ein Ersuchen des Reichsministeriums des Innern um Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Wendelin Thomas (Kom.) wegen Beleidigung, Unterschlagung und Meineids. In Verbindung damit steht ein Antrag des Abg. Hoffmann, (Komm.) auf Haftentlassung des Abg. Wendelin Thomas, der gegenwärtig wegen anderer Straftaten eine Gefängnisstrafe verbüßt.

Abg. Brodauf (Dem.) beantragt namens des Geschäftsordnungsausschusses, das Ersuchen des Ministers und den Antrag Hoffmann abzulehnen.

Vor der Abstimmung bezweifelt Abg. Emminger (Bayr. Volksp.) die Beschlußfähigkeit des Hauses. Von dem Kommunisten wird ihm darauf zugerufen: Pfui, du Lump, du Schuft!

Präsident Löbe stellt die Beschlußunfähigkeit des Hauses fest, schließt die Sitzung um 1¼ Uhr und beraumt eine neue Sitzung auf 1¾ Uhr an.

106. Sitzung.

Auf Vorschlag des Präsidenten wird die Abstimmung über Angelegenheit Thomas auf eine spätere Tagung verschoben.

Ohne Debatte wird der Ausschußantrag zum Antrag Müller-Franken (Soz.) über die Sondergerichte angenommen. Danach wird den Angeklagten vor diesen Gerichten die Verteidigung erleichtert. Die Anklage soll vor den Sondergerichten nur erhoben werden, wenn die Tat mit den Märzunruhen zusammenhängt. Jugendliche unter 18 Jahren sollen nicht vor die Sondergerichte kommen.

Der Gebührenentwurf der Auslandsbehörden wird an den Hauptausschuß verwiesen.

Bei dem Gesetzentwurf über erhöhte Anrechnung der vor dem Kriege zurückgelegten Dienstzeit der Beamten bezweifelt Abg. Hoffmann (Komm.) die Beschlußfähigkeit des Hauses mit der Bemerkung: „Hauft du meinen Juden, so haue ich deinen".

Präsident Löbe beraumt die neue Sitzung auf 2¾ Uhr an.

107. Sitzung.

Der Reichstag erledigt zunächst eine Anzahl Petitionen ohne Aussprache. Nach dem Antrag des Ausschusses wird im Zusammenhang mit den Petitionen eine Petition eingebracht, die den Schutz des Saargebiets gegen feindliche Uebergriffe erstrebt. Der Reichstag ersucht in einer Entschließung die Regierung um die Ausgabe eines Weißbuches über die Lage im Saargebiet.

Die Petition wird der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen.

Die Petition wegen der Staffelung der Kinderzulage für Beamte wird auf Grund des Antrages Burlage (Zentr.) dem Hauptausschuß überwiesen.

Nach Erledigung der Tagesordnung schlägt Präsident Löbe vor, die nächste Sitzung am 31. Mai nachmittags 3 Uhr abzuhalten.

Abg. Adolf Hoffmann (Komm.) beantragt, morgen noch eine Sitzung abzuhalten.

Abg. Schultz-Bromberg (DN.) schlägt vor, die nächste Sitzung am 24. Mai einzuberufen. — Abg. Ledebour (US.) schließt sich dem Antrage Hoffmann an. — Abg. Dr. Rießer (DV.) empfiehlt, der Aeltestenausschuß möge am 19. Mai gemeinsam mit dem Präsidenten beraten, ob nicht eine frühere Einberufung erforderlich ist.

Nach Ablehnung aller Anträge stimmt das Haus dem Vorschlag des Präsidenten zu. Der Präsident erhält die Ermächtigung, eine frühere Sitzung einzuberufen, wenn die politischen Verhältnisse es erfordern.

Auf die Tagesordnung wird gesetzt: Staatsgerichtshof, Reichsschuldgesetz.

Ein kommunistischer Antrag verlangt, daß die Programmerklärung der neuen Regierung auf die Tagesordnung gesetzt werde. Die Regierungsparteien stimmen dagegen. Da die Mehrheit zweifelhaft bleibt, kommt es zum Hammelsprung. Die Mitglieder der Regierungsparteien beteiligen sich nicht daran. (Ruf: Die Regierung ohne Programm!) Der Hammelsprung ergibt 111 Stimmen für, 30 Stimmen gegen den Antrag. Das Haus ist also beschlußunfähig und es bleibt beim Vorschlag des Präsidenten.

Präsident Löbe erklärt, er behalte sich vor, das Regierungsprogramm auf die Tagesordnung zu setzen.

Schluß 3¼ Uhr.

*

Der Dank Eberts an Dr. Heinze.

WTB. Berlin, 11. Mai. Der Reichspräsident hat an den scheidenden Reichsminister der Justiz und Stellvertreter des Reichskanzlers Dr. Heinze folgendes Handschreiben gerichtet:

Berlin, 10. Mai 1921. Sehr geehrter Herr Reichsminister! Zu meinem aufrichtigen Bedauern habe ich mich veranlaßt sehen müssen, Ihrem Antrag auf Enthebung von Ihren Aemtern stattzugeben. Sie haben mit Ihrer reichen politischen Erfahrung und unermüdlichen Pflichttreue als Stellvertreter des Reichskanzlers an der Führung der Reichsgeschäfte an hervorragender Stelle erfolgreich mitgewirkt. Als Reichsjustizminister haben Sie mit großer Sachkunde die verantwortungsvollen Geschäfte Ihres Dienstbereichs geleitet und mit kundiger Hand eine Reihe bedeutsamer Reformen auf dem Gebiet der Rechtspflege durchgeführt oder vorbereitet. Mit Anerkennung und Dankbarkeit gedenke ich Ihrer Mitarbeit, die, wie ich betonen darf, stets von gegenseitigem Vertrauen getragen war, und bin mit den besten Wünschen und dem Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung Ihr sehr ergebener Ebert, Reichspräsident.

Die Stimmung der Demokraten.

* Berlin, 12. Mai. (Tel.) Der Parteivorstand und die Reichstagsfraktion der Demokratischen Partei haben vor dem Auseinandergehen in die Pfingstferien noch einmal die durch die Annahme des Ultimatums geschaffene politische Gesamtlage besprochen. Sie beabsichtigt die Veröffentlichung einer Erklärung, die auf die Notwendigkeit hinweist, die Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen durch Heranziehung aller Kräfte, vor allem der wirtschaftlichen, zu sichern. Aehnliche Stimmung herrscht laut „Voss. Ztg." auch in den anderen Parteien vor, vor allem auch innerhalb der Deutschen Volkspartei. Man sei allgemein aber auch der Ueberzeugung, daß nur beim Verbleiben Oberschlesiens bei Deutschland die Möglichkeit bestehe, die erwarteten Leistungen zu vollbringen. Die Politik der Mitte stehe und falle mit Oberschlesien.

Vertrauensvotum für v. Kahr.

TU. Berlin, 12. Mai. (Tel.) Wie die „Voss. Ztg." aus München erfährt, ergab eine gestern abend abgehaltene Fraktionssitzung der Bayerischen Volkspartei vollste Uebereinstimmung mit der Auffassung des Ministerpräsidenten von Kahr. Die Fraktion sprach ihm im Anschluß daran ihr Vertrauen aus. Die Gerüchte über einen Rücktritt des Ministeriums Kahr entbehren damit jeder Grundlage.

Eine Falschmeldung.

WTB. Berlin, 12. Mai. (Telegr.) Die Nachricht einer Telegraphenagentur, daß der deutsche Botschafter in London bei der Ueberreichung der Note an die Annahme des Ultimatum Bedingungen anknüpfte, die nachher von dem englischen Premierminister zurückgewiesen, wurden, ist falsch.

Protest wegen Requirierung deutscher Automobile.

WTB. Berlin, 12. Mai. (Tel.) Wegen der Requirierung deutscher Automobile und ihrer Führer für den beabsichtigten Vormarsch ins Ruhrrevier wurde den Regierungen in London, Paris und Brüssel von den dortigen deutschen Vertretungen am 10. Mai eine Protestnote folgenden Inhalts übergeben:

Die Rheinlandkommission ordnete unter dem 16. Dez. 1920 eine umfassende Bestandsaufnahme und eine Vormusterung sämtlicher Pferde, Automobile, Fahrzeuge, Fabriken und überhaupt aller Sachen im besetzten Gebiet an, die für militärische Zwecke irgendwie von Bedeutung sein konnten. Die deutschen Bürgermeister mußten bei diesen Bestandsaufnahmen in weitgehendem Maße mitwirken. Die Reichsregierung legte gegen diese Anordnung sofort Protest ein, da sie in ihr nur Vorbereitungen für eine Mobilisierung sehen konnte. Die Rheinlandkommission leugnete daraufhin diesen Zweck ab. Sie gab an, daß ihre Anordnungen nur als vorsorgliche Maßnahmen für den Fall innerer Unruhen im besetzten Gebiet selbst getroffen wurden und bestritt in ihrer Antwort entschieden, daß die von ihr zur Mitwirkung bei der Musterung gezwungenen deutschen Beamten und Staatsbürger dadurch zur Unterstützung von Vorbereitungen genötigt wurden, die eines Tages zu militärischen Unternehmungen gegen ihr eigenes Land ausgenutzt werden konnten. Die Vorkommnisse der neuesten Zeit zeigen unzweideutig, wie recht die deutsche Regierung seiner Zeit mit ihrem Einspruch hatte. Im Gegensatz zu den ausdrücklichen Erklärungen der Rheinlandkommission werden jetzt auf Grund der Listen, die im Winter bei den Bestandsaufnahmen und den Vormusterungen angefertigt worden sind, Beitreibungen für den beabsichtigten Vormarsch ins Ruhrgebiet vorgenommen. Es werden nicht nur Automobile requiriert, sondern sogar durch Vermittlung der deutschen Ortsbehörden auch deren Führern, gleichgültig, ob es sich um die Eigentümer der Wagen oder um die Chauffeure handelt, Gestellungsbefehle übermittelt. Die Kraftwagenbesitzer, die vorübergehend auf Fahrten im unbesetzten Gebiet unterwegs sind, werden unter Androhung von Strafe telegraphisch zurückbeordert. Alle diese Requisitionsmaßnahmen sind vertrags- und völkerrechtswidrig. Sie dienen nicht den Zwecken der Besatzungsarmee selbst, sondern dem beabsichtigten Vormarsch in dem Gebiet, zu dessen Besetzung den Alliierten weder durch den Friedensvertrag noch durch das Rheinlandabkommen das Recht eingeräumt wurde. Die zwangsweise Heranziehung Deutscher zur Unterstützung dieses Vormarsches stellt eine unerhörte Vergewaltigung dar und steht im schroffsten Widerspruch zu dem Prinzip, das im Artikel 52 der Haager Landkriegsordnung seinen Ausdruck fand. Die Heranziehung der Bevölkerung zu Unternehmungen gegen ihr eigenes Vaterland ist dort strengstens verboten. Die deutsche Regierung erhob zum Schluß schärfsten Protest gegen das Vorgehen der Besatzungsbehörden und verlangte, daß die verantwortlichen Stellen angewiesen werden, ihre rechtswidrigen Maßnahmen rückgängig zu machen.

*

Ministerrat im Elysee.

TU. Paris, 12. Mai. (Tel.) Gestern vormittag hat im Elysee unter dem Vorsitz Millerands eine Konferenz stattgefunden, an welcher der Ministerpräsident, die meisten Minister, sowie Marschall Foch und General Weygand teilgenommen haben. Der Zweck der Konferenz war, die Maßnahmen zu prüfen, die für die Ausführung der alliierten Erklärungen vom 5. Mai für den Fall der Annahme des Ultimatums durch Deutschland (Ausführung der Entwaffnungsmaßnahmen) angeordnet werden sollen. Auch die Ausführung der finanziellen Maßnahmen ist beschlossen worden.

*

Der Oberste Rat.

TU. Paris, 12. Mai. (Tel.) Die „Chicago Tribune" schreibt, daß eine neue Sitzung des Obersten Rates wahrscheinlich noch vor dem 1. Juli stattfinden wird. Daran werden sowohl die Vereinigten Staaten als auch Deutschland teilnehmen.

*

Die nächste Völkerbundversammlung.

WTB. Genf, 11. Mai. Havas. Der Vorsitzende des Völkerbundes hat die Mitglieder des Völkerbundes zu der nächsten Bundesversammlung eingeladen, die am 5. September in Genf zusammentreten wird.

*

Amerikas Zufriedenheit.

WTB. Paris, 12. Mai. (Tel.) Aus Newyork meldet der „Matin": In Washingtoner Regierungskreisen verhehlt man sich keineswegs die außerordentliche Zufriedenheit, welche die Annahme des Ultimatums durch den deutschen Reichstag in Amerika hervorgerufen hat. Der Vorsitzende des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten erklärte, daß damit ein wichtiger Schritt auf dem Wege zur Regelung der Geschäfte der ganzen Welt getan worden sei.

WTB. Paris, 12. Mai. (Telegr.) Nach einem Kabeltelegramm der „Chicago Tribune" aus Washington erwartet man, daß die Resolution Knox, nachdem die Reparationsfrage als gelöst angesehen werde, binnen kurzem im Repräsentantenhause eingebracht werde. In Regierungskreisen verhehlt man nicht das Gefühl der Erleichterung angesichts der Annahme durch Deutschland.

WTB. Newyork, 12. Mai. (Tel.) In der Besprechung über die Annahme des Verbandsultimatums durch Deutschland erklärt „Evening World", daß Deutschland den einzigen vernünftigen Weg eingeschlagen hat, der ihm offen stand. Der gesunde Menschenverstand und wahrhafte Vaterlandsliebe hätten in Berlin die Oberhand gewonnen.

*

Die Schulden des Verbandes bei Amerika.

* Paris, 11. Mai. Das „Journal des Débats" gibt unter Vorbehalt eine Nachricht der „Daily News" wieder, für die deren Washingtoner Berichterstatter die Gewähr übernimmt. Danach wird die Annullierung der europäischen Schulden durch die Vereinigten Staaten, wie sie von Chamberlain vorgeschlagen worden war, jetzt von der amerikanischen Regierung als eine für die Besserung der gegenwärtigen Lage unabwendbare Maßnahme angesehen. Das „Journal des Débats" bemerkt hierzu, die letzten Mitteilungen aus Washington schienen nicht zu beweisen, daß die erforderliche Mehrheit des Senats geneigt wäre, einer Annullierung der Schulden zuzustimmen. Man dürfe nicht vergessen, daß die amerikanische Regierung nicht die Autorität besitze, eine dahingehende Entscheidung ohne die Zustimmung des Senats zu treffen.

*

Holland und der Versailler Vertrag.

WTB. Haag, 12. Mai. Die Zweite Kammer besprach die Vorlage über die Zustimmung zum Versailler Friedensvertrag, soweit die Rheinfrage davon berührt wird. Es wurde das Bedauern darüber ausgesprochen, daß die Rheinschiffahrtsakte durch diesen Vertrag abgeändert wurde, ohne Holland zu befragen, obwohl dessen Interessen an der Rheinschiffahrt ganz bedeutende sind und obwohl Holland bei der Abänderung der Rheinschiffahrtsakte im Jahre 1868 Mitunterzeichner war. Mehrere Mitglieder gaben auch ihrem Bedauern darüber Ausdruck, daß durch den Vertrag solche Staaten, die nicht an den Ufern des Rheins liegen, in den Vertrag eingeführt wurden.

Der polnische Aufstand in Oberschlesien.

* Berlin, 12. Mai. (Telegr.) Den Blättern zufolge dauern die Drangsalierungen der deutschen Bevölkerung in Oberschlesien durch die polnischen Insurgenten an. Nach einer Meldung des „Tageblattes" wurden in Beuthen die Listen derjenigen Deutschen aufgestellt, die Oberschlesien verlassen sollen. In Bielschowitz wurden die Beamten der staatlichen Bergwerksinspektion durch Todesandrohung gezwungen, den Eid auf die polnische Verfassung zu leisten. Laut „Lok.-Anz." haben in dem Kreise Rosenberg die Polen eine Reihe von Geiseln mitgenommen, so den Rittergutsbesitzer v. Viere auf Wilkau, Geistliche beider Konfessionen, Aerzte, Beamte, angesehene Kaufleute usw.

WTB. Beuthen, 12. Mai. (Telegr.) Nach dem bisher aus Groß-Strehlitz, Nikolai, Beuthen und Kattowitz vorliegenden Nachrichten ist die letzte Nacht ruhig verlaufen. Am Vormittag ist keine Aenderung in der Lage eingetreten. An der Grenze des Kreises Kreuzburg fanden vereinzelte Angriffe statt, die alle abgeschlagen wurden. Man hofft, auch den angrenzenden Teil des Kreises Rosenberg und den angrenzenden Teil des Kreises Oppeln wie bisher sichern zu können.

WTB. Berlin, 12. Mai. (Tel.) Die Lage in Oberschlesien ist unverändert. Korfanty baut in den einzelnen Industriekreisen Zivilorganisationen aus und geht daran, die Eisenbahndirektion in Kattowitz zu übernehmen. Auf einem Teil der Eisenbahnstrecke wurde von den Polen der Betrieb bereits übernommen.

TU. Breslau, 12. Mai. (Telegr.) Die polnischen Aufrührer haben jetzt den Hauptteil der Stadt Hindenburg räumen müssen. Vorher hatten sie auf dem Rathause neben der polnischen auch die französische Flagge gehißt, die der Kreiskontrolleur aber sogleich herunterholen ließ. Die Stadt Pleß haben die Aufrührer nur 2 Stunden halten können. Sie ist heute wieder ganz in den Händen der Italiener, die den Bahnhof und alle öffentlichen Plätze stark besetzt halten.

*

Keine Abmachungen mit den Polen.

WTB. Oppeln, 12. Mai. (Telegr.) Der Vertreter des deutschen Bevollmächtigten in Oppeln gibt mittags folgendes bekannt. General Lérond hat mir soeben auf meine Anfrage in Anwesenheit der anderen Mitglieder der interalliierten Kommission auf das Bestimmteste erklärt, daß der von Warschau verbreitete Funkspruch, es wären zwischen der interalliierten Kommission und den Insurgenten Abmachungen getroffen worden, von Anfang bis zu Ende und in seinen einzelnen Punkten erlogen ist. Es seien weder über den Waffenstillstand noch über eine Demarkationslinie, noch über eine Uebergabe der Regierungsgewalt an die Insurgenten oder eine Amnestie usw. irgend welche Verhandlungen gepflogen, geschweige denn Abmachungen getroffen worden. Eine spätere Meldung besagt: Die interalliierte Kommission gibt amtlich bekannt: Gewisse Zeitungen berichten über das Zustandekommen eines Waffenstillstandes mit den Insurgenten, wonach eine Demarkationslinie festgesetzt worden sei. Die Nachricht entbehrt jeder Grundlage.

*

TU. Rom, 12. Mai. (Telegr.) Der nach Oppeln entsandte Korrespondent der „Idea Nazionale" schildert das brüderliche Zusammenhalten der deutschen Bevölkerung mit den italienischen Truppen. Das Blatt weist darauf hin, daß das Zusammengehen der Franzosen mit den Polen sonnenklar zutage trete. Die Nachricht über die neuen oberschlesischen Morde wirken hier so niederschmetternd, daß selbst das „Giornale d'Italia" Frankreichs Schuld feststellt und protestiert. Es bestehe kein Zweifel mehr, daß der polnische Aufstand von den Franzosen unterstützt werde. Der französische Gesandte, der die italienischen und englischen Ratschläge absichtlich ignorierte, trage die Schuld an dem Blutvergießen. Zahlreiche italienische Offiziere müßten immer noch bluten durch die Schuld der französischen Alliierten. Italien und England müßten die sofortige Entfernung der französischen Truppen, die nur Helfershelfer der polnischen Insurgenten seien, verlangen.

*

Französische Waffenlieferungen für die Aufrührer.

TU. Oppeln, 12. Mai. (Tel.) Wie die TU. von durchaus zuverlässiger Seite erfährt, haben in den Quartieren französischer Offiziere in Oppeln und Umgegend Haussuchungen stattgefunden. An Hand der vorgefundenen Waffenquittungen wurde festgestellt, daß den Polen seitens der Franzosen Waffenlieferungen gemacht worden sind. Die Haussuchungen sind von italienischen Offizieren vorgenommen worden.

Vom englischen Bergarbeiterstreik.

WTB. London, 12. Mai. Wie die Blätter melden, beantwortete das Kabinett den Beschluß der Transportarbeiter, den Bergarbeitern durch die Weigerung der Beförderung von auswärts kommender Kohle beizustehen, damit, daß es die Zufuhr von Kohlenvorräten aus dem Auslande anordnete, um den vitalen Bedürfnissen des Landes entgegenzukommen und hat alle notwendigen Maßnahmen zur Verteilung dieser Kohle in Aussicht gestellt.

Wie „Evening News" melden, werden die großen Schiffbau- und Maschinenwerke Vickers in Barrow, in denen 15 000 Arbeiter beschäftigt sind, gezwungen, den Betrieb Ende nächster Woche zu schließen, wenn bis dahin keine neuen Brennvorräte eingetroffen sind.

TU. London, 12. Mai. (Tel.) Der Vorsitzende des Bundes der Bergarbeiter, Smith, sagte in einer Rede in Yorkshire, daß die Arbeiter, falls ein neuer annehmbarer Vorschlag gemacht werde, gern eine Regelung wünschen, wenn sie auch von ihren Grundforderungen nicht abgehen könnten.

WTB. Brüssel, 12. Mai. (Tel.) Nach einer Meldung der „Independence Belge" teilte Wahlmann, der Sekretär des Hafenarbeiterverbandes, mit, daß die Hafenarbeiter Antwerpens es ablehnen würden, die nach England bestimmten Kohlen zu löschen. Er fordert die belgischen Eisenbahner auf, die Hafenarbeiter zu unterstützen und es unmöglich zu machen, daß belgische Kohle nach England gelange.

*

Die Sorgen der englischen Industrie.

WTB. London, 12. Mai. (Tel.) Heute früh 4,45 Uhr nahm das Unterhaus nach langer Sitzung mit 118 gegen 37 Stimmen eine Entschließung an zum Schutze der englischen Industrie.

Das englisch-japanische Bündnis.

WTB. London, 12. Mai. Im Unterhause erklärte Chamberlain, die Frage der Erneuerung des englisch-japanischen Bündnisses werde auf der bevorstehenden Reichskonferenz erwogen. Er könne nicht sagen, ob das Parlament Gelegenheit erhalten werde, diesen Vertrag vor der Erneuerung zu erörtern.

Sonstige Meldungen.

* Köln, 11. Mai. Die Eisenbahndirektion in Köln teilt mit: Durch die Truppenbewegung in der Richtung der Ruhr sind die Eisenbahnlinien des besetzten Gebietes so stark in Anspruch genommen, daß es leider notwendig geworden ist, vorübergehend eine Verkehrssperre für Frachtstückgut und Frachtgutwagenladungen zu verhängen, die sich hoffentlich nur auf einige Tage erstrecken wird. Die Aufhebung der Sperre wird sobald als möglich bekanntgegeben.

* Berlin, 11. Mai. Der Chef der Presseabteilung der Reichsregierung, Ministerialdirektor Heilbronn, soll gestern dem Reichskabinett sein Rücktrittsgesuch eingereicht haben. In verschiedenen Kreisen wurde ein Zentrumspolitiker als sein voraussichtlicher Nachfolger genannt. Wie berichtet wird, kommt diese Kandidatur nach Lage der Dinge nicht mehr in Frage. Dagegen ist die Rede von einem der engsten Mitarbeiter des bisherigen Reichsfinanzministers Dr. Wirth, dem Ministerialdirektor im Reichsfinanzministerium Dr. Beusch. Die Entscheidung dürfte jedoch noch zu erwarten sein.

WTB. Toulon, 11. Mai. Havas. Truppen der zweiten Kolonialdivision verließen im Laufe des Vormittags Toulon, um mit Extrazug nach dem Rheinland befördert zu werden.

WTB. Madrid, 11. Mai. (Tel.) In Barzelona ist es zu einer Schießerei zwischen Vertretern beider Syndikate gekommen, wobei es Tote und zahlreiche Verwundete gab.

Der sozialdemokratische Parteitag.

TU. Görlitz, 12. Mai. Der diesjährige Parteitag der sozialdemokratischen Partei findet hier vom 18. bis 24. Sept. statt.

Aufdeckung einer kommunistischen Organisation.

* Halle, 13. Mai. (Telegr.) Nach einer Meldung der „Hallenschen Nachrichten" deckte die hallesche Kriminalpolizei eine kommunistische Organisation auf, die sich über ganz Deutschland erstreckt, den Namen „Rote Hilfe" trägt und den Zweck hat, Ausweispapiere und Unterkunftsmöglichkeiten für politische Flüchtlinge zu beschaffen und diese, wenn es erforderlich ist, über die Grenze, meist nach Sowjet-Rußland zu schicken. Der Sekretär der Roten Hilfe konnte verhaftet werden.

Die farbigen Truppen im besetzten Gebiet.

* London, 11. Mai. Im Unterhause erklärte Worthington Evans in Erwiderung einer Anfrage, die Gesamtzahl der augenblicklich von Frankreich im Rheinlande verwandten farbigen Truppen betrage etwa 23 000.

Prinz Max von Baden über Lloyd George.

Der frühere Reichskanzler Prinz Max von Baden befaßt sich in einem längeren Aufsatz mit der Frage, ob das Ultimatum angenommen oder abgelehnt werden soll. Durch die inzwischen gefallene Entscheidung des Reichstages hat der Artikel seine Aktuellität zwar bereits verloren, trotzdem ist es nicht ohne Interesse, zu lesen, wie sich dieser Politiker, der einst in den schwersten Stunden des deutschen Vaterlandes an die Spitze der Reichsregierung trat, zu den Londoner Forderungen stellt. Nachdem er auf die Nützlichkeitserwägungen hingewiesen hat, die heute allenthalben in der englischen Presse gegen Frankreichs Macht- und Kohlenpolitik (Ruhrgebiet) auftauchen, ferner auf den imperialistischen Instinkt der Jahrhunderte, „der anfängt, sich gegen die überwältigende Vormachtstellung Frankreichs auf dem Kontinent aufzulehnen und der sich auf die alte Gleichgewichtspolitik besinnt, der zuliebe England ja in den Krieg eingetreten ist, um von vornherein ein deutsches Uebergewicht unmöglich zu machen", kommt der Verfasser auf „den unberechenbaren Faktor der Lloyd Georgeschen Persönlichkeit" zu sprechen, den wir immer in unsere Rechnung einstellen müssen. Hierzu macht er folgende Ausführungen:

„Es steht für mich fest, daß Lloyd George erst in zweiter Linie das Interesse des eigenen Landes verfolgt. Das Leitmotiv seines politischen Lebens ist seine Leidenschaft für die Macht, die er fast als Meister zu handhaben versteht. Wenn Lloyd George, nachdem alle seine Versuche, nach links Anschluß zu finden, fehlgeschlagen sind, einsieht, daß er nur mit Hilfe der sinnlos erregten Chauvinisten an der Macht bleiben kann, so wird er, deren Wünschen entsprechend, die Interessen seines eigenen Landes verraten. Dies ist eine furchtbare Anklage, selbst gegen einen Feind, aber für mich ist der Beweis für die Verantwortungslosigkeit des Mannes geliefert durch seine Politik gegen Irland. Lloyd George hat eine große liberale Vergangenheit. Er kennt, wie kein anderer, die moralischen Grundpfeiler, auf denen der englische Imperialismus ruht. Er hat für seine liberale Ueberzeugung während des Burenkrieges gekämpft und gelitten. Dieser Mann hat nicht die Entschuldigung der puren Beschränktheit eines Sir Edward Carson. Lloyd George muß wissen, daß heute, wo es an allen Ecken des britischen Imperialismus murrt und meutert, das englische Schwert beschmutzen, letzthin heißt: Das englische Schwert zerbrechen. Wenn er trotzdem so an Irland handeln läßt, ist er auch unter Umständen bereit, der Erhaltung seiner Macht zuliebe in der auswärtigen Politik die Linie des wirtschaftlichen Selbstmordes zu verfolgen, um vor den letzten Folgen den Kopf in den Sand zu stecken.

Wir dürfen nicht vergessen, Lloyd George will keine dynastischen Gründe, wie Napoleon, und er ist heute 60 Jahre alt. Er berechnet seine Politik nur auf die 10 oder 15 Jahre, in denen er noch führen kann. Der Einwand liegt mir nahe: Wenn wirklich Englands Oeffentlichkeit und einflußreiche Gruppen Vernunftsgründe gelten lassen, wie würde dann Lloyd George in der Lage sein, erneut seine französische Politik in seinem eigenen Lande durchzusetzen?

Die Antwort lautet, um ein englisches Wort zu gebrauchen: He can make England see red, d. h. es ist ihm gegeben, immer wieder durch sinnlose Leidenschaft alle Vernunftsgründe überschwemmen zu lassen. Die gefühlsmäßige Trübung der Urteilskraft spielt im Leben des Einzelnen wie der Nation eine ungeheure Rolle und es ist leider ein Vorurteil, anzunehmen, daß die Völker nach ihren eigenen Interessen handeln müßten.

Lloyd George versteht diese Trübung wie kein anderer in Europa. Er kann heute noch so gut wie im Kriege jeden Augenblick Haß, Verachtung und gedankenlose Wut gegen Deutschland loslassen und damit nicht nur die Chauvinisten zu einer geschlossenen Phalanx hinter sich bringen, sondern auch solche Zwangssuggestionen in die Oeffentlichkeit werfen, daß die Opposition lahm und schüchtern wird, sich mit platonischen Protesten begnügt.

„Ich werde es in einem weiteren Artikel versuchen, den Nachweis zu führen, daß dieser große Propagandist es nicht nur seiner Genialität zu verdanken hat, wenn er mit Lüge und Abneigung die öffentliche Meinung seines Landes zwingen kann, sondern auch der Tatsache, die betrübend und hoffnungsvoll zugleich ist, daß bis zum heutigen Tage Deutschlands Sache vor der Meinung der Welt und insbesondere der feindlichen Völker so gut wie unverteidigt geblieben ist. Und ich will weiter zeigen, daß sich endlich heute ein Weg zu öffnen scheint, um die moralische Offensive für Deutschland aufzunehmen und soweit vorzutragen, bis schließlich der allseitige Druck der öffentlichen Meinung die Revision des Friedensvertrages verlangt.

Zur Ueberwindung der augenblicklichen Krise glaube ich keinen anderen als den folgenden Weg empfehlen zu können: Ich glaube nicht, daß schon heute der Augenblick für das „Nein" gekommen ist, der einmal kommen muß und der dann von dem deutschen Volke eine Kraft des Leidens und Ausharrens verlangen wird, von der sich nicht alle, die heute alles ablehnen wollen, einen Begriff machen. Ich glaube, daß bei der Unterzeichnung des Versailler Vertrages die Gelegenheit zu diesem „Nein" da war, daß sie wieder kommen wird; heute scheint sie mir nicht gegeben.

Ich bin für die Unterzeichnung des Ultimatums mit zwei Vorbehalten: 1. Oberschlesien muß deutsch bleiben. Ich glaube, daß niemals die Gelegenheit so gut war, unser Recht auf Oberschlesien vor der Welt zu vertreten, als im Augenblick, wo Polen das Recht nicht mehr vertritt und zur Gewalt greift gegen uns und die Alliierten. 2. Wir müssen die Einsetzung einer unparteiischen Instanz fordern zur fortlaufenden Schätzung der Sachleistungen, die wir in Erfüllung des Friedensvertrages und des gegenwärtigen Ultimatums leisten werden.

Deutschland.

Zentrumsanträge im Landtage.

Beim preußischen Landtag ist folgender Antrag der Zentrumsfraktion eingegangen: Im vorläufigen Ortsklassenverzeichnis zum Besoldungsgesetz vom 30. April 1920 sind offensichtlich die Teuerungsverhältnisse in vielen Orten, besonders auch der mittleren Städte, Kleinstädte und Landorte in unzulänglicher Weise berücksichtigt worden. Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, auf die Reichsregierung einzuwirken, daß 1. bei der endgültigen Festsetzung des Ortsklassenverzeichnisses die besonderen Teuerungsverhältnisse (Kindererziehungs-, Artikelsen, Mangel an Einkaufsgelegenheiten usw.) der kleineren Orte gebührend berücksichtigt werden, 2. die Zahl der Ortsklassen auf drei vermindert wird und 3. das endgültige Gesetz pünktlich am 1. Oktober 1921 in Kraft tritt. Berlin, 9. Mai 1921. Schulting, Baumhoff, Dr. Heß, Loenartz-Bitburg, Blank, Marx (Köln), Frau Wronka, Dinslage, Kamp und die übrigen Mitglieder der Fraktion der Zentrumspartei und der Deutsch-Hannoverschen Partei.

*

[E] **Berlin**, 9. Mai. Eine kleine Anfrage des Zentrums im Landtage im Interesse der Lehrer an höheren Schulen. Dr. Horster (Ztr.) hat folgende Anfrage eingebracht: Gemäß Anordnung des Herrn Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 15. März 1920 (U II No. 28 IV) werden bei den vom Staate zu unterhaltenden und den unter Staatsverwaltung stehenden nicht staatlichen höheren Lehranstalten vom 1. April 1920 als Vergütungen 1. für die Wochenstunde jährlich 160 ℳ, 2. für die Erteilung der einzelnen Stunden je 4 ℳ gezahlt. In ganz besonderen Fällen darf bis zur Höchstgrenze von 200 ℳ bezw. 5 ℳ für die einzelne Stunde gezahlt werden. Diese Entschädigung entspricht in keiner Weise den heutigen Geldverhältnissen. Ist das Staatsministerium bereit, durch eine sofortige Steigerung der Sätze auf eine den heutigen Geldverhältnissen entsprechende Höhe für die in Frage kommenden Lehrkräfte eine angemessene Entschädigung festzusetzen?

Die Erhebung von Nachtragsumlagen.

Folgender Gesetzentwurf der Zentrumsfraktion ist beim preußischen Landtag eingegangen: Paragraph 1. Die Gemeinden und Gemeindeverbände sind berechtigt, für das Rechnungsjahr 1920, auch nach dem 1. April 1921 Nachtragsumlagen zu beschließen und zu erheben. Die Nachtragsumlagen einer Gemeinde oder eines Gemeindeverbandes zur Deckung des eigenen Bedarfs dürfen ein Viertel der im Rechnungsjahr 1920 für diesen Zweck bewilligten Umlagen nicht überschreiten. Die Beschlußfassung muß bei den Provinzen (Bezirksverbänden) bis zum 31. Mai 1921, bei den Kreisen bis zum 15. Juni 1921 und bei den Gemeinden bis zum 30. Juni 1921 erfolgen. Die Beschlüsse der Provinzen (Bezirksverbände) müssen den Stadt- und Landkreisen bis zum 5. Juni 1921, die der Landkreise den kreisangehörigen Gemeinden bis zum 20. Juni 1921 mitgeteilt sein. Als Mitteilung gilt auch die Veröffentlichung im Amtsblatt. Die Beschlüsse bedürfen der Genehmigung, die auch nach den in Abs. 3 genannten Zeitpunkten erfolgen kann. Paragraph 2. Die Minister des Innern und der Finanzen erlassen die zur Ausführung des Gesetzes erforderlichen Bestimmungen. Paragraph 3. Das Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft.

CPC. Kommunistische Ziegelei.

Bei der Beratung des Antrages Porsch betr. Erhöhung der Dienstaufwandsentschädigung der Generalsuperintendenten usw. und der Besoldung der Domgeistlichen und Bischöfe geriet der kommunistische Abg. Schulz-Neukölln in eine solche Raserei, daß er seines Herzens Inhalt nicht zurückhalten konnte. Er lieferte aber auch den Beweis, daß er es versteht, sachliche Unkenntnis durch unparlamentarisches Schimpfen zu verdecken. Ausdrücke wie „Bischöfe und andere Faulenzer", „Pfaffen, die sich mästen in dem Augenblick, wo Tausende deutscher Kinder hungern", trugen ihm einen zweifachen Ordnungsruf durch den Präsidenten ein. Die beste Antwort gaben ihm die bürgerlichen Parteien, indem sie dieses öde Schimpfen keiner Antwort würdigten. Die Würde des Hauses war durch den Präsidenten gewahrt worden. Die Würde der durch den Kommunisten Schulz beschimpften kirchlichen Würdenträger wird nicht erreicht. Mißachten derartiger unsachlicher Schimpfereien ist die beste Antwort, sie charakterisieren sich selbst.

Die Vorbereitungen zu einem neuen kommunistischen Umsturz.

In der letzten Sitzung des Zentralausschusses der VKPD., der den Ausschluß Levis aus der Partei bestätigte, ist bei der Aussprache über die politische Lage und die Aufgaben der VKPD. auch die drohende Besetzung des Ruhrgebiets eingehend erörtert worden. Das referierende Mitglied der Parteizentrale erklärte, es sei Pflicht der kommunistischen Partei, die nationale Bewegung, die im Ruhrgebiet mit der Besetzung zweifellos beginnen würde, umzumünzen in eine Erhebung des Proletariats gegen die Bourgeoisie. Die etwa entstehenden Aktionen im besetzten Gebiet müßten hierbei auch auf das unbesetzte Gebiet übergeleitet werden. Die Kommunisten kündigen also den bevorstehenden Umsturz offen an, was sie nicht hindern wird, beim erneuten Losschlagen wiederum die lügnerische Behauptung vorzubringen, sie seien von der Orgesch provoziert worden. Die nationale Not des Vaterlandes ist für diese Herren eben nur Parteigeschäft. Die Haltung der USPD. und SPD. gegenüber den Sanktionen der Entente wurde vom kommunistischen Referenten nach der „Roten Fahne" dahin gekennzeichnet, daß sich diese beiden Parteien vollkommen als Agenten der Entente verhielten. In bezug auf Sowjetrußland äußerte der Referent, die kapitalistischen Staaten hätten durch den Abschluß von Handelsverträgen bewiesen, daß sie Sowjetrußland gegenüber zur „Ermattungsstrategie" übergegangen seien. Die Betäubung Sowjetrußlands hätten diese Staaten keineswegs aufgegeben. Sollte es sich erweisen, daß die Lage Rußlands durch den Abschluß der Handelsverträge gestärkt wird, so würde die kapitalistische Welt wieder zu ihrer alten „Niederwerfungsstrategie" zurückkehren.

Die katholische Hilfsaktion in Amerika.

Die „Tägliche Omaha Tribune" (Nebraska) berichtet in ihrer Nummer vom 16. April: Rev. H. H. Bruning, einer der Vertreter der katholischen Hilfsaktion für Deutschland und Oesterreich, befand sich Freitag auf der Durchreise nach St. Paul in Omaha und war der Gast von Rev. B. Sinne. Als letztes Jahr vier Geistliche als die Vertreter der deutschen Bischöfe nach Amerika gesandt wurden, um hier das Hilfswerk zu betreiben, wurde ihnen auf die Veranlassung der amerikanischen Bischöfe Rev. H. H. Bruning aus Virginia zugeteilt, weil er des Landes kundig war. Seit jener Zeit sind zwei Vertreter, Rev. Wienhold und Rev. Weinand, nach Deutschland zurückgekehrt, die demnächst durch Rev. Spohr aus Hildesheim und Rev. Kneip aus Freiburg, ersetzt werden. Rev. Bruning hatte vor allem die Aufgabe, die Bischöfe zu besuchen und mußte deshalb das ganze Land bereisen. Auf sein Ersuchen hin haben bereits 56 Bischöfe allgemeine Diözesenkollekten für Deutschland und Oesterreich anberaumt und man erwartet, daß noch weitere 30 Bischöfe diesem Beispiels folgen werden. Die Kollekte ist eine Extrakollekte und nicht mit der bereits letzte Weihnachten auf die Anordnung des Papstes hin aufgenommenen allgemeinen Kollekte zu verwechseln. Wo immer diese Diözesn-Kollekten stattfinden, bedeutet es eine zweite Kollekte für das hungernde Mitteleuropa. Jetzt soll eine Bewegung für einen großen „Corn Drive" in Nebraska und Jowa zwischen dem 14. und 21. Mai in Gang gebracht werden. Die Oberleitung desselben liegt in den Händen der Erzbischöfe Mundelein von Chicago und Keane von Dubuque. Das Getreide soll von den Farmern in Jowa und Nebraska geschenkt und an eine noch zu bestimmende Mühle in Omaha, Le Mars und Cedar Rapids, Jowa, gesandt werden, wo es gemahlen und nach einem östlichen Hafen gesandt wird. Von dort aus wird es von einem Schiff, das die deutsche Regierung zur Verfügung gestellt hat, nach Deutschland befördert und dort von den Wohlfahrtigkeits-Behörden verteilt. Rev. Bruning besuchte den Erzbischof Harty betreffs des „Corn Drives", der sich bereit erklärt hat, einen diesbezüglichen Aufruf an die Pfarrer der katholischen Gemeinden des Staates ergehen zu lassen. Besondere Komitees sollen in Omaha und in allen Gemeinden des Staates ernannt werden, um die Sache in die Hand zu nehmen. Wenn die geeignete Zeit kommt, werden die Aufrufe durch die Presse erfolgen. Von hier aus begab sich Vater Bruning nach Minnesota, um auch in jenem Staat, wenn möglich, diese Hilfsbewegung zu organisieren.

Städtisches.

Münster, 13. Mai.

✤ **Die Marienfeier im Dom.** Zu einer imposanten, erhebenden Kundgebung katholischen Glaubens gestaltete sich die am Sonntag Nachmittag im Dom stattgefundene Versammlung sämtlicher Jungfrauen-Kongregationen der Stadt Münster. Annähernd 8000 Jungfrauen waren erschienen, um in dem festlich geschmückten Gotteshause das Gelöbnis der Glaubenstreue und Sittenreinheit abzulegen. Die Festpredigt hielt Domprediger Voß aus Osnabrück. Mit begeisterten Worten schilderte er die höchsten Ideale der Jungfrau und forderte zum energischen Kampfe auf gegen alles, was Frauenwürde und Sittenreinheit gefährde. Ein Chor von 450 Sängerinnen, aus den Gesangvereinen aller Kongregationen zusammengestellt, sang mit Rhythmus und reiner Tongebung zwei mehrstimmige Lieder. Nach einigen tief zu Herzen gehenden Mahnworten des hochwürdigsten Bischofs wurde von 8000 jungen Mädchen das Weihegebet an die Gottesmutter gemeinsam gesprochen. Der sakramentale Segen und das Tedeum beschlossen die ergreifende Feier. — Diese Zeilen seien nicht abgeschlossen, ohne eine bedauerliche Tatsache zu erwähnen, deren Gedenken er weckt: so gefüllt am Sonntag schon lange vor 4 Uhr die weiten Hallen unseres Domes waren, ebenso leer waren sie an den letzten schönen Frühlings-Sonntagen seit Ostern um 4 Uhr zur Predigt. Man fragte sich Sonntag bei dieser geradezu unheimlichen Ueberfülle: warum nur bleiben alle diese Tausende und noch viele andere an den übrigen Sonntagen um 4 Uhr der Dompredigt fern? Wer (wie der Schreiber dieser Zeilen) zufällig mehrere Male Gelegenheit hatte, den weiten Raum nur von verschwindend wenigen Gläubigen besucht und die Dompredigt vor fast leeren Kirchenschiffen gehalten zu sehen, den erfaßte doch jetzt mit der Freude über das schöne Fest zugleich ein tiefes Bedauern über die Leere der letzten Sonntage. Daß die Zeit um vier Uhr heutigentags, zumal im Sommer, ungünstig ist, weiß jeder, daß sie aber für Ungezählte möglich ist, das bewies der auffallend große Besuch der alten ehrwürdigen Domkirche am vorigen Sonntag. Wie kann da in Zukunft geholfen werden? Die beiden nahenden Pfingstfeiertage geben Gelegenheit aufs neue beweisen, daß dafür Abhilfe gesucht werden muß.

✤ **Wallfahrt nach Telgte am Dreifaltigkeitssonntag.** Sonderzug: Abfahrt von Münster 2 Uhr, Rückfahrt ab Telgte 6,46 Uhr. Fahrkarten sind vom 17. an zu haben in den Geschäften von Mertens (Alter Steinweg 5), Hüter (Kuhgeriplatz 3) und Lücke vorm. Fischer (Hollenbeckerstr. 22—23). Preis 2,60 Mark.

✤ **Der Wirteverein** Münster befaßte sich am Mittwoch Nachmittag in einer im Berliner Hof abgehaltenen Versammlung mit der Frage der Umgestaltung der Bierverhältnisse, die dadurch erfolgt, daß die Brauereien demnächst 12prozentiges Bier ausstoßen dürfen. Der Preis dafür wird sich allerdings erheblich höher stellen als bisher, doch wurde mitgeteilt, daß die münsterschen Brauereien in einer Besprechung Entgegenkommen gezeigt hätten, so daß sich die Versammlung nach ergiebiger Aussprache auf den Standpunkt stellte, künftig grundsätzlich nur Starkbier zu führen. Der Westfälische Feuerwehr-Verbandstag am 26., 27. und 28. August d. J. wird etwa 8000—10 000 Feuerwehrleute in Münster versammelt sehen, für deren Unterbringung und Beköstigung der Wirteverein zeitig Vorsorge treffen wird. Zwei Kommissionen wurden beauftragt, das Notwendige in die Wege zu leiten. Darauf hielt Direktor Schroer einen bemerkenswerten Vortrag über die Regie-Werke, die er als die größte Produktivgenossenschaft Deutschlands bezeichnete. Vor 20 Jahren aus kleinen Anfängen entstanden, werden in Niedermending jetzt täglich 100 000 Flaschen Mineralwasser abgefüllt. Der Genossenschaft gehören heute 2400 Wirte in Rheinland und Westfalen an. In einem weiteren Vortrag konnte Herr Feegers-Duisburg mitteilen, daß schon in der nächsten Zeit seitens der Regierung die Verlängerung der Polizeistunde bis 1 Uhr (Sonntag bis 2 Uhr) zu erwarten sei. Den Regierungspräsidenten bezw. örtlichen Behörden bliebe es allerdings vorbehalten, die Polizeistunde anderweitig zu regeln. Der frühere Innenminister Severing hatte dem Redner gegenüber erklärt, daß die Bundesratsverordnung am 16. Dezember 1916 bezüglich der Polizeistunde nicht mehr zu Recht bestände. Auf Grund dessen soll eine Entscheidung über die Giltigkeit der gegen die Wirte wegen Ueberschreitung der Polizeistunde ergangenen Strafen herbeigeführt werden. Bemerkenswert war die Mitteilung, daß der bisherige Reichsminister des Innern Koch auf Anfrage erklärt habe, er habe den damaligen Minister Severing aufgefordert, die Polizeistunde zu verlängern, was Severing hinwiederum bestritten habe. Im übrigen schilderte Redner die Zukunft des Wirtegewerbes als gerade nicht rosig, da infolge Annahme der Forderungen des Obersten Rates beträchtliche Steuererhöhungen zu erwarten seien, insbesondere auch auf Bier, Branntwein usw. Das Wirtegewerbe wolle ganz gewiß das Seinige zur Aufbringung der nötigen Gelder beitragen; nur dürften die Belastungen nicht unerträglich sein, weil sie dann auch für den Staat das Gegenteil erreichten. Nach einer Aussprache wurde beschlossen, bei der Regierung in Münster die Verlängerung der Polizeistunde auf 1 Uhr zu beantragen. Weiter wurde Klage darüber geführt, daß die Polizei auf Grund anonymer Anzeigen gegen Wirte vorgehe, während man auf Grund solcher Anzeigen gegen private Lustbarkeiten nichts unternehme.

✤ **Fälschungen und Unterschlagungen von Eisenbahnfahrkarten.** Die Strafkammer des hiesigen Landgerichts verhandelte Mittwoch von nachmittags 4—10 Uhr wegen Urkundenfälschung und Betrugs gegen mehrere Eisenbahnbeamte aus Münster. Der Hauptangeklagte H., der schon im Januar 1918 bei Fahrkartenunterschlagungen abgefaßt, aber durch Amnestie begnadigt worden und auf seine Bitte hin im Dienste belassen worden war, hatte schon in der Voruntersuchung ein umfassendes Geständnis abgelegt und führte dieses im Laufe der Verhandlung weiter aus. Er habe gebrauchte Fahrkarten, die zum Sortieren da lagen, dem Sortierer Sp. und T. erhalten, was diese allerdings entschieden bestreiten. Er habe dann aus diesen Karten den Datumstempel entfernt und mit Wissen des Angeklagten M., der in der Fahrkartenausgabe beschäftigt war, ein neues Datum darauf gestempelt. Er habe diese jetzt wieder giltigen Karten zu Fahrten nach Berlin, Hamburg, Elberfeld usw. benutzt. Als er dann von der Eisenbahnverwaltung entlassen worden sei, habe M. ihm geraten, sich Typen herstellen zu lassen und damit die Karten zu Hause zu stempeln. M. habe ihm auch solche genannt, der diese Typen herstellen könne. Da er aber Proben nötig gehabt hätte, habe er die Typen aus dem Fahrkartenraum allerdings ohne Wissen des M. entwendet. Dann habe er selbst Karten zu Hause gestempelt und sie weiterverkauft, alles in allem für ungefähr 3500 ℳ. H. sagt ferner aus, M. habe Blankokarten gefälscht, indem dieser auf den Namen einen kleinen Ort in der Umgegend, auf die Karte aber selbst Breslau oder Berlin oder sonstige fern liegende Orte geschrieben habe. Natürlich habe er diese Scheine nicht durchgepaust, wie es Vorschrift ist. M., dem von seinen Kollegen das beste Zeugnis ausgestellt wird, bestreitet dieses alles, er habe mit H. nie über solche Dinge gesprochen. Die übrigen Angeklagten sollen auf diese Art und Weise Fahrkarten von H. erhalten haben. Aber nur einer von ihnen, der Angeklagte Bernhard M., gibt das für eine Fahrt nach Hamburg zu, er habe aber auf Drängen seiner Braut die gefälschten Karten nicht benutzt. Gegen einen anderen B. mußte das Verfahren vorläufig eingestellt werden. Der Staatsanwalt hält den Hauptangeklagten des Betrugs und der Schwe-

---

Der Künstlerbund.

Roman von Maria Recht.

(Nachdruck verboten.)

(18. Fortsetzung.)

Sie setzten sich an den Kaffeetisch. Marga war versonnen. Sie bestrich ihr Brötchen mit frischer Butter und sagte: „Es ist nur gut, Elvira, daß Sie Ihre Fräulein Tante heute haben, so brauchen Sie nicht allein zum Baden zu gehen, wenn ich zurückbleibe."

„Ach," fragte Fritz, „Sie wollen sofort mit dem Malen beginnen?"

„Ich habe einen Brief zu schreiben. Aber Sie brauchen sich wegen des Bildes nicht zu beunruhigen, es wird zur rechten Zeit fertig sein."

Am Nachmittage ging Frau Sawallisch aus, um Erdbeeren zu suchen.

Sonst besorgten das die Kinder des Dorfes, aber es wäre doch nach dem gestern Vorgefallenen keines zu bewegen gewesen, in den Wald zu gehen. Und die Beeren waren reif, sie verlamen, wenn sie nicht geerntet wurden, und die Badegäste verlangten danach. Und sie brachten Geld, zwei Groschen gab es für einen Teller voll, genau so viel wie für eine ganz große Steinbutte. Man mußte das noch mitnehmen und die Zeit ausnützen. Wer bezahlte noch etwas, wenn die Fremden erst wieder fort sein würden?

Die Frau gehörte nicht zu den Abergläubischen, dennoch war es ein besonderes Gefühl, das sie beschlich, als sie so allein durch die Bäume schritte. Wer glaubt denn an Gespenster? Und wer nicht? Wer hat den Teufel schon einmal gesehen? Keiner. Oder die Kinder? Wer weiß, was die gesehen hatten! Man hört von Zauber und von Spuk und lacht und sieht doch furchtsam in die Winkel. Viele Menschen sind überzeugt davon, daß Tische gehen können, Bilder von den Wänden springen und Geister Birnen pflücken.

Frau Sawallisch war bis an die Düne gekommen, wo die allerschönsten Früchte wuchsen. Da prallte die Sonne und der Boden war leicht, die Pflanzen wurden groß und kräftig. Sie nahm die Beeren mit Stiel und häufte den ganzen Teller voll. Dann setzte sie sich nieder, um sie zum Strauße zu binden für die Bewohnerinnen ihres Häuschens, die so fein waren und gar nicht stolz und gar nicht geizig.

Arbeit ist das beste Mittel gegen unbequeme Gedanken. Emsig reihte sie Stengel an Stengel und hatte ihre Freude daran, wie der eigenartige, duftende Busch wuchs. Nun war er fertig, und sie griff neben sich, um einen Halm von dem breiten Dünengrase zum Bändchen zu schneiden. Unwillkürlich blickte sie auf und sah übers Meer.

In demselben Augenblicke entfuhr ihren Lippen ein Schrei. Sie vergaß, das Gras zu nehmen, die mühselig gesammelten Beeren entglitten ihrer Hand. Unfähig, sich zu rühren, sah sie und starrte auf das Wasser.

Tiefblau war die See, sanft gingen die Wogen. Unweit vom Ufer schaukelte ein Kahn und darin eine weiße Erscheinung.

Keine Bewegung hüben und drüben, kein Laut hier und da. Nicht das geringste Zeichen von Leben bei der Frau auf der Düne noch an dem geheimnisvollen Wesen im Schiffe.

Geheimnisvoll war es und konnte unmöglich mit rechten Dingen zugehen; denn ein Boot tauchte unter natürlichen Umständen nicht aus der Tiefe empor, sondern es mußte näherkommen mit Rudern oder Segeln, man mußte es auf ebener Fläche gewahren. Das da vor ihr aber hatte sie bis zu dieser Minute nicht gesehen. Und eine Person, die sich an diesem Orte aufhielt, mußte man kennen, weil man von jedem Menschen in der ganzen Gegend wußte.

Noch immer schaute sie hinüber.

Weiß vom Kopf bis zu den Zehen, weiß der Schädel, weiß das Gesicht. Und kein Ruder, kein Segel. Keine Bewegung. Wer konnte es sein? Das Auge war auf sie gerichtet. Was suchte er? Wen suchte er? Was wollte er? Was wollte er von — ihr?

Jetzt streckte er die Hand nach ihr aus, und sie faßte Teller und Beeren zusammen und flog empor und stürzte in den Wald. Und wand sich durch das Dickicht und wagte nicht, zurückzublicken.

Endlich stand sie still, um Luft zu schöpfen. Sie sah sich durch Blätterwände geschützt und wurde ruhiger. Und sie setzte sich nieder und besann sich.

Und weil sie verständig war, kam ihr zum Bewußtsein, daß sie keinerlei Schaden erlitten, und daß ihr der Atem weniger fehlen würde, wenn sie nicht ganz so schnell gelaufen wäre. Und wie sie so über den Waldboden blickte, merkte sie außerdem, daß sie sich an einer Stelle befand, an der noch keine Beeren gesucht worden waren. Weil diese hier sehr dicht standen und sie das Geld dafür wohl gebrauchen konnte, begann sie von neuem zu pflücken.

Ihr Teller war bald voll. War es nun ein Unglück, daß sie hierhergekommen war? Oder ein Glück? Gab es nicht auch gute Geister?

In dem Maße, wie die Angst von ihr wich, wuchs in ihr die Neugierde. Und sie dachte, sie könne doch noch einmal heranschleichen und zwischen den Büschen hindurch nach dem Rätselhaften ausschauen, damit sie im Dorfe auch ganz genau zu berichten wüßte, wie er ausgesehen habe, ob auch die Hände weiß gewesen wären und das Boot. So ganz bestimmt vermochte sie es schon jetzt nicht mehr zu sagen.

Sie kehrte wirklich wieder um. Sie arbeitete sich abermals durchs Buschwerk und befand sich nach kurzer Zeit wieder am Dünenrande. Noch schützte sie ein Strauch. Ein kleines Weilchen besann sie sich doch, bevor sie die Zweige auseinanderbog!

Dann aber zu! Zaghaft und aufmerksam zugleich spähte sie übers Meer.

Obwohl sie hier jedes Fleckchen zu kennen glaubte, mußte sie an die verkehrte Stelle geraten sein. Vor ihr lag nichts als Himmel und Wasser. Wo war es denn gewesen? Weiter nach rechts? Oder mehr nach links? Ungern gäbe sie die Deckung auf.

Sekundenlang stand sie zögernd. Nach welcher Richtung sollte sie sich wenden? Nach Hause gehen? Nein! Lieber hervortreten, um freie Aussicht zu gewinnen. Was sollte es schließlich auch schaden? War sie doch vorhin mit heiler Haut davongekommen.

Und schnell entschlossen trat sie hinaus. Da hatte sie den Wald im Rücken, vor ihr lag die abfallende Düne und drüben das endlose, schäumende Wasser mit der murmelnden Brandung.

Mit einem Blicke erfaßte sie die schimmernde Weite. Und stand verdutzt. Doch einen Herzschlag lang nur, und sie saß zitternd am Boden wie zuvor, nicht weniger schreckerfüllt, als da sie das Unbegreifliche zum ersten Male gesehen, jetzt, nun es verschwunden war.

Denn unter natürlichen Umständen konnte ein Boot bei dieser See nicht in die Tiefe sinken, sondern es mußte davonfahren mit Rudern oder mit Segeln, man hätte es bei einem Umblicke wie hier auf der ebenen Fläche noch eine volle Stunde sehen müssen.

Aber es war weg. Jede Spur war erloschen. Was hatte das alles zu bedeuten?

Und von neuem packte sie das Grausen. Das riß sie in die Höhe und trieb sie zurück in ihr Dorf, unter Menschen, zu Geschöpfen von Fleisch und Blut, die gemächlich kamen und gemächlich gingen und nicht auf wunderbare Art erschienen und wunderbar wieder verschwanden.

Als sie aus dem Fichtenhaine auf die breite Straße trat, die am Ackerlande vorüberführte, sah sie den jüngeren Teil der Badegäste mit Frau Hübners großer Staffelei dem Walde zustreben. Sie überlegte, ob sie sie warnen solle, doch unterließ sie es lieber, indem sie dachte: der junge Herr Rothaus konnte es doch wieder besser verstehen wollen.

Marga saß im Sande und sah zu, wie Fritz Holtmeier das Malgestell zurechtrückte. Dann befestigte er die Leinwand und blickte zu ihr hin.

„Bis jetzt ist es ganz richtig," sagte sie, „nun kommen die Umrisse." Fritz zog einen Bleistift aus der Tasche und begann, diese mit feinen Strichen anzudeuten.

„Ach so," bemerkte Gertrud Rosenbaum, „Sie sind der Maler."

„Der Handlanger, mein gnädiges Fräulein."

„Aber auch ein Mitglied des Künstlerbundes?"

„Ein dienendes."

„Nicht Künstler?"

„Wie man's nimmt, ich habe das Baufach studiert."

Er strichelte weiter, und Gertrud schaute ihm zu. Und er klopfte vor sich hin und fand diesen Zustand sehr gemütlich. Und er dachte: Ob sie wohl wegsehen würde, wenn ich jetzt auf die Leinwand schriebe: „Du bist ein Engel!" Dem Bilde würde es nicht schaden, Frau Marga könnte es übermalen, aber es wäre für den ersten Tag ihrer Bekanntschaft vielleicht doch ein wenig zu dreist. Darum wartete er lieber noch ein bißchen.

Albert und Bruno betrachteten die Zeichnung mit prüfenden Blicken. „Links ist es getroffen," sprach Albert, „aber an dieser Seite würde ich die Linie etwas höher ziehen. Hier — gerade wo Sie jetzt sind." Da reichte ihm Fritz den Stift. „Ich bitte, er wird in guten Händen sein."

Der junge Lehrer fing an, zu bessern, langsam und mit Bedacht. Und wie er es machte, wurde es ohne Fehler. Und Gertrud, die noch immer daneben stand, äußerte: „Jetzt erst spürt man des Meisters Hand."

Ueberrascht blickte Rothaus auf. „Gnädiges Fräulein belieben zu scherzen, mir fehlt zum Künstler alles."

„Doch nicht die Fähigkeit, zu zeichnen."

„Aber die Persönlichkeit, die leichte, fröhliche Art."

„Ueber die erstere vermag ich nicht zu urteilen, weil ich Sie erst seit gestern kenne, letztere hingegen halte ich nicht für eine unbedingt notwendige Beigabe."

„Die Kunst ist heiter."

„Und fordert ernste Hingebung. Sie stellt an ihren Jünger hohe Anforderungen, und ich kann mir einen solchen wohl als einen besonnenen Menschen vorstellen, selbst wenn er heitere Werke schafft."

Die Augen der Freunde hingen an ihren Lippen, und als sie schwieg, bat Bruno: „Sprechen Sie weiter."

„Ich denke, daß Begabung allein noch lange keinen Künstler macht, sondern daß Fleiß dazu gehört und Selbstzucht und Entsagung. Wer etwas Großes leisten will, darf seine Tage nicht verträumen, er muß arbeiten und streben."

Von der Seite hatten die jungen Männer die Sache noch gar nicht angesehen. Früher hatten sie sich um Künstler überhaupt nicht gekümmert, höchstens um Kunstwerke. Und mit wem hatten sie jetzt darüber reden können? Mit Frau Rothaus, die ganz andere Ansichten entwickelte. Sie hatten beide das Gefühl, als habe ihnen soeben jemand ein schönes Geschenk gemacht, und sie mochten alle beide das ältere Fräulein Rosenbaum auf einmal schrecklich gern.

Sie waren von der Leinwand zurückgetreten, und Marga sah wieder hinüber. „Sehr hübsch," lobte sie, und Bruno setzte hinzu: „Sie sind an der Reihe, Herr Seeger."

„Wir wollen doch Frau Hübner nicht alle ins Handwerk pfuschen," entgegnete dieser abwehrend. „Gnädige Frau müssen es am Ende übel vermerken."

„O bitte," sprach Marga, „durchaus nicht. Wenn Sie also ein bißchen möchten —" Einladend wies sie auf die Staffelei.

Sie fingen alle an zu lachen. Und Lora rief: „So wird das Bild wohl fertig werden!" worauf die Malerin freundlich erwiderte: „Es wird."

...en Urkundenfälschung in mehreren Fällen für schuldig und beantragt gegen ihn 1 Jahr Gefängnis, gegen M. wegen Betrugs 1 Jahr Gefängnis, gegen Bernhard M. wegen Betrugs und Urkundenfälschung in einem Falle 3 Monate Gefängnis, gegen A. wegen Beihilfe zum Betrug 6 Monate Gefängnis, gegen die Angeklagten Sch. und T. wegen Unterschlagung ... Monate Gefängnis und für den Assistenten D. Freisprechung. Die Verteidigung rechnet bei dem Hauptschuldigen ... auf mildernde Umstände und bittet, die Strafe durch die Untersuchungshaft für verbüßt zu erachten, für die übrigen beantragt sie Freisprechung. Das Gericht erkannte jedoch gegen H. 1 Jahr 6 Monate Gefängnis mit Anrechnung der Untersuchungshaft, gegen M. 3 Monate, gegen Bernhard M. 3 Monate, gegen A. 2 Monate Gefängnis. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Provinzielle Nachrichten.

× **Warendorf, 12. Mai.** Auf dem am 19. Juni stattfindenden Katholikentage darf und will die katholische Jugend nicht fehlen. Sie wird ihre Ehre darin setzen, an dem Festzuge und den übrigen Festveranstaltungen sich restlos zu beteiligen, zumal wo am Vormittag des Katholikentages das ...jährige Verbandsjubiläum des Gesamtverbandes der Jünglingskongregationen und Jugendvereine Deutschlands für den Bezirk Warendorf gefeiert werden soll. Andere Vereine und Verbände sind eingeladen, sich an dieser unserer Festfeier zu beteiligen. Sämtliche Vereine und Kongregationen des Dekanates werden gebeten, bis zum 31. Mai an den Bezirkspräses, Kaplan Hennebrisch mitzuteilen, ob der Verein teilnimmt und wieviel Mitglieder erscheinen, worauf ihnen die Mitgliedskarte zum Katholikentag zugeht, die zur Teilnahme an allen Festveranstaltungen berechtigt.

* **Herne, 12. Mai.** Die katholische Marienkirche in Herne-Baukau wurde in der Nacht zum Dienstag von Einbrechern heimgesucht. Diese gelangten mit Hilfe von Nachschlüsseln in das Gotteshaus und in die Sakristei und stahlen aus den dortigen Schränken: sechs schwarze Meß-[...], zwei weiße Knabenrochetts, wertvolle Altar-[...]tücher usw. Der Versuch, den Tabernakel mit Meißel und Stemmeisen aufzubrechen, mißlang glücklicherweise, ebenso ein Versuch, die Tür zum Pfarrhause zu öffnen. Der Wert der gestohlenen Sachen übersteigt 6000 M.

⚒ **Wattenscheid, 11. Mai.** In der bekannten Schieberaffäre hatte das Amt Wattenscheid beim Bochumer Landgericht im Arrestverfahren von dem Bochumer Großkaufmann Schneider die Herauszahlung von 400 000 Mark und 100 000 Mark Kosten verlangt. Die Klage ist jetzt abgewiesen worden.

⚒ **Hagen, 11. Mai.** In der Gemeinde Holzen hat der Landwirt Gustav Treppmann auf Vorhölters Hof seine 40 Jahre alte Ehefrau nach einer heftigen Auseinandersetzung erschossen. Der Mörder ist flüchtig. Was Treppmann zu der Tat veranlaßt hat, ist nicht bekannt; doch scheint die Ursache in unglücklichen Familienverhältnissen zu liegen. Treppmann, der noch ein Bauerngut in Hagen-Eppinghausen besitzt, hatte als Witwer mit teilweise erwachsenen Söhnen vor drei Jahren in den Vorhölterschen Hof sich eingeheiratet. Nach einer neuen Meldung hat sich Treppmann inzwischen selbst der Polizei gestellt.

* **Menden, 12. Mai.** Die Stadt hat Kriegsnotgeld in Scheinen zu 5 und 20 Mark sowie Hartgeld zu 5, 10 und 50 Pfennig herausgegeben. Das Papiergeld, insbesondere die 20-Mark-Scheine, sind mit Bildwerk versehen, welches Karten aus Alt-Menden, und zwar einen alten Festungsturm aus dem Jahre 1381 bezw. eine Ansicht der Bergstraße mit ihrem festungsmäßigen Charakter wiedergibt. Das Hartgeld zeigt auf dem ersten Satz das mit einem Lobeerkranz versehene Stadtwappen, einen mit Fallgatter versehenen Festungsturm; das Wappen ist gekrönt von der dreizinkigen Burgkrone. Das in den Jahren 1919 und 1920 herausgegebene Geld, nur Hartgeld in vernickeltem Eisen bezw. Reinaluminium besteht aus dem Satz: 10 Pfg. und 50 Pfg. Während erstere Stücke auf der Bildseite einen Festungsturm mit Turmwohnung zeigen, bringen die 50-Pfennig-Stücke das Bild eines die Höhle verlassenden Höhlenbären im Stempel; dieses Stück soll an die Aufdeckung einer Bärenhöhle erinnern, welche von der Stadt Menden zugunsten ihres Heimatmuseums ausgebeutet wurde und zu dem seltenen Ergebnis führte, daß das Vorkommen von weit mehr als hundert Höhlenbären und vielen anderen Raubtieren, wie Löwe, Hyäne, Wolf usw., festgestellt werden konnte. Das Geld hat in Sammelkreisen großes Interesse erweckt und befindet sich fast ausnahmslos in allen deutschen Museen. Ganz besonders eifrig wird es von den Amerikanern gekauft.

* **Siegen, 12. Mai.** Einen guten Fang machte die Polizei in dem Dorfe Tringenstein, wo es gelang, den Führer der siebenköpfigen Räuberbande, die seit Monaten im Dillkreise und Westerwald Einbrüche, Beraubungen, Brandstiftungen usw. ausführte, festzunehmen. Nach den polizeilichen Feststellungen handelt es sich um den früheren Seminaristen Emil Grab, der mit 6 anderen Helfershelfern im Begriff stand, die Scheune eines Landwirts in Brand zu stecken, um während des Feuers die Gemeindekasse auszurauben. Bei dem Verbrecher wurden Revolver, Einbruchswerkzeuge und Betäubungsmittel gefunden.

WTB. **Benrath, 12. Mai. (Telegr.)** Wie das „Benrather Tageblatt" meldet, wurde in der Nähe von Haus Elderheid ein nach Köln fahrendes Auto von einem anderen Automobil bei dem Versuch, es zu überholen, angerannt und gegen einen Baum geschleudert. Einer der Insassen erlitt so schwere Verletzungen, daß er in der Nacht im Krankenhause starb. Ein zweiter Insasse und ein Chauffeur erlitten leichte Verletzungen.

* **Köln, 12. Mai.** Das Umsatzsteueramt der Stadt Köln hat an alle Sportvereine ein Schreiben gerichtet, in dem die Vereine aufgefordert werden, auf Grund des Umsatzsteuergesetzes sämtliche in der Zeit vom 1. März bis 31. Dezember 1920 von den Vereinen vereinnahmten Eintrittsgelder binnen zwei Wochen dem Umsatzsteueramt anzumelden. Der Steuersatz beträgt für die beiden ersten Jahre 5 vom Tausend und für 1920 15 vom Tausend. Das Schreiben des Umsatzsteueramtes hat in den Sportvereinen große Mißbilligung und Entrüstung hervorgerufen.

× **Detmold, 11. Mai.** In der Ortschaft Lütte drangen vier schwer bewaffnete maskierte Räuber in den Hof des Landwirts Wegge ein, rissen den Hofbesitzer aus dem Bett, mißhandelten ihn, sodaß er blutüberströmt zu Boden sank, und wollten dann an die Ausplünderung des Gehöftes gehen, als die Mägde Lärm schlugen und die Knechte herbeiriefen. Ohne nennenswerte Beute gemacht zu haben, ergriffen die Räuber die Flucht. Leider ist es ihnen gelungen, unerkannt zu bleiben.

Hochschul-Nachrichten.

× **Berlin.** Wie die „Hochschulkorr." erfährt, ist der durch die Emeritierung von Exz. Prof. von Harnack erledigte Lehrstuhl der Kirchengeschichte an der Berliner Universität Prof. Dr. Hans Lietzmann in Jena angeboten worden. Prof. Lietzmann, (1875 zu Düsseldorf geboren), der eine umfangreiche fachliterarische Tätigkeit entfaltet, ist Mitherausgeber des „Handbuchs zum Neuen Testament", ferner Herausgeber der „Kleinen Texte für theologische und philologische Uebungen".

In Heidelberg tagt in der Pfingstwoche (18.—21. Mai) die 59. Generalversammlung des Verbandes der wissenschaftlichen kath. Studentenvereine Unitas (U. V.) Zur Beratung stehen besonders die Aufnahme von vielen neuen Vereinen, der innerverbandliche Ausbau, die Auseinandersetzung mit hochschulpolitischen und studentischen Gegenwartsfragen, die Arbeitsgemeinschaft der kath. Studentenverbände, der Studentenaustausch mit der internationalen Union kath. Studenten (Freiburg i. Schweiz) und die Mitarbeit beim Wiederaufbau der Heimat und des Vaterlandes. Da der U. V. neben mehr konservativ gerichteten Vereinen auch viele neu stehende und arbeitende Vereine in sich schließt, die unlöslich verbunden durch die stark ausgeprägte kath. Weltanschauung, dürfte die Tagung in ihren Anregungen und Beschlüssen auch für die größere Oeffentlichkeit von Bedeutung werden, die ja vielfach noch nach Wegen sucht, die auseinanderdrängenden Erscheinungen der Zeit zu einer wertvollen Einheit zu führen.

Kirchliches.

* **Das Corpus Catholicorum (C. C.).** Die Gesellschaft zur Herausgabe des Corpus Catholicorum (E. V., Sitz Bonn a. Rh.) versendet soeben ihren Jahresbericht für 1920, der einen interessanten Ueberblick sowohl über die wissenschaftliche Arbeit am C. C., als auch über die Mitgliederbewegung der Gesellschaft gibt. Die Zahl der Mitglieder ist in nicht unerheblicher Weise gewachsen. Besonders erfreulich ist der Zuwachs an Stiftern und unter diesen als Zeichen der sich wieder anbahnenden Beziehungen zu dem ehemals feindlichen Ausland der Beitritt von Katholiken aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Die Gesellschaft zählt gegenwärtig 56 Stifter, 48 Gönner, 127 lebenslängliche Teilnehmer, 568 Teilnehmer und 490 Subskribenten. Der jährliche Beitrag der Teilnehmer wurde auf mindestens 10 Mk., der einmalige der ständigen Teilnehmer auf mindestens 200 Mark erhöht. (Stifter wie bisher einmal 1000 Mark, Gönner jährlich 100 Mark.) Seit dem Tode des Stifters der Gesellschaft erschienen im C. C. unter Leitung von Prälat Dr. St. Ehses drei weitere Hefte mit fünf Schriften von Ed. Wolff, Cochlaeus und Emser. Die Leitung des Unternehmens liegt jetzt in den Händen von Geheimrat Professor Dr. theol. et phil. A. Ehrhard. Unter seiner Leitung wurde der Plan der weiterhin im C. C. herauszugebenden Schriften schon zu einem erheblichen Teile ausgebaut. Einen Ueberblick über die zunächst zu erwartenden Veröffentlichungen und über die anderen bereits fest übernommenen Schriften gibt ein dem Bericht beigegebenes Verzeichnis. Ihre Zahl beträgt über 100, die der Mitarbeiter rund 40. Die mit dem C. C. zusammenhängenden Reformationsgeschichtlichen Studien und Texte konnten wegen der hohen Unkosten nur ein Heft herausbringen. Der Bericht schließt mit einem Hinweis auf die wirtschaftliche Notlage des Unternehmens und betont einerseits die außerordentliche Wichtigkeit des C. C. und andererseits die Notwendigkeit, ihm weitere Mitglieder zu gewinnen. Es sei besonders betont, daß Handel, Großhandel und Industrie noch beinahe vollständig fehlen; und doch wäre gerade diesen Kreisen wirksame Unterstützung der so notwendigen und kostspieligen Neuausgaben möglich. Das C. C. gilt der gesamten Wissenschaft, vor allem aber der katholischen. Für jeden Katholiken sollte es daher Ehrensache sein, mitzuwirken an der Förderung der Kenntnis der katholischen Schriftsteller des 16. Jahrhunderts, die von der Forschung so lange ungebührlich vernachlässigt wurden. Anmeldungen und Anfragen bittet man zu richten an den Sekretär der Gesellschaft, Dr. Joseph Lortz, Bonn, Meckenheimer Straße 68.

Vermischtes.

* **Höchst a. M., 12. Mai.** Die beiden Marokkaner, die vorige Woche hier den Mord an dem Kaufmann Bergmann verübten, sind dem französischen Kriegsgericht zur Aburteilung überwiesen worden. Sie wurden durch Blutspuren an ihren Seitengewehren überführt und haben die Tat eingestanden. Für den Wirt in Nied, der den Marokkanern kurz vor der Mordtat einen Liter Rum verabreicht hat, wird die Sache ebenfalls ein kriegsgerichtliches Nachspiel haben. Fast alle bisher von farbigen Kolonialsoldaten verübten Gewalttätigkeiten sind auf den übermäßigen Genuß von Alkohol zurückzuführen, da erfahrungsgemäß alle Farbigen schon beim Genuß kleiner Alkoholmengen in einen Zustand geraten, der bei ihnen freie Willensbestimmung ausschließt. Der traurige Fall in Höchst veranlaßt daher die erneute Warnung an die deutsche Bevölkerung des besetzten Gebietes, das von den Besatzungsbehörden erlassene Alkoholverbot nicht zu übertreten. Die Verabreichung von Wein, Bier, Apfelwein, Branntwein und Likör an Kolonialsoldaten aller Dienstgrade ist verboten. Kolonialsoldaten sind an der khakifarbigen Uniform und dem grünen oder roten Fez kenntlich.

* **Augsburg, 12. Mai.** Der Maurermeister Blenk, seine Frau, seine erwachsenen drei Söhne wurden infolge spiritistischer Sitzungen wahnsinnig. Sie vernichteten das gesamte Mobiliar und wollten ein außereheliches drei Monate altes Kind der einen Tochter dem „reinen Licht" als Verbrennungsopfer darbringen. Das Kind konnte rechtzeitig gerettet werden. Die gesamte Familie wurde in eine Heilanstalt gebracht.

Auch eine Hölziade.

□ **Plauen i. V., 10. Mai.** Der Rechtsanwalt Dr. Müller von hier war der öffentlichen Beleidigung zweier Polizeibeamten und der Uebertretung der Polizeistunde angeklagt. Dr. Müller hatte am 26. Oktober v. J. abends nach einem Vortrag in einem juristischen Kreise mit einigen Bekannten ein Weinlokal in der Bahnhofstraße besucht. Gegen 12½ Uhr erschienen dort zwei Polizeiwachtmeister und forderten, Polizeistunde gebietend, etwas energisch Räumung des Lokals. Es kam zu einem Wortwechsel zwischen den Beamten und Dr. Müller, der sich über den vermeintlich „brüsken Ton" der Beamten ärgerte. Er soll dabei u. a. gesagt haben: „Das bringt ihr fertig, friedliche Bürger aus einem anständigen Lokal herauszuholen. Bei der Hölziade hat sich keiner von euch sehen lassen, da habt ihr euch alle verkrochen, da habt ihr sogar die Waffen abgegeben." Der Angeklagte gab in der Verhandlung im allgemeinen das zu, was ihm zur Last gelegt wurde, nur bestritt er, die fraglichen Bemerkungen auf die beiden Beamten gemünzt zu haben; er will vielmehr die Polizei ganz allgemein gemeint haben. Im übrigen versuchte er den Wahrheitsbeweis für seine Behauptung zu führen. Infolge der Vernehmung zahlreicher Zeugen zog sich die Verhandlung mehrere Stunden hin. Gegenüber der herben Kritik, die dabei an dem Verhalten der Polizei geübt wurde, hatte der ebenfalls als Zeuge geladene Polizeidirektor Mette keinen leichten Stand. In der Zeugenaussage wurde u. a. erklärt, daß bei telephonischem Anrufen der Hilfe der Polizei geantwortet worden sei: „Wir können keinen Schutz bieten, wir sind selbst im Begriff, die Waffen abzugeben." Bei einem anderen Anruf, bei dem es sich um Hilfe gegen Plünderung handelte, sei geantwortet worden: „Es ist niemand da!" Weiter wurde festgestellt, daß von einem Beamten ein Verzeichnis der hiesigen Autobesitzer an Hölz abgegeben worden ist. Bemerkenswert war u. a. auch die Aussage des Zeugen Meierl, der ehemals Mitglied des Soldatenrates war. Er habe sich erboten, Hölz festzunehmen, wenn man ihm ein Auto und zwei oder drei zuverlässige entschlossene Leute zur Verfügung stelle. Das Anerbieten sei aber abgelehnt worden. Polizeidirektor Mette suchte die gegen ihn erhobenen Vorwürfe zu entkräften und machte namentlich geltend, daß Hölz, der in jenen Tagen die Macht gehabt, zu allem fähig gewesen sei. Man müsse eben die damaligen Verhältnisse bedenken. Der Staatsanwalt hielt die Anklage wegen öffentlicher Beleidigung aufrecht. Der Verteidiger trat dagegen für Freisprechung ein. Die Polizei, die doch das berufene Organ der Stadt sei, Schutz zu bieten ohne Rücksicht auf die eigene Sicherheit, habe in jener Zeit in zahlreichen Fällen versagt. Sie habe auf Hilferufe nicht reagiert, habe die blutrünstigen Hölz-Plakate geduldet, habe nicht einmal vorbeugend gewirkt; kurz, sie habe sich in Wirklichkeit „verkrochen". Der Angeklagte habe also die Grenzen der Wahrung berechtigter Interessen nicht überschritten. Das Gericht sah als erwiesen an, daß sich die Aeußerungen Dr. Müllers gegen die beiden Polizeibeamten richteten und daß darum die gegen die Polizei im allgemeinen gerichtete Beweisführung des Angeklagten bei der Urteilssprechung nicht in Betracht komme. Das Urteil lautete auf 110 M Geldstrafe wegen öffentlicher Beleidigung und Ueberschreitung der Polizeistunde.

Landwirtschaftliches.

Saatenstand in Preußen Anfang Mai dieses Jahres.

Nach dem Bericht des Preuß. statist. Landesamts bietet der Saatenstand Anfang Mai folgendes Bild (2 = gut, 3 = mittel, 4 = gering): Weizen 2,6 (Anfang April dieses Jahres 2,7 und Anfang Mai 1920 2,7), Gerste 2,7 (2,6 und 2,8), Roggen 2,7 (2,7 und 3,1) und Luzerne 2,7 (2,8 u. 2,6). Der weitverbreitete und zumeist ergiebige Regen kam für das Wachstum der Feldfrüchte und das Auslaufen der Einsaat äußerst erwünscht. Von Nachtfrösten blieben die Saaten durchweg verschont. Dagegen sind bei früh bestellten Kartoffeln mehrfach Verluste durch Frost entstanden, wie auch die Obstblüte, besonders an Steinobst, in vielen Gegenden vernichtet worden ist. Die hauptsächlichsten und für die Wirtschaft wichtigsten Brotfrüchte, Weizen und Roggen, stehen gegen das Vorjahr wesentlich besser. Die Futterpflanzen haben guten Ansatz und kräftige Bestockung. In einzelnen Fällen sind Kleesaaten von der spät bestellten Winterung nicht aufgegangen. Die Bestellarbeiten für Halmfrüchte sind fast überall beendet. Bei Kartoffeln und Rüben ist die Bestellung noch im Gange, vielfach aber schon erledigt. Die Verwendung von künstlichen Düngemitteln hat trotz der hohen Preise stark zugenommen. Das Angebot von Hilfskräften genügt im ganzen, ist vielfach sogar größer als die Nachfrage; nur fehlt es oftmals an geübten Kräften, besonders an weiblichen. Umpflügungen waren nur in sehr beschränktem Umfange notwendig. Als Ursache dieser Umbestellungen wird hauptsächlich die Auswinterung infolge des frühzeitigen Eintritts des anhaltenden und heftigen Frostwetters im letzten Herbst angegeben.

Sport.

⊕ Radrennen.

Der R.-C. „Schwalbe", Münster, veranstaltete am Sonntag die erste seiner für 1921 vorgesehenen Fernfahrten. Bei schönem Wetter wurde als Erster um 9,06 Uhr vorm. der als Kriegsbeschädigter mit Vorgabe ausgestattete W. Grothues abgelassen. Um 9,11 Uhr folgten die übrigen 11 Teilnehmer. Die 30 Kilometer lange Strecke führte von der Wirtschaft Westend über Roxel, Hohenholte, Altenberge, Nienberge nach Münster (Kürassierkaserne) zurück. Die fünf ersten erhalten je eine Plakette und erwerben sich außerdem die ersten Punkte für die Meisterschaft der „Schwalbe" im Straßenfahren. — Ergebnisse: 1. Guddorf 51 Min.; 2. Bohnenkamp 52:45; 3. Skiba 53:00; 4. Bierschenk 20 Längen; 5. Schöne ½ Länge; 6. Jürgens 50 Längen; 7. W. Grothues 1:01:01; 8. W. Grothues 56:10; 9. Sander 20 Längen; 10. Ausderlandwehr 1½ Länge; 11. Lammertmann 59:00.

Bei der Rennfahrt Bochum—Münster—Bochum, die von 120 Fahrern bestritten und von Vogelsang-Krefeld vor Müller-Essen und Albert-Berlin gewonnen wurde, belegten von den münsterischen Teilnehmern Alfred Scheer den 9. und Skiba den 11. Platz. Ihr Erfolg ist um so bemerkenswerter, als beide zum ersten Male an einem derartigen Wettbewerbe teilnahmen. Scheer erwarb sich neben dem ausgeschriebenen Preise noch den Anspruch auf die vom R.-C. „Schwalbe" hier ausgesetzten Sonderpreise für das Mitglied, das als erstes am Wendepunkt in Münster eintreffen, und dasjenige, das sich unter den zehn ersten der Fahrt befinden würde.

Ⅱ **Die Endspiele um die Deutsche Fußball-Meisterschaft** nähern sich ihrem Ende. An den nächsten beiden Sonntagen spielen die Verbandsmeister in der Zwischenrunde gegeneinander und ermitteln so die beiden Mannschaften, die am 12. Juni in Düsseldorf auf dem Sportplatz des D.S.C. 99 um die höchste Ehre des Deutschen Fußballbundes, um den stolzen Titel „Deutscher Meister" kämpfen werden. Das Ereignis wächst in seiner Bedeutung weit über die Mauern der Stadt Düsseldorf und auch über die Grenzen des Westdeutschen Spielverbandes hinaus, da es doch für die ganze Fußballwelt, die heute weit über eine Million Mitglieder zählt, ein Tag der Freude und des Stolzes ist, in dem Endkampf der beiden besten Vertreter des Deutschen Fußballsports den Abschluß der langen Meisterschaftsspiele erleben zu können. Der Bedeutung dieses Ereignisses entsprechend, hat denn auch der Düsseldorfer Sportklub 1899, dem die Durchführung der Veranstaltungen vom Deutschen Fußballbund und vom Westdeutschen Spielverband übertragen worden ist, seine Vorbereitungen getroffen. Für den Besuch aus ganz Westdeutschland ist ein umfangreicher Sonderfahrplan der Eisenbahndirektion in Vorbereitung. Die Veranstaltungen beginnen mit einem Begrüßungsabend des Ortsverbandes Düsseldorfer Sportvereine am Samstag, den 11. Juni, im Zoologischen Garten, wo auch am folgenden Tage, dem eigentlichen Festtage, die Haupt-Festveranstaltungen stattfinden werden. Die Eintrittskarte zu dem Endspiel berechtigt auch zum freien Eintritt in die Gartenanlagen des Zoologischen Gartens und zur Teilnahme an den Festveranstaltungen am Sonntage. Nähere Auskunft erteilt das Büro des Arbeitsausschuß, Düsseldorf, Sportplatz Brehmstr., Tel. 9827.

Ehrenhain für gefallene deutsche Turner.

In Freyburg a. U. ist der Platz für den Ehrenhain der Deutschen Turnerschaft eingeebnet, die Baumlöcher eingemessen, die hintere Grenze ist mit Sträuchern bepflanzt, die Eichbäume sind unterwegs. Der Platz ist der Deutschen Turnerschaft vom Magistrat Freyburg gegen Anerkennungsgebühr verpachtet, die Jahnstadt wird um eine Sehenswürdigkeit reicher, die freilich zur vollen Auswirkung erst in Jahren kommt.

Handels-Nachrichten.

Schlusskurse der Berliner Börse.

Eigener Drahtbericht des Westfälischen Merkur. (Ohne Gewähr.)

	11. 5.	12. 5.
3 % D. Reichsanl.	69,20	71,50
4 % „ „	69,25	69,40
5 % „ „	77,50	77,60
3 % Preuss. Kons.	54,00	55,25
4½ % Schatzanw.		
Serie 3—5	82,40	82,60
Serie 6—9	72,00	72,60
Bahnen.		
Gr.Berl.Straßenb.	—	—
Schiffahrts-Aktien.		
Argo Dampfschiff.	—	—
D.-Austr. Dpfsch.	384,00	388,00
Hamb.-A. Packetf.	160,50	169,50
Hb.-Süda. Dpfsch.	372,00	376,00
Hansa Dampfsch.	292,00	301,00
Nordd. Lloyd . .	147,00	150⅞

	11. 5.	12. 5.
Bank-Aktien.		
Barmer Bankv. .	150,25	150⅛
Berl. Handelsges	208,00	208,00
Darmstädt. Bank .	179,50	179,25
Deutsche Bank . .	290,50	292,00
Disk. Kommandit	246,50	247,00
Dresdner Bank . .	210,50	210,50
Ess. Kreditanstalt	190,00	189,00
Mitteld. Creditb.	175,75	175,50
Nationalb.f.Dtschl.	184,50	184,75
Osnabrücker Bank	166,00	164,75
Reichsbank	138,00	138,00
Brauereien.		
Dortm. Aktien-Br.	450,00	—
„ Union-Br.	478,00	478,00

Industrie-Aktien.

	11. 5.	12. 5.
Adler-Werke . . .	243,00	246,75
Allg. Elektr.-Ges.	284⅞	288,50
AnnenerGußstahl	—	—
ArenbergBergbau	885,00	890,00
Balcke Maschinen	485,00	500,00
Baroper Walzw. .	565,50	567,75
J. P. Bemberg . .	394,00	398,00
Carl Berg, Eveking	403,00	390,00
Bergmann Elektr.	338,00	337,00
Berlin-Anh.Masch	247,00	248,00
Berlin-Gub. Hutf.	550,00	595,00
Berzelius Bergw.	309,50	308,75
Bismarckhütte . .	707,00	710,00
Bochum. Gußstahl	446,00	445,50
Bösperde Walzw. .	439,00	438,00
Bremer Vulkan .	550,00	545,00
Buderus Eisenw. .	570,50	589,50
Charlottenhütte .	1150	1150
Chem. Weiler . .	379,75	380,00
Chem.Ind.Gelsen.	720,00	735,00
Consolidation . .	865,00	875,00
Daimler Motoren	188,00	198,00
D.-Lux. Bergw. .	311,00	315,00
Deutsche Kaliw. .	367,75	358,00
„ Waffen-M.	567,00	561,00
Eisenwerk Kraft .	—	—
Elberfeld. Farben	455,00	460,00
EschweilerBergw.	314,75	320,00
Ess. Steinkohlen .	395,00	396,00
Gasmotor. Deutz	265,00	280,00
Gelsenk. Bergw. .	333,00	328,00
„ Gußstahl	360,00	375,00
Georgs-Marienh.	434,00	425,00
F. H. Hammersen	380,00	390,00
Hann.Masch. Egelt.	620,00	625,00
Harkort Bergw. .	374,00	381,00
HarponerBergbau	468⅞	460,00
Hartm.Sächs.M. .	363,00	374,50
HasperEis.u.Stw.	—	—
Hirsch Kupfer . .	350,25	354,00

	11. 5.	12. 5.
HoeschStahlwerke	660,00	665,00
Humboldt Masch.	225,00	228,75
Kattowitzer Bergb.	267,00	266,00
Köln-Neuess.Bgw	625,00	620,00
KönigWilh.Bergw.	650,00	670,00
„ St.-Pr.	750,00	750,00
KönigsbornBergw.	—	—
Lahmeyer & Co.	214,00	219,00
Laurahütte . . .	341,50	325,00
Linde's Eismasch.	306,50	312,00
Lothringer Hütten	418,00	430,00
Löneb. Wachsbl.	500,00	510,00
C. D. Magirus	259,00	275,00
Mannesmannröhr.	596,00	597,50
Mark Portl.-Cem.	620,00	630,00
Mülheimer Bergw.	474,00	484,00
Nordd. Wollkämm.	398,25	401,00
Oberschl. Eis.-Bed.	294,00	294,00
„ Eisenindustr.	274,25	277,00
Orenstein & Koppel	545,50	542,00
Osnabr. Kupfer .	366,00	364,00
Phönix Bergbau .	666,00	671,50
Fr.Rasquin Farbw	681,50	681,00
Rhein. Chamotte.	826,00	850,00
„ Metallwaren.	—	—
„ Vorz.-Akt. . .	354,00	338,00
„ Stahlwerke .	428,75	429,50
Rh.-W. Kalkwerke	553,00	553,00
Roddergrube . . .	600,00	600,00
Rombacher Hütte	308,75	314,00
Rütgerswerke .	399,00	393,00
Hugo Schneider .	356,00	371,00
Schuckert Elektr.	246,00	250,00
Stett. Chamotte . .	597,00	600,00
Stolberger Zinkh.	438,75	436,50
V. Cöln-Rottw. P.	394,75	396,00
„ Zypen&Wissen	1000	1010
Westf. Eis.u.Dr.L.	351,00	351,00
Wicki. Portl.-Cem.	387,00	394,75
Wittener Gußstahl	1200	—
Zellstoff. Waldhof	461,50	466,00

Stimmungsbild der Berliner Börse.

WTB. **Berlin, 12. Mai. (Tel.)** Die Besserung der Mark im Auslande, namentlich in Amerika und die Zeitungsmeldung von der angeblich geplanten Finanzkonferenz der alliierten Mächte unter Teilnahme Deutschlands hatten die Folge, daß die Börse in freundlicher Stimmung verkehrte. Allerdings ließ die Zurückhaltung, die sich die Börsenbesucher vielfach noch auferlegen, keine umfangreicheren Geschäfte im allgemeinen aufkommen. Die Kursveränderungen waren aber, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nach oben gerichtet und betrugen etwa 1 bis 5 Prozent. Phönixaktien gewannen bei verhältnismäßig bedeutenden Umsätzen 8 Prozent. Augsburg-Nürnberger Maschinen begegneten lebhafter Kauflust und stiegen 12 Prozent. Eine feste Stimmung trat für Schiffahrts-Aktien hervor, wo Hamburger Paketfahrt etwa 5 Prozent, Nordd. Lloyd 2½ Proz. und Hansa 8 Prozent gewannen. Die Valutawerte waren meist niedriger. Von den festverzinslichen Werten waren preußische Konsols anziehend. Die Devisenkurse befestigten sich nach namhafter vormittägiger Abschwächung zunächst etwas, gaben dann aber nach, insbesondere der Dollar. Für die nur zu Einheitskursen gehandelten Industriepapiere bestand vermehrte Kauflust.

Stimmungsbild vom Berliner Getreidemarkt.

WTB. **Berlin, 12. Mai. (Tel.)** Am Produktenmarkt drückte die Besserung des Markkurses in Amerika auf den Maispreis. Die Schwierigkeit, nach Oberschlesien verkaufte Ware dorthin zu bringen, trug zur Vermehrung des Angebots bei. In Hülsenfrüchten war ruhiges Geschäft. Die vom Angebot geforderten Preise waren schwer zu erzielen. Für Raps zeigte sich Nachfrage aus Mitteldeutschland. Leinsaat war in bester heller Ware begehrt. Für Schnitzel und auch für Oelkuchen hat sich das Interesse vermindert. Heu und Stroh waren vernachlässigt.

Devisenkurse.

Berlin, 12. Mai. (Telegr.)

Telegraphische Auszahlungen für

	heutiger Geld	heutiger Brief	voriger Geld	voriger Brief	Friedenskurs	Letzter Höchstk.
Holland . .	2182,18	2187,20	2240,25	2244,75	168,75	4204,00
Brüssel-Antw.	504,45	505,45	526,95	528,05	81,00	740,75
Norwegen . .	1008,95	1011,05	1008,95	1011,05	112,50	1852,00
Dänemark . .	1103,85	1106,15	1121,35	1123,65	112,50	1701,50
Schweden . .	1438,55	1441,45	1483,50	1486,50	112,50	2002,00
Helsingfors .	132,35	135,15	137,85	138,15	81,00	465,50
Italien . . .	320,65	321,35	324,65	325,35	81,00	585,60
London . . .	242,75	243,25	250,70	251,30	20,43	351,35
New York .	60,68	63,82	62,68	62,82	4,20	103,85
Paris . . .	506,45	508,05	524,45	525,25	81,00	710,70
Schweiz . .	1085,40	1087,16	1118,85	1121,15	81,00	1802,00
Spanien . .	830,65	832,35	859,10	860,90	81,00	1852,00
Wien (altes) .	—	—	—	—	85,00	42,04
Wien (abgest.)	13,48	13,52	13,23	13,27	—	39,54
Prag . . .	87,20	87,14	89,93	90,10	—	104,10
Budapest . .	28,97	29,03	31,46	31,54	—	36,65
Sofia . . .	—	—	—	—	—	—
Konstantinop.	—	—	—	—	—	—

* **Wasserwerk für das nördliche westfälische Kohlenrevier.** Die in Essen stattgehabte Hauptversammlung, in der unter Vorsitz des Geheimrats Müser durch 53 Aktionäre 21 669 Aktien vertreten waren, beschloß entsprechend den Anträgen der Verwaltung, stellte die Dividende mit 8½ Prozent sofort zahlbar, wählte die ausscheidenden Aufsichtsratsmitglieder wieder und für den wegen hohen Alters ausgeschiedenen Baurat Miether-Gelsenkirchen Baurat Schlüsselburg-Gelsenkirchen mit Amtsdauer bis 1924. Der Vorsitzende teilt mit, daß die Wasserförderung 128 229 026 cbm gegen rund 122 Millionen cbm im Vorjahre betragen habe. Die Verwaltung sei bemüht gewesen, die Einrichtungen durch Ersatz und Neubeschaffung von Maschinen auf der Höhe zu halten, doch seien die geplanten Neuanlagen noch nicht zur Ausführung gelangt. Da die Gelder nicht ausreichten, um die Anlagen dem fortschreitenden Wasserbedarf entsprechend zu vergrößern, seien höhere Tarife in Aussicht genommen.

* **Zusammenschluß in der Betonindustrie. Verein der Beton-Schiffs-Werften.** Die seit dem Kriege in Deutschland ständig an Boden gewinnende Beton-Schiffbau-Industrie, die wegen der durch unsere Wirtschaftslage bedingten größten Sparsamkeit zur Mitarbeit beim Wiederaufbau unserer See- und Binnenflotte berufen ist, hat sich zu einem Verein der Beton-Schiffs-Werften zusammengeschlossen, da ihr Anschluß an die Fachverbindungen des Eisenschiffbaues wegen der Verschiedenartigkeit der Baustoffe, Arbeiterverhältnisse und der besonderen Aufgaben — gemeinsame Versuche hinsichtlich der Verbesserungen des Baustoffs und der Bauweise — nicht in Frage kam. Dem Verein sind die führenden Werften und Beton-Schiffbau treibenden Baugesellschaften Deutschlands und Oesterreichs beigetreten; zum Vorsitzenden wurde Regierungsbaumeister Dr. Ing. Teubert, Minden-Westf., gewählt.

* **Deutsche Spiegelglas-A.-G. in Freden.** Einschließlich 144 181 M (i. V. 122 344 M) Vortrag verblieb für 1920 nach 349 368 (296 646) M Abschreibungen ein Reingewinn von 2 225 376 (1586 779) M, woraus neben einigen andern Verwendungen 25 Proz. (wie i. V.) Dividende gezahlt und 143 813 M vorgetragen werden. Wenn die Aussichten für die Zukunft auch völlig ungeklärt seien, so sei die Gesellschaft immerhin nach Kräften gerüstet, in das neue Geschäftsjahr einzutreten.

* **Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken in Berlin.** Der Bruttogewinn des Unternehmens beträgt 16,48 (11) Mill. M, woraus die Verteilung von wieder 30 Proz. Dividende beantragt wird. Im Geschäftsbericht selbst stellt die Verwaltung fest, daß in den ersten Monaten des neuen Geschäftsjahres ein beträchtlicher Rückgang in der Beschäftigung eingetreten sei und eine Besserung in der nächsten Zeit nicht in Aussicht stehe.

* **Accumulatoren-Fabrik, Aktiengesellschaft Berlin-Hagen.** Der Geschäftsbericht hebt hervor, daß größere Batterien fast nur nach Ländern mit hoher Valuta verkauft werden konnten, während das Inlandsgeschäft auf Instandsetzung und Erneuerung früher gelieferter Anlagen beschränkt blieb. Das Gebiet der transportablen Accumulatoren konnte gefördert werden. Die Kapitalserhöhung wurde durch ein Bankenkonsortium zur Durchführung gebracht. Ebenso wurde zur Verstärkung der flüssigen Mittel eine Obligations-Anleihe in Höhe von 10 Mill. Mark begeben. Der Reingewinn beträgt 5 056 918,2 (2 525 105) Mark; daraus sollen 20 (17) Prozent Dividende verteilt und zur Zuweisung zum Dispositionsfonds 200 000 M und zur Zuweisung zum Unterstützungsfonds 450 000 M verwandt und 46 918,92 M auf neue Rechnung vorgetragen werden.

* **Berliner Hotel-Gesellschaft Kaiserhof.** Die Gesellschaft erzielte einen Betriebsüberschuß von 5,48 (i. V. 4,13) Mill. M, wovon zu Abschreibungen 4,31 Mill. M (346 400) verwandt werden. Der verbleibende Reingewinn beträgt 3,42 Mill. M, woraus die Verteilung von 30 Proz. (4 Proz.) Dividende auf das erhöhte Aktienkapital beantragt wird. Auf ein Betriebserhaltungsfondskonto sind 1,2 Mill. M abgezweigt worden.

* **Hirsch, Kupfer- und Messingwerke A.-G. in Berlin.** Das Unternehmen legt nunmehr seinen Jahresbericht für 1920 vor. Der Gesamtumsatz betrug 31,73 Millionen. Der Ueberschuß, einschließlich 0,92 (0,89) Mill. M Vortrag, stieg auf 44,87 (18,14) Mill. M, woran dabei zu erinnern ist, daß in 1920 das Aktienkapital um 20 auf 50 Millionen erhöht wurde. Die Abschreibungen werden auf 3,19 (1,34) Mill. M erhöht, so daß ein Reingewinn von 11,56 (4,78) Mill. M verbleibt, woraus 15 (12) Proz. Dividende verteilt und 3,45 (0,92) Millionen auf neue Rechnung vorgetragen werden. In das neue Geschäftsjahr ist das Unternehmen bei einem Teil der Werke mit einem befriedigenden, bei einem andern Teil mit einem geringeren Auftragsbestand getreten.

* **Kölner Reederei A.-G. in Köln.** Wie verlautet, hat diese Gesellschaft unter Mitbeteiligung des Bankhauses Deichmann & Co. in Köln und Hamburger interessentenkreisen mit einem Aktienkapital von vorläufig 1 Mill. M und dem Sitz in Hamburg die Reederei A.-G. Phönix ins Leben gerufen.

* **Weinmarktbericht.** Die in Händler- und Verbraucherkreisen vielfach gehegte Erwartung, daß die Weinpreise infolge der nicht nur noch immer anhaltenden, sondern in letzter Zeit sogar verschärften Stockung in unserem Wirtschaftsleben eine weitere Senkung erfahren werden, hat sich trotz zunächst allgemeiner Zurückhaltung des Großhandels beim Einkauf aus Produzentenkellern leider nicht erfüllt. Auch wenn Angebote mit scheinbar niedrigen Preisen immer wieder auf den Markt kommen, so können doch derartige Offerten nicht als günstig angesprochen werden, da die Qualität in solchen Fällen stets minderwertig ist. Die Eigentümlichkeit des Jahrganges 1920 ist die, daß er neben Spitzen- eine Reihe Mittelweine und eine Unmenge minderwertige Weine hervorgebracht hat. Der Jahrgang weist auch viele Weine auf, welche infolge zu früher Lese, ungenügender Zuckerung oder schlechter Behandlung für den Konsum nicht zu verwenden sind. Angesichts der Sanktionen hatte sich des Handels eine gewisse Belebung insofern bemächtigt, als vor der Errichtung der Zollschranken noch möglichst viel Weine in das unbesetzte Gebiet überführt werden sollten. Diese stärkere Nachfrage ist auf die Haltung der Wein-

der hinsichtlich ihrer Forderungen nicht ohne Wirkung geblieben. So kommt es, daß nicht nur Weine, die wirklich eine Qualität aufzuweisen haben, sondern auch solche, die dem Geschmack des Publikums nur einigermaßen entsprechen, die Preise krampfhaft gehalten haben und teilweise zu unerschwinglich hohen Notierungen veräußert worden sind. Die Weinversteigerungen, die im April in der Pfalz stattfanden, hatten sich eines Massenbesuches zu erfreuen. Für 1919er Weine wurden bis 271 000 M für die 1000 Liter bewilligt. Jedenfalls ein Beweis, daß die 1919er Pfalzweine an Qualität den allerbesten Jahrgängen gleichzustellen sind. Auch die rheinhessischen Auktionen brachten flotten Absatz zu sehr ansehnlichen Durchschnittspreisen. Für die bevorstehenden Versteigerungen im Rheingau rechnen die Fachkreise ebenfalls mit sehr hohen Limiten, sodaß die vom Konsum so sehnlich erwartete Verbilligung des Rebensaftes noch immer in weite Ferne gerückt scheint.

* **Weinversteigerungen im Rheingau.** In Hallgarten brachte der Hallgartener Winzerverein eine Reihe 1920er naturreine Hallgartener Weine zur Versteigerung. Es kostete das Halbstück 5100—22 100 M, durchschnittlich 19 670 M das Stück. Gesamtergebnis rund 790 000 M ohne Faß. — Die in Kiedrich abgehaltene Naturwein-Versteigerung von Kaspar Bibo und Konsorten brachte ein Ausgebot von 46 Halbstück Kiedricher Weine der Jahrgänge 1919 und 1920. Zwei Nummern blieben zurück. Es erbrachte das Halbstück 1919er 9400—10 000 Mark und 1920er 7900—23 400 M. Gesamtergebnis rund 460 000 M ohne Faß.

---

* **Dortmund, 12. Mai.** Von amtlicher Seite wird mitgeteilt: In einem Bericht über eine Stadtverordnetenversammlung in Hagen wird in der Presse mitgeteilt, daß eine Fremdensteuer bis jetzt nur in Dortmund erhoben werde. Diese Nachricht trifft nicht zu. Eine Fremdensteuer ist zwar im vorigen Jahre hier beschlossen worden, eingeführt ist sie aber bis jetzt nicht. Der Minister des Inneren hat die Erteilung der Zustimmung zu der Dortmunder wie auch zu den in anderen westfälischen Städten bereits beschlossenen Fremdensteuerverordnungen vorläufig ausgesetzt, da im Ministerium eine Musterordnung in Vorbereitung ist.

---

* **Dortmunder Zuchtviehmarkt am 11. Mai. Auftrieb: 1268** Stück Großvieh, 869 Schweine, 99 Schafe; bei Großvieh Handel in guten Tieren lebhaft, sonst mittelmäßig. Es kosteten Kühe erster Sorte 10 000 M, zweiter Sorte 5000—7000 M, dritter Sorte 3500—5000 M, Weidentiere 2500—4000 M. Für ausgesuchte Tiere erster Qualität wurden über 10 000 M bezahlt. Am Schweinemarkt war der Handel mittelmäßig. Gezahlt wurden für 6—8 Wochen alte Ferkel 200—275 M, 8—12 Wochen 300—450 M, ¾ jährige Schweine 500—700 M. Der Markt wird geräumt.

Textil-Industrie.

* **Der Antwerpener Wollmarkt.** Verkäufe in der Zeit vom 30. April bis 6. Mai: 1 Ballen diverse Montevideo zu 2,30 Fr.; 3 beschädigte Ballen ½ Montevideo zu 2,80; 1 Ballen Merinolamm Montevideo zu 2,90; 1 Ballen Mx vent Montevideo zu 2,70; 2 Ballen vent Kreuzzucht Montevideo zu 2,20; 15 Ballen Kreuzz. 4 zu 3,30; 21 Ballen Kreuzz. 4 Montevideo zu 3,30; 1 beschäd. Ballen ½ Montevideo zu 2,75; 12 Ballen (von 39 Ballen) Kreuzz. V Montevideo zu 4,14; 2 Ballen (von 28 Ballen) Kreuzz. IV Montevideo zu 4,75; 10 Ballen (von 80 Ballen) Kreuzz. Buenos Aires zu 2,25; 1 Ballen Kreuzz. fein Rio Grande zu 6,10; 1 Ballen Mischung Rio Grande zu 3,50; 9 Ballen sod Skinwood austr. zu geheimem Preis; 100 Ballen (von 211 Ballen) marocanische Vliesse zu 2,50 Fr. Insgesamt demnach 180 Ballen.

Baumwolle-Notierungen.

Bremen, 12. Mai (Eig. Bericht.) Amtl. Preis für das Kilo Fully Middling, good coleur and staple.	10. 1 Uhr	10. 6 Uhr	11. 1 Uhr	11. 6 Uhr	12. 1 Uhr	12. 6 Uhr
	20,50	19,75	19,50	19,30	19,00	18,50

Liverpool, 12. Mai. (Schluß.) (Kabel-Meldung.)	9. 5. ruhig	10. 5. ruhig	11. 5. ruhig	12. 5. ruhig
Amerikan. middling Mai	8,08	8,01	8,00	7,95
Juli	8,36	8,27	8,21	8,24
Oktober	8,57	8,51	8,58	8,64
Januar	8,69	8,65	8,71	8,66

New York, 12. Mai. (Durch Funkspruch.)

	11. 5. Schluß	12. 5. 11 Uhr
Mai	12,88	12,69
Juli	13,28	13,06
Oktober	13,85	13,62
Dezember	14,18	13,95

Letzte Dollar-Notierung 60¾.

Bäder-Nachrichten.

Aus den Nord- und Ostseebädern. Die Kurtaxen in den nordfriesischen Inselbädern und in vielen Ostseebädern sind für die bevorstehende Saison zum Teil sehr erheblich erhöht worden. So sind in Wyk auf Föhr für einen über zwei Tage dauernden Aufenthalt 50 Mark zu entrichten, für Familienmitglieder je 10 Mark; Dienstboten sind frei. In Boldixum beträgt die erhöhte Kurtaxe 30 Mark, für jedes Familienmitglied je 15 M. Im Ostseebade Travemünde soll auf Antrag des Senats in Lübeck die Kurtaxe um nicht weniger als das Dreifache erhöht werden. Infolge des guten Wetters sind in Westerland und Wyk bereits die ersten Badegäste eingetroffen. Wie aus den Nord- und Ostseebädern gemeldet wird, sind von Mitte Mai an sehr viele Quartiere in den Hotels und Privatlogis bereits belegt; für nächst für Mai und Juni. Die Pensionspreise sind etwas höher als im vergangenen Jahre; in gut [illegible] Fremdenhäusern werden etwa 30 Mark für [illegible] verlangt, in größeren Hotels 60 bis 70 Mark und in den Fremdenhäusern der ersten Badeplätze 100 bis 140 Mark. Nach dem Beispiel einiger Ostseebäder wollen auch andere Seebäder Einheitspreise einführen; im Ostseebade Grömitz in der Lübecker Bucht zum Beispiel sind sie von 25 Mark an und vom 1. Juli von 30 Mark an festgesetzt worden, und zwar für ein Zimmer mit voller Beköstigung. Nordseebad Norderney hat den Badebetrieb in beschränktem Umfange schon eröffnet, aufgenommen ist auch der Dampferverkehr Norddeich—Norderney. Den Badegästen aus Berlin, Hannover, dem Rheinland, Westfalen und Mitteldeutschland wird es durch einen Personenzug, der von Norden aus abends 7.20 Uhr nach Norddeich durchgeht, ermöglicht, die Reise über Norddeich nach Norderney in einem Tage zurücklegen zu können.

Bad Waldliesborn bei Lippstadt hat vor kurzem wieder seine Pforten geöffnet. Die sehr kräftigen, natürlich warmen, kohlensauren Solbäder erfreuen sich einer steigenden Beliebtheit. Beweise ihrer hervorragenden Heilkraft liegen in großer Menge vor. Zur Behandlung kommen hauptsächlich Herz- und Nervenkrankheiten, Gelenk- u. Gliederreißen, Lähmungen, Frauenkrankheiten, Säftestockungen, Drüsenkrankheiten, Schwächezustände. Wie uns die Badedirektion mitteilt, versendet sie auf Anfordern kostenlos eine Badeschrift, aus der alles Nähere zu ersehen ist. Die Preise sind in mäßigen Grenzen gehalten.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hauptredakteur Theodor Wanneck, für den Anzeigen- und Reklameteil: Max Henkes, beide in Münster i. W.

CONCORDIA
Öffentliche Lebens-Versicherungs-Gesellschaft
sucht
wohlempfohlene Persönlichkeit
als
Reisebeamten
für das Münsterland.
Herren, die schon als Vertreter in der Lebensversicherung oder sonst auf der Reise tätig waren, bevorzugt.
Angebote erbeten an die
Direktion in Cöln
Maria-Ablaß-Platz 15.

Pfingst-Frühkonzert St. Mauritz.

Offene Stellen

Wir suchen zum baldigen Eintritt einen jüngeren, zuverlässigen 1990
Beamten,
der mit allen in einer baumäßig entwickelten Kreditgenossenschaft vorkommenden Arbeiten vertraut ist.
Ausführliche Angebote mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen erbeten an:
Spar- u. Creditverein
Horst-Emscher
Der Vorstand.

Für Haushalt mit 2 Kindern wird zum 1. Juni einfache,
tüchtige Stütze
aus guter Familie gesucht, welche in allen Arbeiten bewandert ist. Hilfe vorhanden, Familienanschluß, Reise vergütet. Ansprüche u. Zeugnisabschriften an 1916
Frau Oberingenieur Kronauer,
Recklinghausen-Süd,
König Ludwigstraße 156.

Suche baldmöglichst ein kinderliebes, besseres
Zweitmädchen.
Etwas nähen erwünscht. Gute Verpflegung und Gehalt zugesichert. Zeugnisse Ia. Angebote an 1868
Frau Else Walter,
Röhlinghausen b. Wanne,
Heinrichstraße 69.

Solides Kinderfräulein
mit guten Umgangsformen, aus achtb. Familie, zu meinen 2 Mädchen von 4 u. 1½ J. zum Eintritt am 19. Mai d. J. gesucht. Fertigkeit im Nähen von Wäsche u. Kleidchen erw. Angenehmer Familien-Anschl. Schriftl. ausf. Angebote mit Gehaltsford. u. Bild sofort an
Frau H. Dobbe, Gelsenkirchen,
Arminstraße 4. 1866

Suche auf sofort eine jüngere, freundliche 1875
Verkäuferin,
gleich welcher Branche.
Metzgerei G. Wulhorst,
Dortmund, Kirchenstr. 40.

Verschiedenes

Angebot üb. guterh. preisw.
Kinder-Klapp-Sitzwagen
erbeten an die Geschäftsstelle d. Bl. unter Sch. 1915.

Zu verkaufen
ein fast neues
Harmonium
in Eiche, 2⅝ Spiel, 9 klingende u. 4 mech. Regist. Fester Preis Mk. 3000.—. Gefl. Offerten erbeten unt. St. 1917 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Besseres Haus,
Südviertel bevorz., zu kaufen gesucht. Wohnung muß in absehbarer Zeit frei werden. Auszahlung kann in bar erfolgen. Offerten unt. K 1911 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Weich. kath. Geistliche
ist bereit, einen 17jährigen Gymnasiasten aus Genf als
Feriengast
für Juni—August einschl. zu nehmen? Geld. wünscht Uebg. in der deutschen Konversation und Lateinstunde zu haben.
Angeb. mit Preisang. unt. B 1914 an die Gesch. d. Bl.

Pfingst-Frühkonzert St. Mauritz.

Solide gute Weine
zu volkstümlichen Preisen offeriert für Privathaushaltungen u. Festlichkeiten
Jos. Homeyer, Münster
Fernsprecher 2118. 568
Verkauf Wolbeckerstrasse 2.

Hervorragende Bürofedern


BRAUSE & Co ISERLOHN

Nordsee-Bad Norderney.
Haus Daheim, 1005
unter Leitung katholischer Schwestern, gewährt Erholungsbedürftigen angenehmen Aufenthalt. Vornehm eingerichtet u. das ganze Jahr geöffnet. Eigenes Kinderheim. Näh. Auskunft erteilt Schwester Oberin.

Bad Waldliesborn
bei Lippstadt i. Westf.
Stärkste naturwarme kohlensaure Solbäder
von unübertroffener Heilkraft bei Herz- u. Nervenkrankheiten, Gliederreißen, Gicht, Gelenkleiden, Versteifungen, Lähmungen, Säftestockungen, Ausschwitzungen, Drüsenschwellungen, Blutarmut, mangelhafter Entwicklung, verlangsamter Genesung, Schwächezuständen aller Art usw.
Unvergleichl. ruhige Lage; gute Verpflegung; billige Preise.
Aerztliche Leitung: Sen.-Rat Dr. Ernst Stelte.
Badeschrift frei durch Die Direktion.

Sol- und Thermalbad **Königsborn**
Eisenbahnstationen: Unna u. Unna-Königsborn.
Badezeit vom 15. Mai bis 1. Oktober.
Beste Heilerfolge b. Gicht, Rheumatismus, Ischias, Drüsen, Skrofeln, Rachitis, Herz-, Nerven- und Frauenkrankheiten usw.
Badeschrift u. Auskunft unentgeltlich durch die Badeverwaltung in Unna-Königsborn.

Erholungsheim Meeresstern
Nordseebad Borkum
geleitet von Franziskanerinnen, gewährt Erholungsbedürftigen und Rekonvaleszenten eine ihrem Gesundheitszustande und den Anordnungen ihres Arztes entsprechende Verpflegung. Das Haus ist das ganze Jahr geöffnet. Gute Verpflegung, Zentralheizung und elektrisches Licht. — Näheres und Prospekt durch die Schwester Oberin.

Fußbodenlack
mit Farbe in 1-Kg.-Dosen, Extraqualität, das Feinste in diesem Artikel.
Pinsel, Möbellacke, Hutlacke, Polituren.
Farbenhandlung 568
Jos. Homeyer
Münster i. W. Wolbeckerstr. 2 Tel. 2118

Elegante, gute **Knaben-Anzüge** | Fesche, schicke **Burschen-Anzüge** | Gute, moderne **Herren-Anzüge** | Elegante **Ulster und Covercoats-Paletots**
Sommer-Loden und Wasch-Joppen | Elegante **Coutaweys, Westen gestreifte Hosen** | Solide **Herren- u. Burschen-Sport-Anzüge**
Neue elegante **Kommunion-Anzüge** | Solide **Wetter- und Gummi-Mäntel**
Knaben-Wasch-Anzüge
Blusen und Hosen
Die von mir geführte Kleidung wird in Qualität der Stoffe u. deren Haltbarkeit, in Bezug der modernen Ausführung u. Verarbeitung, sowie in Preiswürdigkeit
von keiner Seite übertroffen.
F. Stegemann Nachf.

Vom 15. bis 19. Mai
verreist.
Dr. Tecklenborg
Spezialarzt
f. Haut- u. Harnleiden.
Röntgen- und Lichtbestrahlung.
Ludgeristrasse 23.

Prof. Rammstedt,
Raphaelsklinik,
bis 26. Mai
verreist.
Vertreter: 1922
Oberstabsarzt Dr. Filbry.

Gut eingeführter
Vertreter
zur Mitnahme unser. Kollektion in Rucksäcken, Mappen/Aktentaschen, Koffern etc. gegen hohe Provision gesucht. 1909
Ausf. Angebote erbeten an
Neuhaus & Rudolph Nachf.,
Koffer- und Lederwarenfabrik,
Dortmund, Münsterstr. 99.

Militärhosen
ohne Biesen, Stück 135 M,
Prachtvolle Joppen
4 aufgesetzte Taschen, 270 M, erstklassig, grau, graugrün,
Größere Posten
ganz bedeutenden Rabatt.
Ganser, Bln.-Lichtenberg
Frankfurter-Allee 107.

Schlackensand
zur Leichtsteinfabrikation für Maurer- und Verputzarbeiten bestens geeignetes Material liefert billigst und prompt:
Heinrich Dalhoff,
Hiltrup i. W. 1478

In 1 Std. vernichtet. Sie unter Garantie Kopf-, Filz- **Läuse** Filz- Kleider- [illegible] bei Hunden, Katzen, Hasen, Rauh- und Kamelhaar unschädl.
Kompolda M 10.—
Obiges Mittel empfiehlt:
Friseur M. Rehm, Münster, Spiekerhof 10.

Emser Wasser
gegen Katarrhe u. s. w.
EMS
Schutz-Marke

Habe mich in meinem elterlichen Hause
Jägerstrasse 3
(Strassenbahn-Haltestelle Josephskirche) als
prakt. Zahnarzt
niedergelassen. b 802
Zahnarzt Drosson.

Zoo.
An beiden Pfingstfeiertagen Morgens 7—9 Uhr
Früh-Konzert
sowie
an beiden Pfingstfeiertagen Abends 8 Uhr
Große Abend-Konzerte
Dieselben werden ausgeführt von der Kapelle des II. Bat. Reichswehr-Inf.-Regt. 18.
Leitung: Herr Musikdirektor R. Lehmann.
Eigene Konditorei. 601

Roland-Theater.
(Spielplan vom Freitag bis Montag einschließlich).
Unser hervorragendes Pfingstprogramm!
„Es waren zwei Königskinder."
Kein Märchen in 6 Akten von Hans Gens.
Gesangseinlage
in der 2. und 3. Vorstellung.
Gesungen von der Opernsängerin Frau Elfriede Schneider-Overhoff.
Nach dem Urteil der gesamten Fachpresse der sowohl inhaltlich, wie auch bildlich schönste Film deutscher Produktion, der in den letzten Monaten hergestellt worden ist.
Hervorragende Rollenbesetzung durch Lotte Lorring, Clary Lotto, Carl de Vogt, Hermann Picha u. a.
„Buffalo u. Bill." 2. Teil.
Auch dieser Film ist vollkommen in sich abgeschlossen und verständlich. In ihm werden italienische Landschaftsaufnahmen von wunderbarem Reiz gezeigt. Die Sensationen unter Verwendung der modernsten Land- und Wasserflugzeuge Italiens sind kaum noch zu überbieten. R 188
Dazu noch die neuesten Ereignisse aus aller Welt in der
„Mensterwoche."
Anfang der Vorführungen: 1, 3½, 6 und 8 Uhr.

Röber's
Bier-, Wein- und Frühstücksstuben
Prinzipalmarkt 13/14. Fernsprecher 140.
Eröffnung
der neueingerichteten Weinzimmer im I. Stock
Samstag Abend 6 Uhr.
Durch Aufgabe der Likörstube sind modern eingerichtete Gesellschaftszimmer geschaffen. / Reichhaltige mit Sorgfalt zusammengestellte Wein- und Speisekarte.
Abends Künstler-Konzerte.
An den Pfingsttagen „Fest-Mittag- und Abendessen."
Während des Essens Konzert.

Lichtspielhaus
Ab heute!
Das fabelhafte Sensationsprogramm:
1. **Harry Piel,**
der Verächter des Todes,
in seiner neuen, staunenerregenden Sensationsleistung:
Der Reiter in den Wolken
in
Ueber den Wolken.
Kolossal-Abenteurerfilm in 6 großen Akten.
Hauptattraktion:
Der Fallschirm-Absprung mit einem lebend. Pferde aus 1500 m Höhe!
2. Der Clou des Humors:
Die Scheidungs-Ehe.
Köstliches Film-Lustspiel in 3 großen Akten von Bolten-Bäckers.
3. **Frauen-Liebe und -Leben . . .**
Der Leidensweg einer schönen Frau.
4 ergreifende Akte 4
mit allerersten ital. Filmgrößen.
Künstler-Kapelle.

Tonbild-Theater
Das hervorragende Festprogramm
Der große Maxim-Ufa-Film:
Die Rache einer Frau.
Drama in 6 Akten mit
Vera Cavaly
vom ehemal. kaiserl. Theater in Moskau.
Regie: Robert Wiene.
2. Der II. Riesenfilm:
Das Geständnis vor dem Tode.
Zweite abgeschlossene Episode des gewaltigen, spannenden Abenteurer-Romans:
Sträflingsketten.
6 Akte mit der schönen
Lee Parry und Violette Napierska.
Richard Eichberg-Film.
Extra-Einlagen nach Bedarf.
Beginn der Vorstellung heute: 6½ Uhr abends.
Künstler-Kapelle.

Pfingst-Frühkonzert St. Mauritz.

Haben Sie **Störung** an Ihr
Licht- u. Kraftanlage
Türöffner u. Klingelanlag.
rufen Sie
3124
an. Sie werden gut und prompt bedient.
Gebr. Eiterig
Inh.: Adolf Lodde
Staufenstrasse 2.

Westfälischer Verein für Vogelschutz, Geflügel- und Singvogelzucht
(Zoologischer Garten).
Dienstag, d. 31. Mai 1921, abends 8½ Uhr findet im Westf. Zoolog. Garten die diesjährige ordentliche
General-Versammlung
statt. 716
Tagesordnung:
[illegible] Satzungen vorgelegt.
Der Zutritt ist nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte gestattet.
Der Vorstand.

Allgemeines Bürger-Schützen-Corps Münster i. W.

Mit dem 18. Mai beginnend werden auf dem Schützenhofe an jedem Mittwoch
Abendkonzerte
veranstaltet. Mitglieder des Corps haben gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte freien Zutritt. Für Angehörige sind Dauerkarten gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte zum Preise von 3.90 M für 12 Konzerte in der Musikalienhandlung Hack & Schilling, Roggenmarkt 15, zu haben. Bei schlechtem Wetter finden die Konzerte im großen Saale statt. Es wird ersucht, die Dauerkarten baldmöglichst abzuholen. 888
Der Vorstand.

Stadttheater.
Freitag, den 13. Mai, abends 7½ Uhr:
Geschlossene Vorstellung!
Vorstellung für den Theaterverein.
Die Bürger von Calais.
Bühnenspiel in 3 Akten von Georg Kaiser.

Angenehmer Landaufenthalt.
Gute Verpflegung. Mäßige Preise. 1907
Frau Otto Rave,
Fürstenau i. Hann.

Pfingst-Frühkonzert St. Mauritz.

Freitag, 13. Mai.

Der Westfälische Merkur erscheint täglich zweimal, an Sonn- und Feiertagen sowie Montags einmal.
Redaktion: Lütkegasse 1—3. Sprechstunden 10—11 Uhr vorm.
Telegramm-Adresse: Merkur, Münsterwestf.
Fernspr.: Red. 203, 151 u. 3217, Geschäftsstelle 3217 u. 3218.

Anzeigenpreis:
Der Raum für die Anzeigenspalte 36 mm breit, 1 mm hoch, 80 ₰; für die Reklamespalte 90 mm breit ℳ 1,50, zuzüglich 10 Prozent Teuerungszuschlag.
Anzeigen-Annahme: In Münster Königstraße 59 sowie sämtliche Annoncen-Bureaus des In- und Auslandes.

Westfälischer Merkur.

Begründet 1822. **Abend-Ausgabe.** 100. Jahrgang.

1921. — Nr. 221.

Bezugspreis:
Monatlicher Bezugspreis für Münster, 5,— ℳ frei ins Haus gebracht; bei den deutschen Postanstalten ebenfalls 5,— ℳ einschließlich Bestellgeld, bei zweimaliger Zustellung.
Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Einzelnummer: Zu haben in der Geschäftsstelle, den Zeitungskiosken, an den Bahnhöfen ꝛc. das Stück 20 Pfennig.
Geschäftsstelle: Königstr. 59. Geöffnet vorm. v. 8—12½ Uhr, nachm. v. ½3—6 Uhr. Postscheckkonto: Amt Cöln 14 622.

Die Politik des neuen Kabinetts.

Dr. Wirth und Dr. Gradnauer vor dem Reichsrat.

* **Berlin,** 12. Mai.

Der neue Reichskanzler Dr. **Wirth** stellte sich heute dem Reichsrat mit folgenden Worten vor: Sie wissen, daß die Lage außerordentlich ernst gewesen ist und daß es sich darum gehandelt hat, daß die Volksvertretung in der letzten Minute ihr Ja für das **Ultimatum** geben sollte oder nicht. Die Mehrheit des Parlaments hat sich dafür entschieden, und **die Regierung wird eine Politik treiben, um dieses Ja durch Leistungen zu verwirklichen.** Ein Programm, wie diese Leistungen vollbracht werden sollen, kann ich Ihnen natürlich nicht in wenigen Stunden vorlegen. Es ist die größte Aufgabe, die je einem Volk gestellt ist. Daß das Ja, das wir gestern ausgesprochen haben, bedeutungsvoll war, sehen Sie, wenn Sie die **ausländische Presse** verfolgen. Wir wollen aufrichtig dieses **Ja verwirklichen.** Ohne jeden Vorbehalt wollen wir die **Bedingungen dieses Ultimatums** mit allen unseren Kräften erfüllen. **Wir erwarten** aber auch von der Gegenseite, nachdem sie **Zeugnisse** unseres guten Willens gesehen hat, daß sie diesen **guten Willen** dann anerkennen wird, und wir erwarten **insbesondere,** daß in der oberschlesischen Frage ein **fair play vor allem** auf der Gegenseite gespielt wird. **Nur wenn die oberschlesische Frage** ebenso gelöst wird, wie wir glauben, **mit unserem guten Willen alle großen** Reparationsfragen lösen zu wollen, nur dann kann überhaupt Europa und mit ihm **das deutsche Volk** gerettet werden. Was ich gestern gekennzeichnet habe, wollte ich in Ihrer Mitte mit kurzen Worten **wiederholen, und ich darf** Sie als Vertreter der Länder bitten, **mit uns den** schweren und dornenvollen Weg in der **nächsten Zeit gehen** zu wollen. Wir appellieren an die **Einsicht** und **Klugheit** der Vertreter der Länder, uns **bei dem kommenden Wert** und im entscheidenden Augenblick **nicht im Stich** zu lassen. Wir haben durch das Ja von gestern eine **große** Entspannung der internationalen Lage **herbeizuführen versucht.** Es handelte sich darum, die Folgen unseres Jawortes zu tragen und allmählich unsere **Wirtschaft unter** dieses Ja einzustellen. **Das Ja darf von keiner Seite saboliert werden.** Ich bin überzeugt, daß, wenn es auch nur von irgendeiner Seite gestört wird, das deutsche **Volk vor den** schwersten inneren Auseinandersetzungen stehen **wird. Ich glaube** aber besonders nach den Worten, die gestern **im Reichstag** gesprochen worden sind, annehmen zu können, **daß das** deutsche Volk gern bereit ist, auf friedlich-schiedlichem **Wege dem** Jawort, das wir gegeben haben, mit allem, **was in** Menschenkräften steht, zu entsprechen. In dieser **Hinsicht bitte** ich Sie, meine geehrten Herren, um Ihre **gütige Nachsicht** und Ihre tatkräftige Unterstützung.

Der neue **Minister des Innern, Dr. Gradnauer,** stellte sich dem Reichsrat **mit folgenden** Worten vor: Gestatten Sie mir ein kurzes **Wort vor** Eintritt in die Tagesordnung. Der Reichspräsident **hat mich** mit der Leitung des Reichsamts des Innern betraut. **Damit ist mir** der besondere Auftrag geworden, die Fühlung **mit dem** Reichsrat einzuhalten. **Das halte** ich für eine meiner wichtigsten Aufgaben. **Ich habe** in meiner bisherigen Tätigkeit im Freistaate Sachsen Gelegenheit gehabt, Einblicke zu tun in die Arbeit des Reichsrats und, meine sehr **geehrten Herren, ohne daß** ich in Lobrederei verfallen möchte, **darf** ich wohl aussprechen, daß jeder, der solche Einblicke tun konnte, und der objektiv die Dinge sieht, sagen muß, daß der Reichsrat nicht nur mit außerordentlichem Fleiß, sondern **auch mit ganz** besonderem Nutzen arbeitet. Ich habe aus meinen Erfahrungen in der letzten Zeit die Ueberzeugung gewonnen, daß der Einheitsstaat, wie er durch die Reichsverfassung im Ansatz geschaffen worden ist, nur dann sich gedeihlich für das deutsche Volk entwickeln kann, wenn alle gebührende Rücksicht auf die Bedürfnisse und Verhältnisse des deutschen Volkes genommen wird. Ich habe das ernste und feste Bestreben, mit dem Reichsrat kollegial zusammenzuarbeiten, und die Verbindung zwischen Reichsregierung und Reichsrat in jeder Weise zu fördern. Ich wäre den Herren dankbar, wenn Sie mich bei dieser Aufgabe unterstützen würden.

Der preußische **Ministerialdirektor** Nobis **dankte** im Namen des **Reichsrates.**

Der **Reichsrat stimmte dann einem Gesetz** zu über die Gewährung von **Beihilfen** an Rentenempfänger aus der Angestelltenversicherung. **Der Nachtrag** zum Haushalt 1920 wurde nach **dem Beschlusse des Reichstages** angenommen. Ein Regierungsvertreter **erklärte, daß die Reichsregierung** in der Prüfungsfrage **der Angestellten bei Aufrücken** der Gruppe 6 in Gruppe 7 **an der Prüfung festhalte.**

Der Wechsel im Ministerium des Innern.

Die Beamtenschaft und der Wiederaufbau.

WTB. Berlin, 12. Mai. Im Reichsministerium des Innern verabschiedete sich heute der bisherige Minister Koch von der **Beamtenschaft.** Er **hob** in seiner Ansprache die Freudigkeit hervor, **mit der die Beamtenschaft** seiner fast 13jährigen Tätigkeit **an dem Wiederaufbau** Deutschlands mitgearbeitet **habe, und betonte, daß** Deutschland nicht wieder vorankommen **könne, wenn** nicht im Volke eine größere Versöhnung **Platz** greife. Letzten Endes sei nicht die Torheit oder die **Schlechtigkeit** derer, die an der Arbeit stehen, sondern **die Rachsucht der Feinde** an den traurigen Zuständen schuld. **Geduldig** und zähe müsse man auf den Umschwung warten. **Zum Aufbau** Deutschlands sei auch die Beamtenschaft berufen. **An den** bewährten Einrichtungen des Ministeriums **habe er** (Koch) nicht mehr geändert, als die neue Zeit erfordere. **Auch** sein Nachfolger werde, so hoffe er zuversichtlich, den gefestigten Aufbau des Ministeriums aufrechterhalten. Zum Schlusse **dankte** der Minister den Beamten für alles, **was** sie in diesen schweren Zeiten geleistet haben.

Reichsminister **Dr. Gradnauer** begrüßte mit Dankesworten für seinen **Vorgänger** die Beamten. Er werde auf das eifrigste bemüht sein, in vertrauensvollem und kollegialem Zusammenwirken mit ihnen nützliche Arbeit für das Vaterland zu leisten. Er habe eine hohe Meinung von den Rechten, aber nicht minder von den Pflichten der Beamtenschaft. In der heutigen Zeit des Verfalls und der Entartung gelte es mehr denn je, daß wir uns auf uns selbst besinnen. Frei ist, wer sich sittlich bindet. Es gelte, die Bindung des Einzelnen an den Staatswillen zu beleben, und es sei eine wesentliche Aufgabe der Beamtenschaft, hier wegweisend vorzugehen. Staatsgesinnung und Treue zum Staat seien stets der Stolz der Beamtenschaft gewesen, nur die Besinnung auf den Staatsgedanken könne uns retten. Dr. Gradnauer forderte die Beamtenschaft auf, ihm zu helfen bei seiner schweren Aufgabe.

Staatssekretär Dr. **Lehwald** dankte Namens der Beamtenschaft dem scheidenden Reichsminister Koch für seine Worte und erinnerte an die verschiedenen Arbeiten, die während seiner Ministerschaft geleistet oder in Angriff genommen worden seien. Wäre der verbrecherische Kapputsch nicht dazwischen gekommen, der die Beamtenschaft des Ministeriums des Innern einmütig in der Abwehr befunden habe, so würden die Arbeiten des Ministeriums wahrscheinlich noch weiter gediehen sein. Redner gab der Hoffnung Ausdruck, daß die reichen Erfahrungen des scheidenden Ministers auch weiterhin dem Vaterlande zu gute kommen möchten. Den neuen Minister begrüßend erklärte Dr. Lehwald, daß dessen Worte in der Beamtenschaft mit herzlicher Freude aufgenommen worden seien. Im Anschluß an diese Rede stellte der Staatssekretär dem neuen Minister die Beamtenschaft vor.

Der Abschied Dr. Siemons'.

Berlin, 13. Mai. **(Tel.)** Dem „B. T." zufolge hat sich Dr. Simons am Mittwoch von den Beamten des Ministeriums des Aeußern verabschiedet. Dr. Wirth hat einstweilen die Geschäfte dieses Ministeriums übernommen. Nach Berichten einer Korrespondenz dürfte die endgültige Besetzung der drei noch unbesetzten Ministerposten unmittelbar nach den Pfingstferien erfolgen. Bis dahin wird die sozialdemokratische Partei zusammen mit den Gewerkschaften eine Entscheidung getroffen haben über den Kandidaten für das von ihr zu besetzende Ministerium für den Wiederaufbau.

*

Ebert an den scheidenden Außenminister.

* **Berlin,** 12. Mai. Der Reichspräsident richtete an den scheidenden Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons folgendes Handschreiben:

Sehr geehrter Herr Reichsminister! Ihrem Antrage auf Entlassung aus dem Amte als Reichsminister des Auswärtigen habe ich in anliegendem Abschied unter Würdigung Ihrer Beweggründe, jedoch mit lebhaftem Bedauern entsprochen. Sie haben das Ihnen angetragene Amt unter großen Opfern angenommen und sich dann mit Ihrer ganzen Persönlichkeit und Ihren glänzenden Kenntnissen für Ihre Aufgabe eingesetzt. Getragen von dem Bewußtsein Ihrer hohen Verantwortung haben Sie unermüdlich und tatkräftig unter den schwierigsten Verhältnissen die deutschen Interessen wahrgenommen. Ich spreche Ihnen für Ihre aufopfernde Tätigkeit meinen herzlichsten Dank und meine warme Anerkennung aus und ich bin überzeugt, hierbei im Einklang mit dem Empfinden unseres Volkes zu handeln. Wenn Sie nunmehr die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten aus der Hand geben, so darf ich hoffen, daß Ihre Arbeitskraft für das öffentliche Leben und für den Dienst am Vaterlande noch reiche Früchte tragen wird. Ich bitte Sie, meine besten Wünsche und die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung entgegenzunehmen.

Ihr sehr ergebener Ebert, Reichspräsident.

*

Nach der Entscheidung.

Ueber die Annahme des Ultimatums schreibt die Cpc. u. a. noch, es sei damit eine Entscheidung getroffen worden von so ungeheurer Tragweite für die Zukunft des ganzen deutschen Volkes, daß sie in ihrem vollen und ganzen Ausmaß alles dasjenige in den Schatten zu stellen geeignet ist, was ein unversöhnlicher Gegner innerhalb von zwei schweren Jahren bisher aus uns zu pressen für gut befand und was überhaupt jemals in der Geschichte der Völker einem unterlegenen Volke auf die Schultern gebürdet worden ist. Die Verantwortung derer, die jene Entscheidung treffen mußten, war über alles Maß schwer, und keiner, der die Größe der Entscheidung zu ermessen vermag, wird es den Männern, die das letzte Wort sprechen mußten, verargen wollen, wenn sie bis zur letzten Minute aufs allergewissenhafteste das Für und Wider in allen seinen Folgen und Einzelheiten abwägten. Nun ist die Entscheidung nach schwerem inneren Kampfe gefallen, das Ultimatum von einer großen Mehrheit der Volksvertretung angenommen. Das Ringen der Geister verdient unsere Achtung, wenn wir bedenken, was es für einen deutschen Mann bedeutet, dem Zwange des kaudinischen Joches sich beugen zu müssen. Hart ist es jedem einzelnen angekommen, das furchtbare „Ja" unter das neue Dokument des Zwanges zu setzen. Aber was hätte es genutzt, sich in solchen furchtbaren Schicksalsaugenblicken an Phrasen zu berauschen, oder sich etwas vorzutäuschen in hohler Sophisterei, wo der Feind die Hand an der Gurgel deutscher Lebenskraft hielt, wo kluge Abwägung und Liebe zu Volk und Vaterland, zum heimischen Herd und zur heimischen Scholle den Griffel in die Hand zwingen mußten, damit deutsches Land unser bliebe. Die Männer, die das „Ja" auf ihre Schultern genommen haben, gehören zu denen, die wiederum das größte Opfer der Selbstverleugnung auf sich nahmen. Und am allerwenigsten hat gerade die Presse der rechtsgerichteten Parteien ein Recht, über diejenigen herzufallen, die nach schwerem Gewissenskampfe keine andere Lösung mehr möglich sahen, als ein Beugen unter die diktatorischen Forderungen der Entente. Diese Presse, die in schwerster Stunde keine anderen Worte findet, als in parteipolitischem Haß über diejenigen Angehörigen des eigenen Volkes herzufallen, die sich des Opfers nicht etwa gern und freudig und nicht etwa der Ministersessel wegen unterzogen, sondern die in der großen Not sich aus angestammtem Pflichtgefühl der Verantwortung nicht entziehen wollten, diese Presse wird — daran zweifeln wir nicht — auch im Kreise noch objektiv denkender eigener Parteigenossen die Beurteilung finden, die ihr gebührt. Oder muß es nicht Abscheu erwecken, wenn man sieht, wie es Kreise gibt, die in solchen Augenblicken daran denken, ihr politisches Geschäftchen zu besorgen, wenn man beispielsweise von der „Regierung der deutschen Schande" spricht, von der „schwarz-rot-goldenen Internationale", den drei Parzen der deutschen Ehre, die sich unter dem Schatten des deutschen „Unglücksbaumes Erzberger" zusammengefunden haben — so beliebt die „Deutsche Zeitung" die schicksalsschwerste Sitzung des Deutschen Reichstages einzuleiten — wenn man weiter den neuen Reichskanzler Dr. Wirth als „den katholischen Sozialdemokraten, den Johannes des Herrn Mathias Erzberger" bezeichnet, wie es die „Tägl. Rundschau" tut. Wir sind wahrhaftig gewohnt, auch die Ueberzeugung anderer, wenn sie mit unserer nicht übereinstimmt, zu achten und des Glaubens zu sein, daß diese Ueberzeugung aus einer ehrenhaften Gesinnung erwachsen ist. Man scheint auf der anderen Seite diesen Begriff der Wohlanständigkeit im Denken längst beiseite geschoben zu haben, weil man von politischem Haß verblendet ist. Wir aber dürfen die gute Meinung, die wir auch Andersgesinnten bei ihren Entschlüssen entgegenbringen, auch von der anderen Seite für uns in Anspruch nehmen. Wir erheben diesen Anspruch umsomehr und weisen die gehässige Art dieses persönlichen politischen Kampfes mit um so größerer Entschiedenheit zurück, als wir wissen, daß unseren Männern die Geschicke des deutschen Volkes, sein Wohl und Wehe ebenso sehr am Herzen liegen, als es andere von sich behaupten. Wir erheben den vollen Anspruch, unsere Handlungen abgewägt zu haben, mit dem tiefen Verantwortungsgefühl, das uns allein schon die christliche Weltanschauung in Herz und Seele gesenkt hat.

*

Eine sachliche Beurteilung ohne parteipolitische Gehässigkeiten läßt die Bayer. Volkspt. Corr. der Annahme des Ultimatums zuteil werden. Bekanntlich hat die Bayerische Volkspartei gegen die Annahme mit Ausnahme von 2 Mitgliedern gestimmt. Nun schreibt die Corr.: Wenn die Entschlüsse der Volksvertretung als Gradmesser des politischen Wollens der Nation bewertet werden, so beweist die Anerkennung des feindlichen Diktats durch den Reichstag, daß das deutsche Volk noch nicht die seelische Kraft gefunden hat, sich zu einer klaren Erkenntnis seiner wahren Lage durchzuringen. Die Befürworter der Zustimmung unterscheiden sich von den Mahnern zur Ablehnung dadurch, daß jene immer noch nicht die Hoffnung aufgegeben haben, daß Deutschland doch noch durch ein unbegrenztes Eingehen auf die Forderungen der Feinde vor dem Aeußersten bewahrt werden könnte. Die anderen dagegen haben schon heute aus dem bisherigen Verhalten unserer Feinde die schmerzliche Erfahrung gewonnen, daß der Vernichtungswille Frankreichs und Englands durch keine Unterschrift aufzuhalten ist. Diejenigen, die zur Ablehnung raten, haben alle Hoffnung auf irgend eine Hilfe von außen her begraben. Nur die innere Aufrichtung des deutschen Volkes läßt noch einen Ausweg aus dem Verhängnis erkennen. Die Gründe, welche die neuen Regierungsparteien veranlassen, zu unterzeichnen, können nicht unbeachtet bleiben, ebenso wie sich die Kritik an den Beschlüssen dieser davor hüten muß, in ihnen den Ausdruck eines minderwertigen patriotischen Empfindens zu sehen. Trotzdem können wir mit der Meinung nicht zurückhalten, daß vor dem Richterstuhl des nationalen Gewissens, wenn ein solches überhaupt existiert, die Erwägungen, die heute die Annahme des Ultimatums empfehlenswert erscheinen lassen, vor der Erkenntnis zurücktreten sollten, daß es nicht nur ehrenvoller, sondern auch klüger gewesen wäre, dem Gegner die rechtliche Sanktionierung seiner Vernichtungspläne zu verweigern, selbst auf die Gefahr hin, daß sich dieser Vernichtungswille für den Augenblick in seiner ganzen Brutalität austobt.

*

Die „Kölnische Zeitung" erklärt zu der Annahme des Ultimatums durch den Reichstag: Nachdem die Würfel gefallen sind, ist es nach unserer Auffassung die Pflicht eines jeden Deutschen, in der nationalen Daseinsfrage die Regierung zu stützen, zumal da die jetzigen Regierungsparteien und die jetzige Opposition sich darin einig sind, die Kriegsentschädigung zu leisten, soweit es unsere Kraft bei der äußersten Anstrengung zuläßt. An dieser Auffassung ändert das Abstimmungsverhältnis, mit dem der gestrige Beschluß des Reichstages gefaßt worden ist, nichts. Dieses Verhältnis mit seiner großen Minderheit gegen die Annahme kann auch den Verbandsmächten, insbesondere Frankreich, keinen Vorwand, geschweige denn ein Recht geben, irgend etwas zu unternehmen, was nicht mit den Bedingungen, die sie uns abverlangen und die wir unterzeichnet haben, in Einklang stünde. Es ist von vornherein abzulehnen, daß der Versuch gemacht werden könnte, die Abstimmung parteipolitisch auszubeuten, und wenn auch von deutschnationaler Seite ein Ansatz dazu gemacht worden ist, indem man von dort aus das Abstimmungsergebnis im Reichstage mit Pfuirufen aufnahm, so ist ein solches Gebaren aufs schärfste zu verurteilen.

Die **„Frankf. Ztg."** kommt in ihrem Urteil zu dem Schluß, daß das Ultimatum angenommen werden mußte. Denn die Ablehnung wäre die Katastrophe gewesen, eine Katastrophe, die uns wirtschaftlich zerrüttet, die uns politisch zerstört, die uns — weil niemand mehr an die Ehrlichkeit unserer Versicherungen und Angebote geglaubt hätte — auch moralisch vernichtet hätte. Nicht alle Gefahren sind durch die Annahme des Ultimatums abgewandt. . . . Und das Verdienst, Deutschland vor der unmittelbar drohenden Katastrophe gerettet zu haben, gebührt diesmal, wie vor zwei Jahren in Weimar, das muß mit Entschiedenheit betont werden, in erster Linie wieder den Sozialdemokraten und dem Zentrum. Den Sozialdemokraten ist der Entschluß, wieder offen Verantwortung zu übernehmen, nicht leicht geworden. Viel Gegnerschaft der kleinen Sekretäre war zu überwinden. Um so mehr ist anzuerkennen, daß das Verantwortungsbewußtsein der Führenden schließlich doch durchdrang.

*

Der Dank der Zentrumspartei an Fehrenbach.

Die Cpc. berichtet: Dem Reichskanzler Fehrenbach hat anläßlich einer Sitzung der Zentrumsfraktion des Reichstages deren Vorsitzender, Geheimrat Trimborn, in warmen herzlichen Worten den Dank der Zentrumsfraktion und der Deutschen Zentrumspartei ausgesprochen für das große Opfer, welches Fehrenbach dem Vaterlande und insbesondere der Partei durch Annahme der Kanzlerschaft seiner Zeit auf sich genommen hat. Die Zentrumspartei habe das Bedürfnis, diesen Dank jetzt bei seinem Ausscheiden mit besonderer Herzlichkeit zu betonen und mit Nachdruck darauf hinzuweisen, daß die Reichskanzlerschaft Fehrenbachs für das Vaterland segensreich gewesen sei, denn die inneren Verhältnisse im Reich hätten sich wesentlich gebessert und zur Festigung der innerpolitischen Verhältnisse habe die Kanzlerschaft Fehrenbachs erheblich beigetragen. Dafür werde ihm die Zentrumsfraktion Dank wissen. Der lebhafte Beifall, welchen die Fraktion ihrem Vorsitzenden spendete, war ein Beweis dafür, daß die anerkennenden Worte des Dankes aus dem Herzen aller gesprochen waren. Abgeordneter Fehrenbach dankte für die ihm während seiner Kanzlerschaft bewiesene Treue und Unterstützung. Er werde der Fraktion auch weiterhin seine Mitarbeit widmen. Wenn er nicht alle die hochgespannten Erwartungen, die man auf ihn gesetzt habe, erfüllt habe, so sei das nicht seine Schuld.

*

Eine Kundgebung des Reichsbürgerrates.

* **Berlin,** 12. Mai. Der Präsident des Reichsbürgerrats, v. Löbell, hat am 11. Mai an die Reichsregierung folgende Kundgebung gerichtet:

Die Vertretung des deutschen Volkes hat mit Mehrheit das Ultimatum des Verbandes angenommen. Jetzt gilt es, bei der Verworrenheit des staatspolitischen und wirtschaftlichen Lebens, mit nüchternem Blick zu erkennen, welche Wege noch offenstehen, um das Deutsche Reich vor dem Untergang und das deutsche Volk vor der völligen Versklavung zu bewahren. Der Reichsbürgerrat fordert zum ersten, daß die neue Reichsregierung mit allen Mitteln auf Innehaltung der im Ultimatum des Verbandes enthaltenen Zusage der Nichtanwendung von Sanktionen besteht, daß sie weiterhin unser Recht auf Erhaltung des ungeteilten Oberschlesiens bei Deutschland mit aller Kraft wahrt. Sollte der Verband jetzt den von der französischen Presse schon angekündigten Versuch einer Durchführung der Sanktionen unter Berufung auf irgendwelche Scheingründe machen, so muß die Reichsregierung die Zusage zur Erfüllung der Forderungen des Ultimatums zurücknehmen. Zum zweiten sieht der Reichsbürgerrat den letzten Weg zur Rettung nur in dem mit vollem Ernst betriebenen Versuch zur Erfüllung der einmal eingegangenen Verpflichtungen. Gemäß diesem Programm glaubt er, daß Konflikte mit dem Verband wegen der Durchführung der Forderungen in den nächsten Monaten nur dann zu vermeiden sind, und daß eine Grundlage zur Verständigung mit dem Verband nur dann zu finden ist, wenn das deutsche Volk unter Ueberwindung aller parteipolitischen Gegensätze in gemeinsamer Arbeit trotz allem den Aufbau der Wirtschaft versucht. Voraussetzung dafür ist, daß einmal die Führer des deutschen Wirtschaftslebens sich der heute ins Unermeßliche gewachsenen Verpflichtung gegenüber dem Volksganzen nicht entziehen, und daß anderseits nicht wieder versucht wird, die auf Grund unserer wirtschaftlichen Bindung an den Verband notwendige Neuorganisation des wirtschaftlichen Lebens nach marxistischen Gesichtspunkten durchzuführen. Zum dritten sieht der Reichsbürgerrat die größte Gefahr der nächsten Monate und Jahre darin, daß gerade diejenigen, die die Verantwortung für die Durchführung des Ultimatums auf sich genommen haben, am wenigsten in der Lage sind, die daraus erwachsende soziale Belastung zu tragen. Es muß daraus eine Katastrophe entstehen, die nicht nur durch den finanziellen und wirtschaftlichen Druck bestimmt wird, sondern auch durch die Unmöglichkeit der Lösung von seiten derjenigen, die bisher die Verkünder des sozialen Fortschritts zu sein glaubten. Der Reichsbürgerrat hält es daher für seine Pflicht, gerade in dieser Stunde das ganze Volk zur Erhaltung des in Deutschland erreichten sozialen Fortschritts und zum Aufbau einer von sozialistischen Theorien freien Sozialpolitik aufzurufen. Er sieht die einzige Möglichkeit zur Wiedererweckung des deutschen Kraftbewußtseins in einem bis zur äußersten Grenze getragenen Widerstand gegen den sozialen Rückschritt, der durch das Diktat des Verbandes dem deutschen Volk zugemutet wird. Wenn wir, von solcher Gesinnung beseelt, an fernen Ufern das Leuchtfeuer des nationalen Gedankens wieder anzünden, dann schaffen wir ein Ziel, eine Hoffnung und eine Aufgabe, an deren Erfüllung mitzuwirken die Besten sich bereitfinden würden.

*

Aus dem englischen Unterhause.

WTB. London, 12. Mai. Unterhaus. In Beantwortung verschiedener Anfragen erklärte Lloyd George, daß keine englischen Truppen an den Kämpfen in Oberschlesien teilgenommen haben. Ein Abgeordneter wies den Ministerpräsidenten darauf hin, daß vergangenen Sonnabend die französische Presse angekündigt habe, im Falle einer Besetzung des Ruhrreviers sei die englische Regierung verpflichtet, Zwangsmaßnahmen zur See zu ergreifen. Lloyd George antwortete, daß angesichts der Annahme des Ultimatums durch Deutschland es unangebracht sei, diese Frage auf die Tagesordnung zu setzen. Lloyd George gab ferner zu verstehen, daß das Gesetz betreffend Erhebung eines gewissen Prozentsatzes auf die deutsche Einfuhr auch ferner in Kraft bleiben werde.

England und die Aufhebung der Sanktionen.

* **Paris,** 12. Mai. Der Vertreter Englands in der alliierten Rheinlandkommission befindet sich gegenwärtig in London. Er beschäftigt sich damit, die Aufhebung der Zollinie am Rhein und die Räumung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort vorzubereiten. Die deutsche Regierung muß sich aber verpflichten, jedem englischen oder anderen alliierten Kaufmann, dem die interalliierte Kommission gewisse Bewilligungen gegeben oder der sich in den drei genannten Distrikten niedergelassen habe, bestimmte Garantien zu geben. Deutschland müsse für eine gewisse Uebergangszeit die Gültigkeit der von England erteilten Bewilligungen und Kontrakte anerkennen.

Der polnische Aufstand in Oberschlesien.

WTB. Oppeln, 12. Mai. **(Telegr.)** Der deutsche Bevollmächtigte in Oppeln teilt mit: Infolge der Gerüchte über den Waffenstillstand und die Festsetzung einer Demarkationslinie zwischen der interalliierten Kommission und den Insurgenten ist in Oppeln der Generalausstand ausgebrochen. General Lerond hat dem Vertreter des deutschen Bevollmächtigten erklärt, daß die Warschauer Angaben über Waffenstillstand und Demarkationslinie nicht den Tatsachen entsprechen. Die Erklärung ist vom deutschen Bevollmächtigten in Oppeln durch Anschlag bekanntgegeben worden, um die stark erregte Bevölkerung zu beruhigen. Die deutsche Regierung wird mit aller Schärfe auf die Aufklärung dieser Angelegenheit dringen.

WTB. Oppeln, 12. Mai. Infolge der Haltung der interalliierten Kommission ist die Erregung der Bevölkerung aufs höchste gestiegen. Heute Mittag wurde der Generalstreik erklärt, die mit aller Schärfe einsetzte und der auch die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke umfaßt. Sämtliche Beamte haben sich dem Generalstreik angeschlossen. Am Nachmittag fand vor dem Regierungsgebäude eine Versammlung unter freiem Himmel statt. Im Anschluß daran begaben sich die Leiter der deutschen politischen Parteien zum General Lerond, um von diesem Auskunft über die zu treffenden Maßnahmen zur Niederwerfung des Aufstandes zu erhalten. Trotzdem Lerond heute dem Grafen Praschma erklärt hatte, daß die Warschauer Angaben über einen Waffenstillstand und die Festsetzung einer Demarkationslinie nicht den Tatsachen entsprechen, ist heute wiederum ein von einer amtlichen polnischen Funkstelle ausgegebenes Funkentelegramm aufgefangen worden, des Inhalts, daß ein Abkommen zwischen der interalliierten Kommission und den polnischen Insurgenten getroffen wurde, wonach die interalliierten Truppen stillschweigend abrücken und durch Hallertruppen ersetzt werden. Von dem Führer der Aufständischen der Gruppe Ost ist über das Aufruhrgebiet der Belagerungszustand verhängt worden.

WTB. Oppeln, 13. Mai. **(Telegr.)** Während des Verlaufes der zweistündigen Verhandlungen der Vertreter aller deutschen Parteien, einschließlich der Deutschnationalen und der Kommunisten mit der interalliierten Kommission hat General Lerond nochmals versichert, daß keine Verhandlungen mit den Polen stattgefunden haben. Es hätte sich höchstens um örtliche Besprechungen zum Schutze der deutschen Bevölkerung und des deutschen Eigentums handelt können. Lerond versicherte erneut, daß er Truppenverstärkungen erbeten habe. Obwohl die Erklärungen Leronds nicht in allen Punkten befriedigen, glaubten die Führer der deutschen Parteien doch, von der Fortführung des Generalstreiks Abstand nehmen zu sollen. Demnach wurde die Arbeit um 7 Uhr abends wieder aufgenommen.

Sonstige Meldungen.

WTB. Köln, 12. Mai. Der Kardinal Erzbischof von Paris hatte an den Kardinal Erzbischof von Köln, der ihm seine Aufnahme in das Kardinalskollegium mitgeteilt hatte, ein Antwortschreiben gerichtet, in dem er dem Erzbischof von Köln zunächst seinen Dank für dessen Tätigkeit im Interesse der französischen Kriegsgefangenen ausspricht, dann aber behauptet, Frankreich sei von Deutschland zu Unrecht angegriffen worden und Deutschland weigere sich jetzt, dieses Unrecht gutzumachen. Aber Frankreichs Geduld sei zu Ende. Der Kardinal Erzbischof von Köln ist, wie die „Köln. Volksztg." meldet, von dem Schreiben des Kardinals und Erzbischofs von Paris, das einen klassischen Beleg für die Mentalität Frankreichs gegen Deutschland darstellt, aufs höchste überrascht worden und erst recht von seiner Veröffentlichung durch die Havasagentur. Er glaubt, seinerseits von einer Veröffentlichung seiner Antwort an den Kardinal Dubois absehen zu sollen, weil eine öffentliche politische Auseinandersetzung zwischen einem französischen und einem deutschen Kardinal weder im staatlichen noch im kirchlichen Interesse liegt. Wenn aber die französische Presse seine Antwort irgendwie verstümmelt oder entstellt wiedergeben sollte, sieht er sich gezwungen, seine Antwort der Oeffentlichkeit zu übergeben.

Berlin, 12. Mai. Der Vorsitzende der Friedenskommission in Paris, Ministerialdirektor Dr. Geppert, ist von seinem Posten zurückgetreten. Das dürfte damit in Zusammenhang stehen, daß er in der Wiederherstellungsfrage die jetzige Schwenkung der Politik nicht mitmachen zu können glaubt. Wie bereits gemeldet, kommt er als Kenner des Ostens für eine Verwendung bei der neu zu bildenden Delegation für Moskau in Betracht.

WTB. Berlin, 12. Mai. Zur Grenzregulierung im Abschnitt Garnsee wird der Pressestelle des Oberpräsidiums von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß die interalliierte Grenzfestsetzungskommission gestern in Graudenz endgültig über die Grenzführung entschieden hat. Danach ist der Bahnhof Garnsee und das Grundstück des Patkowski polnisch geworden, die Gemeinde Herminendorf deutsch geworden und das Vorwerk Garnsee deutsch geblieben. Die weitere Grenze nach Westen läuft längs des Weges vom Stadtvorwerk Garnsee nach der Ziegelei Nandewiese. Der Weg selbst kommt zu Deutschland. — Obwohl der Gewinn von Herminendorf zu begrüßen ist, so furchtbar ist der Verlust des Bahnhofes Garnsee. Es ist vollkommen unverständlich, warum die Grenzfestsetzungskommission den Bahnhof Gransee, der für den großen Umkreis der deutschen Ortschaften eine hervorragende wirtschaftliche Bedeutung hat, für Polen aber unwesentlich ist und nur die Bedeutung eines Uebergangsbahnhofes besitzt, den Polen zusprach. Die Abtretung des Polen zugesprochenen Gebietes soll nicht vor Anfang Juni erfolgen. Es ist in Aussicht genommen, den Bahnhof Gransee nach drei Jahren als gemeinschaftlichen Bahnhof bestehen zu lassen.

WTB. Paris, 12. Mai. Nach einer Meldung der Abendpresse aus Rom wird die Nachricht von der Demission des Grafen Sforza dementiert.

Pfingst-Frühkonzert St. Mauritz.

Haben Sie Störung an Ihrer Licht- u. Kraftanlagen Türöffner u. Klingelanlag. rufen Sie 3124 an, Sie werden gut und prompt bedient. Gebr. Eiterig Inh.: Adolf Lodde Stautenstrasse 2.

Westfälischer Verein für Vogelschutz, Geflügel- und Singvogelzucht (Zoologischer Garten).
Dienstag, d. 31. Mai 1921, abends 8½ Uhr findet im Westf. Zoolog. Garten die diesjährige ordentliche General-Versammlung statt. Tagesordnung: Vorstandswahl, Satzungen usw. Der Zutritt ist nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte gestattet. Der Vorstand.

Allgemeines Bürgerschützen-Corps Münster i. W.
Mit dem 18. Mai beginnen werden auf dem Schützenhofe an jedem Mittwoch Abendkonzerte veranstaltet. Mitglieder des Korps haben gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte freien Zutritt. Für Angehörige sind Dauerkarten gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte zum Preise von 3.00 ℳ für 12 Konzerte in der Musikalienhandlung Hack & Schlichting, Roggenmarkt 15, zu haben. Bei schlechtem Wetter finden die Konzerte im großen Saale statt. Es wird ersucht, die Dauerkarten baldmöglichst abzuholen. Der Vorstand.

Stadttheater.
Freitag, den 13. Mai, abends 7½ Uhr: Geschlossene Vorstellung! Vorstellung für den Theaterverein. Die Bürger von Calais. Bühnenspiel in 3 Akten von Georg Kaiser.

Angenehmer Landaufenthalt. Gute Verpflegung. Mäßige Preise. Frau Otto Rave, Fürstenau i. Hann.

Pfingst-Frühkonzert St. Mauritz.

Deutschland.

Die Abstimmung im Reichstag.

Bei der namentlichen Abstimmung über den Antrag betreffend Annahme des Ultimatums der Entente haben gestimmt:

Zentrum (72 Abg.): Sämtliche Mitglieder mit ja, mit Ausnahme des Abg. Bornefeld-Ettmann, der sich der Stimme enthalten hat. Die Hospitanten des Zentrums: Abgg. Colshorn, Langwost und Sievers haben mit nein gestimmt.

Gefehlt haben 13 Abgeordnete: Brentano, Ehrhardt, Erzberger, Giesberts, Dr. Herschel, Dr. Hitze, Joos, Kubetzko, Marx, Dr. Mazem, Schoepenik, Ulitzka, Zawadski.

Sozialdemokraten (108 Abg.): Sämtliche Mitglieder haben mit ja gestimmt. Gefehlt haben 15 Abgeordnete.

Demokraten (40 Abg.): Mit nein haben gestimmt die Abgg. Frau Dr. Bäumer, Brodauf, Delius, Dietrich-Baden, Erkelenz, Dr. Fick, Dr. Haas-Baden, Hamm, Haußmann, Keile, Kleinath, Kerschbaum, Kniest, Kopsch, Dr. Külz, Liese, v. Siemens, Sievkovich, Weiß, Dr. Wieland, Ziegler.

Die übrigen Abgeordneten haben mit ja gestimmt. Gefehlt haben: Dr. Fischer-Köln, Trieschmann.

Unabhängige (61 Abg.): Sämtliche Mitglieder haben mit ja gestimmt. Gefehlt haben 15 Abgeordnete.

Deutsche Volkspartei (65 Abg.): Mit ja haben gestimmt: Dr. Heinze, v. Kardorff, Frau Dheimb, Raumer, v. Rheinbaben, Thiel; die übrigen haben mit nein gestimmt.

Gefehlt haben: Adams, Dr. Becker-Hessen, Beythien, Dannemann, Frau Mende, Oertel, Spetzler, Zeschke.

Deutschnationale Volkspartei (71 Abg.): Sämtliche Mitglieder haben mit nein gestimmt.

Gefehlt haben: Behrens, Domsch, Guttknecht, Dr. Hartmann, v. Kanitz, v. d. Kerkhoff, Lambach, Mazin, Dr. Reichert, Dr. Strathmann, Dr. Wiebel.

Bayerische Volkspartei (20 Abg.): Mit ja haben gestimmt: Ponschab, Schirmer-Franken, die übrigen mit nein. Gefehlt haben 3 Abgeordnete.

Bayerischer Bauernbund (4 Abg.): Sämtlich mit nein abgestimmt. Gefehlt haben 2 Abgeordnete.

Deutsch-Hannoveraner (2 Abg.): Beide Abgeordnete mit nein, desgleichen Abg. Leuber, der zu keiner Fraktion gehört.

Kommunisten (25 Abg.) Sämtlich mit nein. Gefehlt haben 7 Abgeordnete, mit Ausnahme des Abg. Reich.

Unter den 76 als fehlend bezeichneten Abgeordneten befinden sich drei Abgeordnete, die eine ungültige Stimme abgegeben haben, deren Namen zurzeit noch nicht festzustellen ist.

Mit ja haben gestimmt	220
Mit nein haben gestimmt . . .	172
Stimmenthaltung	1
Gefehlt (darunter 3 ungültige St.)	76
	469

Der bayerische Kultusminister zur Schulfrage.

München, 11. Mai. Die Vollversammlung des bayerischen Landtages begann am Dienstag die Beratung des Haushaltes des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus. Dabei entwickelte Kultusminister Dr. Matt ein Kulturprogramm, das ein starkes Bekenntnis dafür war, daß die Achtung vor dem christlichen Sittengesetz die stärkste Stütze eines geordneten Gemeinschaftslebens ist. Der Staat hat auch nach der Trennung der Religionsgemeinschaften aus ihrem bisherigen Verbande mit dem Staate alle Ursache, ein bundesgenossenschaftliches Verhältnis mit ihnen zu unterhalten. Besondere Beachtung verdient, was der Minister über die Schule sagte: Die Erneuerung des Geistes in unserem gesellschaftlichen Zusammenleben muß besonders bei der jungen Generation ihren Anfang nehmen. Wir müssen dem kommenden Geschlechte wieder gediegenes, allgemeines und fachliches Wissen, rechte Zucht und Ehrfurcht vor der Autorität als beste Mitgift für das spätere Leben mit auf den Weg geben. Ueber die Einrichtung unserer Schulen werden demnächst vom Reich in Ausführung der Reichsverfassung grundlegende Bestimmungen erlassen werden. Wir wollen hoffen, daß unserem Lande dabei der ihm zukommende und notwendige Spielraum gelassen werde, seine Schulen unseren Bedürfnissen, Anschauungen und bewährten Erfahrungen anzupassen. Bayern muß als christliches Volk, das auch durch die letzten Wahlen mit großer Mehrheit unverkennbar seinen Willen zur christlichen Staatsführung und insbesondere zum christlichen Erziehungsprinzip bekundet hat, besonderes Gewicht darauf legen, daß ihm nach dem Reichsschulgesetze die Möglichkeit bleibt, in der Errichtung und Beibehaltung der Bekenntnisschulen den Wünschen der einschlägigen Erziehungsberechtigten gerecht zu werden. Denn in der Einheitlichkeit der Erziehung in Elternhaus und Schule, in der frühzeitigen Fundierung der gesamten Lebensanschauung und Lebensgrundsätze auf die christlichen Wahrheiten sieht das christliche Volk mit Recht die beste Gewähr für das geistige und sittliche Wohl einer kommenden Generation. Die Eltern, die ihre Kinder in anderem Geiste erzogen wissen wollen, sollen innerhalb der hierfür gezogenen Grenzen in der Erfüllung ihrer Wünsche nicht verkürzt werden.

Der neue österreichische Gesandte in Berlin.

Wien, 11. Mai. Vor einigen Tagen wurde amtlich bekanntgegeben, daß unser Bundespräsident Hainisch den Sektionschef Richard Riedl zum Gesandten in Berlin ernannt hat. Riedl kommt aus dem verhältnismäßig kleinen Beamtenstande der Wiener Handels- und Gewerbekammer, der schon im alten Oesterreich als eine Auslese von Beamten gelten konnte, die mit unserem Wirtschaftsleben auf das innigste vertraut sind. Als Sekretär der Wiener Handels- und Gewerbekammer erhielt Riedl vor vielen Jahren die Berufung in das Handelsministerium, in dem er bald zu einer Autorität in Wirtschafts- und handelspolitischen Angelegenheiten wurde, über die er übrigens vor seiner Berufung auch eine umfangreiche schriftstellerische Tätigkeit entfaltete. In allen großen Handelsvertragsverhandlungen des alten Oesterreichs, an den Ausgleichsverhandlungen mit Ungarn, die an die Verhandlungskunst unserer Vertreter und an ihren Sachwissen die größten Anforderungen stellten, nahm Riedl in hervorragendem Maße Anteil. Nach dem Zusammenbruch leitete er die nicht minder wichtigen Wirtschaftsverhandlungen mit den Nachfolgestaaten und als Kommissär für Uebergangswirtschaft entfaltete er eine umfassende Tätigkeit. Politisch gehört er aktiv der Großdeutschen Volkspartei an.

Deutsche Notwehr in Oberschlesien.

WTB. London, 11. Mai. Reuter verbreitet folgende Mitteilung:

Eine aus zuverlässiger Quelle stammende Nachricht, wonach deutsche Truppenzusammenziehungen in der Gegend von Rosenberg stattfinden, wird als sehr ernst angesehen. Man hofft, daß die ernsten Folgen einer deutschen Wiedervergeltung vermieden werden. Die Deutschen haben bisher die größte Zurückhaltung beobachtet, aber der gute Eindruck, der in solchem Maße hier besteht, würde durch den Versuch eines Appells an die Gewalt beseitigt werden, besonders während der Bemühungen der alliierten Kommission, die deutsche Bevölkerung gegen Angriffe bis zum äußersten zu schützen. Die Haltung der Warschauer Regierung wird ernst beurteilt. Die Nachrichten über einen amtlichen Beschluß, die Aufständischen zu ermutigen, und der Aufruf Hallers zugunsten einer Unterstützung der Aufständischen festigen die Ueberzeugung, daß die Warschauer Regierung den furchtbaren Ernst der Lage nicht erfaßt hat.

Dazu wird dem WTB. mitgeteilt: Wenn die Bevölkerung selbst in den bedrohten Gebieten sich mit allen Mitteln gegen die polnischen Banden zu schützen bestrebt ist, so handelt es sich um Notwehr, da die bisherigen Maßnahmen der alliierten Kommission bisher keinerlei Gewähr für ausreichenden Schutz der deutschen Oberschlesier boten. Auch wenn sich die Meldung von dem angeblichen geschlossenen Waffenstillstand betätigen sollte, so bietet ein solches Abkommen zwischen den Aufrührern und der interalliierten Kommission nach den Erfahrungen, die bisher gemacht worden sind, nicht die geringste Sicherheit für Leib und Leben der Bewohner in den gefährdeten Gebieten. Die Nachrichten über deutsche Truppenzusammenziehungen in der Gegend von Rosenberg stammen allem Anschein nach aus polnischen Quellen. Es wird nochmals festgestellt, daß Truppenzusammenziehungen nicht stattfinden, da kein Angehöriger von Truppenteilen des Reichsheeres sich im Abstimmungsgebiet befindet.

Städtisches.

Münster, 13. Mai.

„Pax", Verein kath. Priester Deutschlands. Die diesjährige Generalversammlung findet am Donnerstag der Pfingstwoche, den 19. Mai, nachm. 2½ Uhr, in Münster (Vortragssaal des Coll. Borromaeum) statt. Für den Vormittag 10 Uhr ist ebenda eine Mitgliederversammlung der Pax-Spar- und Darlehnskasse und der Fürsorgekasse angesetzt. — Die westfälische Geistlichkeit, zumal der Stadt Münster und ihrer Umgebung, wird gewiß diese günstige Gelegenheit zur Aussprache und zur Förderung der für den Gesamtklerus so wichtigen Interessen, die „Pax" vertritt, warm begrüßen.

Von der Universität. Wie wir erfahren, ist zur Wiederbesetzung des Lehrstuhls für Kirchengeschichte an der Universität Greifswald (an Stelle des Geh. Konsistorialrats V. Schultze) ein Ruf an Prof. Lic. Dr. Walter Glawe in Münster ergangen. Glawe, geb. 1880 zu Berlin, erwarb 1904 in Erlangen den Dr. phil., 1908 in Rostock den theolog. Lizentiatengrad und habilitierte sich ebenda bald darauf für historische und systematische Theologie. 1912 erhielt er den Titel Professor und zwei Jahre später eine a. o. Professur in der neugegründeten evang.-theolog. Fakultät in Münster, wo er im Februar 1921 zum Ordinarius befördert wurde. Im Kriege war Prof. Glawe als Feldgeistlicher tätig.

Zur Tarifbewegung der kaufmännischen Angestellten. Das Material über die Streitigkeiten zwischen den Arbeitnehmern und Arbeitgebern in der Tariffrage wurde im Januar vom Reichsarbeitsminister dem Schlichtungsausschuß in Recklinghausen überwiesen. Das Urteil dieser Instanz liegt vor und bildete vorgestern abend den Gegenstand der Erörterung in einer Versammlung der hiesigen kaufmännischen Angestellten, die im überfüllten Saale des Cimbernhauses stattfand. Nach dem Schiedsspruch sollen die Gehälter staffelweise 10—20 Prozent erhöht werden. Ferner ist für die Zeit vom Januar bis März eine einmalige Entschädigung festgesetzt worden, wie auch der Rahmentarif vom 1. April ab neu geregelt worden ist. Bei der Abstimmung über den Schiedsspruch sprachen sich 55 Prozent für die Annahme aus, 44 Prozent dagegen, 1 Prozent enthielt sich der Stimme. Der Beschluß des Arbeitgeberverbandes steht noch aus. Die stellenweise sehr erregte Stimmung fand ihren Ausdruck in der Annahme folgender Entschließung: „Die in den überfüllten Sälen des Cimbernhauses versammelten kaufmännischen Angestellten Münsters nehmen Kenntnis von dem Bericht ihrer Vertreter über den Verlauf der Verhandlungen seit ihrem letzten Zusammensein. Der ihnen bekanntgegebene Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses Recklinghausen bleibt hinter ihren Erwartungen weit zurück und entspricht nicht im geringsten ihren vollkommen berechtigten Forderungen. Die versammelten Angestellten müssen ihrer Entrüstung darüber Ausdruck geben, daß selbst in den kritischen Zeiten, die unser Vaterland gegenwärtig durchzumachen hat, der Arbeitgeberverband sich nicht zu verständnisvollen Verhandlungen mit den Gewerkschaften zusammengefunden hat. Wenn die versammelten Angestellten sich trotzdem mit knapper Mehrheit für die Annahme des Schiedsspruchs erklärt haben, so taten sie das nur in der Erwartung, daß auch der Arbeitgeberverband sich in Anbetracht des entscheidenden politischen Augenblicks dem Schiedsspruch unterwerfen werde. Auch die Arbeitgeber sollten endlich erkennen, daß der gegenwärtige Augenblick nicht Raum läßt für Wirtschaftskämpfe, sondern das Gebot der Stunde enges Zusammenarbeiten aller Volksschichten erfordert. Die Versammlung erwartet, daß die Arbeitgeberschaft in diesem Augenblick nicht durch ablehnendes Verhalten die Erbitterung in den Angestelltenkreisen weiter steigern lassen will. Die Versammelten würden einer ablehnenden Haltung mit allen Mitteln Widerstand leisten. In letzter Stunde rufen wir deshalb den Arbeitgebern zu, endlich einmal Einsicht zu halten und den Angestellten das zu geben, was ihre Lebensbedingungen erfordern und das ist mehr, als die vom Schlichtungsausschuß zuerkannten Mindestgehälter."

Die Unterstützung unterernährter Kinder der Stadt Münster bildete den Hauptgegenstand der Besprechungen des Landwirtschaftlichen Vereins für den hiesigen Stadtkreis, der gestern im Fröndschen Saale auf Mauritz tagte und sich der Anwesenheit mehrerer Ehrengäste erfreute. In einem umfangreichen, mit statistischen Zahlen belegten Vortrage schilderte Stadtarzt Dr. Luig die Folgen der schlechten Ernährung der Kinder während des Krieges und der Folgezeit. Während die Schulkinder der ländlichen Bezirke größtenteils ein normales Gewicht haben, erreicht der größte Teil der städtischen Schüler dieses Gewicht nicht. Dr. Luig hat 9995 Kinder untersucht und festgestellt, daß das Durchschnittsgewicht eines Schulknaben in Münster um viereinhalb Pfund, das der Mädchen um drei Pfund hinter dem normalen Gewichte zurückbleibt. Beachtenswert ist dabei, daß die Kinder der Schulen der inneren Stadt am meisten im Gewichte zurückgeblieben waren, so die Kinder der Ludgerischule um 10,1 Pfund, Mauritz dagegen nur um 2⅖ Pfund, während die Gievenbecker Kinder 2½ Pfund schwerer als der Durchschnitt waren. Von den untersuchten 9995 Kindern erreichten weit über 6000 das Normalgewicht nicht. Mehr als die Hälfte der Kinder litt unter Skrophulose und Tuberkulose. In Münster liegen die Verhältnisse jetzt schlechter als im Industriegebiet, wo infolge des höheren Verdienstes der Arbeiter Butter, Fett, Speck und Eier besser gekauft werden können, als hier. Um den Krankheiten vorzubeugen oder ihnen zu begegnen, wurden Kinder nach Lippspringe, Gottesgabe bei Rheine und Drever geschickt. Auch das jetzt von der Stadt auf Juist erworbene Kinderheim wird wertvolle Dienste leisten. Nach dem Vorbild anderer Städte soll auf Haus Geist eine Waldschule errichtet werden, die allgemein Anklang findet. Die eingerichteten Kuren sind aber nur von Vorteil, wenn ihnen eine Periode der guten Ernährung folgt, wozu der Landwirt durch Lieferung von Naturalien wesentlich beitragen kann. Erfreulicherweise hat der landwirtschaftliche Kreisverband beschlossen, bestimmte Mengen Lebensmittel von Zeit zu Zeit nach Münster zu liefern. Dr. Luig ließ seine beherzigenswerten Worte ausklingen in einen Appell an die Landwirtschaft, Mittel und Wege zu suchen, um den armen Stadtkindern zu helfen. In Bekräftigung des gespendeten Beifalls wurde vom Verein einstimmig beschlossen, Milch und Eier zu schenken. In einer besonderen Sitzung des Vorstandes und Ausschusses werden die Mitglieder bestimmt, die in den einzelnen Gemeinden die Sammeltätigkeit ausüben. Stadtrat Haarmann unterstützte die Darlegungen des Stadtarztes und stellte die kostenlose Lieferung von 15 Liter Milch täglich für die Waldschule aus den Bauerschaften Mecklenbeck und Geist in Aussicht. — Den Dank der Stadt für den erfreulichen Beschluß des Vereins vermittelte Oberbürgermeister Dr. Sperlich, der warm für Besserung der Beziehungen zwischen Stadt und Land eintrat. Dem pflichtete Stadtrat Haarmann bei mit der Versicherung, daß die Landwirte bestrebt seien, der Nahrungsnot in den Städten nach Kräften abzuhelfen. — Ueber das Thema „Wichtige Maßnahmen zur Wiederaufrichtung unserer Viehzucht" sprach sodann Oekonomierat Dr. Steinriede. — In einer allgemeinen Aussprache wurde entschieden Stellung genommen gegen das Vorgehen des Finanzamtes, einen Zuschlag von 100 Prozent für das Reichsnotopfer zu erheben. — Bezüglich der durch Ortsstatut vorgesehenen Einführung der Fortbildungsschulpflicht für junge Landwirte ist beabsichtigt, die Schüler zuerst in die Gärtnerklasse der Handwerkerfortbildungsschule zu schicken und dann auf die Landwirtschaftsschule. — Mit einem herzlichen Dankeswort schloß der Vorsitzende Gutsbesitzer Frieling die Versammlung.

Provinzielle Nachrichten.

Buer, 13. Mai. In den Waldungen der Zeche Ewald kam es zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen dem Förster Liesegang und mehreren Personen, welche Warnungstafeln beschädigten. Drei Mann fielen über den Förster her und nahmen ihm das Gewehr ab. Als kurz darauf der Förster wieder mit den Burschen zusammentraf und sein Gewehr zurückforderte, legte ein Bergmann aus Herten auf den Förster an. Dieser machte von seiner Waffe Gebrauch und verletzte den Angreifer durch einen Schuß, sodaß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte. — Der inzwischen vom Amte suspendierte Major Klos von der Schutzpolizei teilt der Presse mit, daß er nach Vernehmung durch den Richter auf freien Fuß gesetzt und trotz weiteren Beweismaterials nicht wieder verhaftet worden sei. Die weitere Untersuchung werde ergeben, inwieweit ihm ein Vorwurf gemacht werden könne.

Minden, 13. Mai. Wie das „Lübbecker Kreisblatt" mitteilt, hat der Landwirt Tellemeyer in Lübbecke in einer Hamsterfalle, die er auf seinem Acker aufgestellt hatte, einen weißen Hamster gefangen. Es handelt sich um eine Abnormität, die nur sehr selten auftritt.

Duisburg, 13. Mai. Die Interalliierte Schiffahrtskommission hat verfügt, daß jedes Fahrzeug der alliierten Flottille oder jedes für den Transport von Heeresmaterial beschlagnahmte Fahrzeug, das keine alliierte Flagge, sondern außer der Signalflagge am Vorderschiff eine zweite blaue Flagge an der Spitze des Mastes führt, unbedingtes Vorrecht auf dem ganzen besetzten Rhein genießt.

Verbandstag der Postbeamtinnen in Düsseldorf.

Die deutschen Reichs-Post- und Telegraphenbeamtinnen halten vom 10. bis 14. d. M. in Düsseldorf ihren 10. Verbandstag ab, der in der Tonhalle im Beisein von Vertretern der Stadt, der Postverwaltung, vielen Frauenvereinen und anderen Organisationen mit einer schönen Feier eröffnet wurde. Die weiteren Tagungen finden im St. Paulushaus statt. Der erste Verbandstag wurde mit der Entgegennahme der Geschäfts- und Ausschußberichte ausgefüllt. Der Verband kann auf ein äußerst erfolgreiches Geschäftsjahr zurückblicken. Seine Mitgliederzahl ist auf rund 35 000 angewachsen, sein Jahresetat beträgt über 1 Million Mark. Der Verbandsbeirat, dessen hauptsächlichste Tätigkeit in der Durchorganisierung der einzelnen Oberpostdirektionsbezirke bestand, konnte aufgelöst werden, da die Durchorganisierung als abgeschlossen betrachtet werden kann. Am Abend wird eine Vollversammlung der Erholungsheimgenossenschaft des Verbandes abgehalten werden, die ein schönes, stark besuchtes Erholungsheim in Bad Liebenstein in S.-M. besitzt.

Wissenschaft und Kunst.

Wiedereröffnung des historischen Institutes der Görres-Gesellschaft in Rom. Das historische Institut der Görres-Gesellschaft nimmt jetzt seine römische Tätigkeit wieder auf. Es sind mehrere Bewilligungen zu diesem Zwecke erfolgt, und der bisherige Leiter Dr. Stephan Ehses, päpstlicher Protonotar, der vorläufig die Leitung behält, will jetzt nach Rom zurückkehren, nachdem er bei Kriegsausbruch die Stadt verlassen hat. Im letzten Jahre haben die Mitglieder und Mitarbeiter des Instituts noch ihre vor dem Kriege gesammelten Textstoffe aufarbeiten müssen. Z. B. erscheint demnächst ein neuer Band der vatikanischen Quellen für die Geschichte der päpstlichen Hof- und Finanzverwaltung im 14. Jahrhundert von Prof. E. Goeller-Freiburg. Goeller vertritt vorläufig Ehses in Rom. Dr. Mohler-Freiburg und Dr. Edmund Stein nehmen dort ihre Arbeiten über Kardinal Bessarion und den gleichgerichteten Ambrogio Traversari wieder auf. Dr. K. H. Schaefer-Wolfenbüttel konnte seine vor dem Kriege in Rom gesammelten Materialien herüber bringen und gibt einen neuen Band der vatikanischen Quellen und einen über deutsche Ritter und Edelknechte in Italien heraus. Prof. Seppelt-Breslau veröffentlicht die Quellen zur Geschichte Cölestins V. Ehses selbst hofft in Rom die Ausgabe der Akten der letzten Sessionen des Konzils von Trient, die besonders dem Reformwerk gewidmet waren, abzuschließen. Auch die vor dem Kriege von den deutschen Archäologen und Historikern herausgegebene Römische Quartalschrift soll dort wieder erscheinen, im archäologischen Teil von Prälat Dr. Kirsch, im geschichtlichen von Goeller geleitet.

Vermischtes.

Sport und Disziplin.

Tll. Berlin, 9. Mai. Auf dem von den Firmen Siemens & Halske und Siemens-Schuckertwerke auf ihrem Gelände in Siemensstadt für ihre Angestellten und Arbeiter soeben fertiggestellten Sportplatz, der für alle Zwecke der Leichtathletik vorzüglich eingerichtet ist und u. a. eine 400 Meter-Laufbahn enthält, hielt die Sportvereinigung Siemens am 7. und 8. Mai ihr Eröffnungssportfest ab, das sich außerordentlich reger Beteiligung und lebhaften Besuches erfreute. Nachdem der Vorsitzende der Vereinigung, Herr Hagen, die Festteilnehmer begrüßt und den Siemensfirmen den Dank für die Schaffung des Sportplatzes ausgesprochen hatte, erwiderte der Vorsitzende des Aufsichtsrates beider Gesellschaften, Herr Dr. C. F. v. Siemens, in einer Ansprache, der wir folgendes entnehmen:

„Ein altes deutsches Wort sagt: „Wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, deckt man ihn zu." Deutschland hat manches getan, um kranke Körper wieder gesund zu machen; aber man hat nicht genügend Rücksicht darauf genommen, daß es besser ist, dafür zu sorgen, daß ein gesunder Körper nicht erst krank werde. Möge dieser Platz mit dazu beitragen, die Gesundheit zu stählen und zu erhalten. Die Pflege des Sports und die Erkenntnis seiner Wichtigkeit für das Gedeihen eines Volkes ist zweifellos in den letzten Jahren außerordentlich gewachsen. Viele Gründe haben dazu geführt. Ich möchte sie hier nicht alle aufzählen; nur mit einigen Worten möchte ich auf den Grund zurückkommen, der meiner Ansicht nach der wichtigste ist, das ist die Pflege einer Eigenschaft, ohne die ein Zusammenarbeiten von Menschen überhaupt nicht gedeihen kann: die Disziplin. Wir haben in Deutschland wohl eine Disziplin gehabt, und solange sie bestand, haben wir manches Große geleistet. Aber nachdem diese Disziplin zusammengebrochen ist, hat es sich gezeigt, daß die Erkenntnis von ihrer Wichtigkeit nicht genügend Wurzel gefaßt hat. Es ist daher eine der Hauptaufgaben unserer heutigen Zeit, die Zwangsdisziplin durch die Selbstdisziplin zu ersetzen. Viele unserer Leiden sind unzweifelhaft darauf zurückzuführen, daß die Selbstdisziplin nicht genügend entwickelt ist, und daß die Selbstsucht dadurch ausgeartet ist. Möge der Sport dazu beitragen, die Selbstdisziplin zu fördern. Gerade jetzt, wo unser Vaterland vor den schwersten Schicksalsstunden steht, wo jedem Deutschen das Herz bangt, was die nächste Stunde bringen mag, wo in Ost und West der Feind auf dem Sprunge steht, unser Land zu zerteilen, da wollen wir daran denken, was uns allein zusammenhalten oder, wenn es sein muß, wieder zusammenführen kann: das ist das Gefühl der Zusammengehörigkeit und der Kameradschaft, und auch dafür ist der Sport der Lehrmeister. Eine Fußballmannschaft, die nicht willig ihrem Führer folgt, ihn mit allen Kräften unterstützt, die nicht beseelt ist von dem Willen, gemeinsam das Ziel zu erreichen, wird nie und nimmer ein Tor erzielen. So hoffe ich, daß auch dieser Platz der Pflege und der Entwicklung so hoher Werte dienen möge, und ich wünsche der Sportvereinigung, daß sie eine Stätte werden möge für die Pflege des Körpers, die Pflege der Kameradschaft und die Pflege der Selbstzucht."

* Schwedischer Humor. (Kein Anlaß zur Gehaltserhöhung.) „Ach Herr Direktor," sagte Herr Svensson, „da Sie soviel Geld verdienen, können Sie mir doch eine kleine Gehaltserhöhung geben." — „Arbeiten Sie soviel, Herr Svensson?" — „Ich? Ja! Ich arbeite wie ein Pferd!" — „Lassen Sie sehen. Das vorige Jahr hatte 366 Tage, nicht wahr?" — „Ja, gewiß." — „Nun, Sie schlafen acht Stunden im Tage, nicht wahr?" — „Ja." — „Das ist ein Drittel des Jahres, also 122 Tage. Bleiben 244 Tage." — „Stimmt." — „Acht Stunden täglich sind sie frei, macht nochmals 122 Tage. Bleiben also 122 Tage." — „Sehr richtig." — „Sonntags arbeiten Sie garnicht; macht 52 Tage, bleiben also 70." — „Hm . . . ja" — „Sonnabends arbeiten Sie nur den halben Tag, gehen 26 Tage ab, und 44 bleiben übrig." — „Ja, ja, ja, gewiß." „Vierzehn Tage hatten Sie Urlaub, nicht?" — „Ja, die hatte ich." — „Bleiben also 30 Tage; dann gibts 9 Feiertage im Jahr, so daß bloß 21 Tage übrig bleiben." — „Ah, hm, hm, ja . . . a . . . aa." — „Fünf Tage waren Sie krank. Bleiben 16 Tage, nicht wahr?" — „Ja . . . aaa." — „Dann haben Sie jeden Tag eine Stunde Mittagspause, zusammen 15 Tage. Also bleibt ein Tag, und das war der 1. Mai, wo Sie frei waren. Sie haben Glück, Herr Svensson, daß das vorige Jahr ein Schaltjahr war, sonst hätte Ihnen noch ein Tag gefehlt!" — Svensson zog sein Gesuch um Gehaltserhöhung zurück.

Handels-Nachrichten.

* **Ueber den rheinisch-westfälischen Wertpapiermarkt im Monat April** schreibt Bankier Louis Jakoby-Dortmund in den „Wirtschaftlichen Nachrichten aus dem Ruhrbezirk" u. a. folgendes: Zu Anfang des Monats gab es eine regelrechte Aufwärtsbewegung. Die meisten Werte zogen sprunghaft an, obwohl es an einer ausreichenden sichtlichen Begründung hierfür fehlte. Aber der von Ware entblößte Markt nahm jede Anregung freundlich auf, zumal das Publikum die Kaufbewegung kräftig unterstützte. Aber der scharfe Ton der gegnerischen Presse, die gewalttätige Haltung Frankreichs und die drohende Besetzung des Ruhrgebietes zerstörten sehr schnell alle Hoffnungen. Die weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage, die Unsicherheit über die nächste Entwicklung vernichteten schließlich wieder alle Haussebestrebungen. Der Verkehr schrumpfte im weiteren Verlauf stark zusammen, und die Kursentwicklung wurde wieder von der Nachfrage oder dem Angebot ganz weniger Stücke bestimmt. Immerhin stand der Kohlenkuxenmarkt vorübergehend unter dem Zeichen einer kräftigeren Aufwärtsbewegung. Die Erhöhung der Kohlenpreise und der englische Bergarbeiterstreik, der den Absatzverhältnissen einige Erleichterungen brachte, bildeten die äußere Veranlassung. Den größeren Anreiz aber boten neue Pläne in der Kohlenindustrie. Sie scheinen durch die politischen Vorgänge zwar vorläufig zum Stillstand gekommen zu sein, aber man wird mit ihrer Wiederaufnahme rechnen dürfen. Am Braunkohlenmarkte war das Geschäft verhältnismäßig lebhaft. Die Kurse dieser Werte verzeichnen denn auch deutliche Erhöhungen. Am Kalimarkte regte die in den ersten Tagen des Monats gekommene Meldung über eine Verständigung mit maßgebenden amerikanischen Abnehmern den Markt zuerst an. Die Unlust gewann aber bald wieder die Oberhand, zumal die Mitteilungen der Verwaltungen in den Generalversammlungen bedeutender Unternehmungen stark verstimmten. Trotzdem zeigt sich für alle, die in die Verhältnisse Einsicht gewinnen können, der Umschwung schon an. Die Konsolidierung der inneren Verhältnisse in der Kaliindustrie durch umfangreiche Stillegungen von nicht gewinnbringenden Unternehmungen, durch Ersparnisse in den Betriebsausgaben, macht merkliche Fortschritte und da maßgebende Stellen für die späten Sommermonate auch eine Belebung des Absatzes erwarten, so wären in der jüngsten Zeit vereinzelt schon wieder Käufe jener Kreise zu bemerken.

* **Lehnkering u. Co. A.-G. in Duisburg.** 1920 erbrachte einen Bruttogewinn von 9 208 174 (2 908 669) M. Demgegenüber erforderten Geschäftsunkosten 6 613 670 (2 073 454) M. Nach 589 981 (433 777) M Abschreibungen verbleibt einschließlich 118 418 (114 737) M Vortrag aus dem Vorjahre ein Reingewinn von 2 097 941 (576 174) M, woraus u. a. 20 (8) Proz. Dividende sowie 100 M für jede Aktie in 4½proz. Reichsschatzanweisungen oder deren Gegenwert (nach Wahl des Vorstandes) verteilt, der Unterstützungs- und Pensionskasse für Beamte 837 023 (11 000) Mark überwiesen und 78 918 (118 418) M neu vorgetragen werden sollen. Das Jahr 1920 war laut Geschäftsbericht für die Rheinschiffahrt ungünstig. Die Beschäftigung der Rhein- und Kanalflotte der Gesellschaft war befriedigend. Ihre Lagerhäuser wurden ausreichend in Anspruch genommen, und ihre Auslade-Vorrichtungen waren sämtlich gut beschäftigt. Ueber die Aussichten des laufenden Jahres lasse sich dagegen bis jetzt nichts Erfreuliches berichten.

* **Neue Unfall-Versicherungsgesellschaft in Düsseldorf.** Mit einem Grundkapital von 300 000 M wurde die Gilde, Deutsche Unfall-Versicherungs-A.-G. gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist die Unfall-Versicherung gegen feste Beträge in den preußischen Provinzen. Die Gründer sind Rechtsanwalt Eduard Wertheim-Essen, Rechtsanwalt Th. Dahlbender-Ruhrort, Direktor Albert Kozlowiz-Düsseldorf, Direktor August Caesar-Köln und Kaufmann Conrad Engels-Krefeld.

* **Buderus'sche Eisenwerke Wetzlar.** Nach dem Bericht fanden die Erzeugnisse der Gesellschaft im ersten halben Jahr befriedigenden Absatz, während sich später eine zunehmende Absatzstockung geltend machte, die zu Betriebseinschränkungen führte. Mit Rücksicht auf die großen Summen, die der Bau von Arbeiterwohnungen verschlang, und infolge großer Ersatzanschaffungen wurden aus dem Gewinn des Berichtsjahres 10 Millionen M zur Bildung einer Werkerhaltungsrechnung verwendet. Der Bericht erwähnt weiter die Erhöhung des Aktienkapitals um 4 Mill. M 5proz. Vorzugsaktien mit fünffachem Stimmrecht, um Ueberfremdungsgefahr zu begegnen, und die Gründung der Stahlwerke Buderus-Röchling A.-G. in Wetzlar, gemeinsam mit den Röchlingschen Eisen- und Stahlwerken zu Völklingen. Diese Neugründung, die mit 30 Mill. M Aktienkapital und 20 Mill. M Anleiheschulden ausgestattet ist, bezweckt die Errichtung eines Edelstahlwerkes auf dem Gelände der Sophienhütte in Wetzlar. Bereits am 13. und 17. Dezember 1920 wurde beschlossen, das Aktienkapital dieser Buderus-Röchling-A.-G. mit 14,25 Mill. M Stammaktien und 2 Mill. M 5proz. Vorzugsaktien, gleichfalls mit fünffachem Stimmrecht, zu erhöhen. Die Nachfrage nach nassauischen und oberhessischen Eisenerzen war zunächst lebhaft, und die Preise konnten sich den steigenden Selbstkosten anpassen. Später trat indessen wachsendes Angebot ausländischer Eisenerze bei rückgängigen Preisen ein, was eine Stockung im Absatz einheimischer Erze hervorrief. Die Tochtergesellschaften arbeiteten befriedigend. Der Betriebsüberschuß stieg auf 13,11 (10,78) Mill. M und der Reingewinn nach 6,08 (4,57) Mill. M einschließlich 303 812 M (155 900 M) Vortrag auf 4,36 (2,70) Mill. M. Hieraus werden auf die 4 Mill. M Vorzugsaktien 5 Proz. Dividende und auf die 28,50 Mill. M Stammaktien 12 (7½) Proz. zur Verteilung vorgeschlagen. Die gesetzliche Rücklage erhält 202 906 (127 443) M und zum Vortrag verbleiben 365 465 M.

* **Viehmarkt zu Dorsten am 12. Mai.** Der heutige Viehmarkt war gut besucht. Der Handel kann in allen Viehgattungen als lebhaft bezeichnet werden. Auf dem Schweinemarkt waren ca. 700 Schweine und Ferkel aufgetrieben. Die Preise für Ferkel hielten sich im Rahmen der Preise der letzten Märkte. Es kostete die Alterswoche 30—38 M. Es wurden gefordert und gezahlt für 6—8 Wochen alte Ferkel 220—320 M, für ¼ Jahr alte 450—500 M und für ½ Jahr alte 600—700 M. Tragende Schweine wurden mit 1500—1800 M bezahlt. An Schafen waren ca. 50 Stück und an Ziegen ca. 20 Stück zum Verkauf gestellt. Die Preisforderung war wie bei den letzten Märkten. Auf dem Rindviehmarkt waren ca. 120 Stück Rindvieh aufgetrieben. Es kosteten milchgebende Kühe I. Sorte 4000—4500 M, II. Sorte 3500—4000 M und III. Sorte 2500—3000 M. Tragende Rinder wurden I. Qualität mit 4000—5000 M, II. Qualität 3000—3500 Mark bezahlt. Bemerkbar machte sich Nachfrage nach Weidevieh. Auf dem Pferdemarkt waren 300 Pferde zum Verkauf gestellt. Es kosteten Arbeitspferde I. Sorte 17 000—19 000 M und einzelne höher, II. Sorte 10 000—13 000 M und III. Sorte 4000 bis 5000 M. Geringwertige Tiere wurden mit 2000—3000 Mark bezahlt. Fohlen im Alter von 2 bis 2½ Jahren kosteten 10 000 bis 12 000 M, von 1—1½ Jahren 6000—8000 M und ½jährige 3000—4000 M. Schlachtpferde wurden I. Sorte mit 2000—3000 Mark und geringwertige mit 1500—2000 M bezahlt. Der nächste Viehmarkt findet hierselbst am 2. Juni cr. statt.

Amerikanische Baumwoll-Notierungen.

New York, 12. Mai. (Durch Funkspruch.)

	11. 5.	12. 5. 11 Uhr	12. 5. Schluß
Mai	12,85	12,59	12,37
Juli	13,28	13,06	13,03
Oktober . .	13,85	13,62	13,37
Dezember . .	14,18	13,95	13,99

Wechsel auf Berlin 1,60.

Reise und Verkehr.

Pfingstfahrten nach Helgoland.

Infolge des eingetretenen warmen und sonnigen Wetters, das nach dem Barometerstand voraussichtlich von längerer Dauer sein wird, macht sich für die vom Norddeutschen Lloyd veranstalteten Pfingstfahrten nach Helgoland ein lebhaftes Interesse bemerkbar. Wie schon aus den Anzeigen bekannt, finden die Fahrten an beiden Pfingsttagen statt, und zwar mit dem Salonschnelldampfer „Vorwärts", dessen schöne Einrichtungen und Bequemlichkeiten wesentlich zur Erhöhung der Annehmlichkeit der Fahrt beitragen werden. Eine baldige Lösung der Fahrkarten kann nur dringend empfohlen werden.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hauptredakteur Theodor [illegible]; für den Anzeigen- und Reklameteil: Max [illegible], beide in Münster i. W.